

Preussische Allgemeine



Nr. 23 · 11. Juni 2021

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €



Das nächste Gefecht

Die Bundeswehr steht wieder einmal vor einer großen Strukturreform. Einblicke in die Pläne von Verteidigungsministerin und Generalinspekteur Seite 3



Heimat Neue Geschichten von Bestsellerautor Arno Surminski Seite 17



Geschichte Als ein Whistleblower die Pentagon-Papiere durchstach Seite 10

FOTO: PA, IMAGO, PETER SCHICKER/MAURITIUS

AUFGEFALLEN

An der Schwelle zur Lachnummer

Diese Zahlen markieren einen weiteren Einschnitt im schmerzhaften Niedergang der Sozialdemokraten: Mit laut Forsa bundesweit nur noch 14 Prozent liegt die SPD erstmals mit der FDP bei einer Umfrage gleichauf. Das „Unentschieden“ zwischen Roten und Gelben wirft die Frage auf, mit welcher Begründung die Sozialdemokraten eigentlich einen Kanzlerkandidaten aufgestellt haben.

Erinnerungen an die Wahl von 2002 werden wach. Damals hatte sich die FDP auf Inspiration von Jürgen Möllemann das Ziel 18 Prozent gesetzt und Guido Westerwelle selbstbewusst zum Kanzlerkandidaten ausgerufen. In der öffentlichen Debatte sahen sich die Liberalen daraufhin wahlweise dem Vorwurf der Großmäuligkeit oder blankem Spott ausgesetzt.

Man mag es kaum noch für möglich halten: In den 80er Jahren galt der „30-Prozent-Turm“ als schlimme Demütigung für Union oder SPD. Dass eine der beiden damaligen Volksparteien bundesweit unter die 40-Prozent-Marke rutschten könnte, galt als Höchststrafe, daher die Metapher vom Turm wie von einem Gefängnis.

Und vor wenigen Jahren noch lästerten Kommentatoren, dass die SPD nun ihr eigenes „Projekt 18“ verfolge, anderes als die Westerwelle-FDP aber auf dem Weg von oben, nicht von unten. Heute würden die Sozialdemokraten ein Resultat von 18 Prozent bei der kommenden Bundestagswahl tatsächlich als Erfolg feiern. So rundet sich die Tragödie einer Partei. H.H.

POLITIK

Eine Wahl, die allen Parteien zu denken geben sollte

Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist gleich in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert und aufschlussreich

VON WERNER J. PATZELT

Die größte Überraschung bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt war der große Stimmenzuwachs der CDU. Dass sie um 7,3 Prozent zulegen und einen Abstand zur AfD von 16,3 Prozentpunkten erzielen würde, hatte niemand erwartet. Dieser Triumph ist – angesichts des Fehlens eines klaren inhaltlichen Profils der Bundes-CDU – vor allem ein Erfolg des Ministerpräsidenten Reiner Haseloff. Der ist in den letzten Jahren zum allseits geachteten Landesvater geworden. Durch die Entmachtung seines Erbprinzen Holger Stahlknecht hat er sich im vergangenen Jahr nicht nur als tatkräftiger Anführer erwiesen, sondern auch als jemand, der nicht für Experimente wie eine von Stahlknecht ins Spiel gebrachte Minderheitsregierung zu haben ist.

Geholfen hat Haseloff sicherlich auch, dass diesmal kein AfD-förderliches Anti-Merkel-Wahlverhalten die CDU beschädigen konnte: Es ging einfach nicht um die nicht mehr lange amtierende Kanzlerin. Zudem ließ die Aussicht auf einen Wahlsieg der AfD auch manche Nicht-Konservative ihr Wahlkreuz leichten Herzens bei der Union setzen.

Bei der AfD sind weniger deren Stimmenverluste erklärungsbedürftig als vielmehr ihr weiterhin gutes Abschneiden. Immerhin hatten sich 2016 Union, SPD

und Grüne zusammengeschlossen, um AfD-Wählern die völlige Aussichtslosigkeit ihres Wunsches vor Augen zu führen, in der Landespolitik AfD-Positionen berücksichtigt zu bekommen. Außerdem war die AfD-Geschichte der letzten Jahre gerade in Sachsen-Anhalt voller Radikalismen und Skandale. Das machte die Partei nicht nur zum leichten Ziel plausibler Kritik, sondern auch zum geächteten Beobachtungsfall des Verfassungsschutzes.

Schlüsse aus der Wahl

Ob nun aber die AfD die fälligen Schlüsse aus dem Wahlergebnis zieht? Sie könnte sich fragen, warum sie so sehr zugunsten einer CDU verliert, die früher eine leichte Beute für sie war – und das in einem Land, in dem über 60 Prozent der Wähler offensichtlich keine links-grüne Politik wünschen. Welche Machtchancen vergibt sich also die AfD, solange sie eine populistische Plattform auch rechtsradikaler Demagogie ist? Wie lange erträgt sie die Peinlichkeit, sich einer ansonsten von ihr beschimpften Partei als Partner anzudienen – und dabei genau zu wissen, dass man sie aus guten Gründen zurückweisen wird? Und welche inhaltlichen und stilistischen Korrekturen müsste die AfD vornehmen, wenn sie nicht immer wieder das ihr von Haseloff bereitete Schicksal erleiden will?

Noch viel größer sind die Herausforderungen, die das Magdeburger Wahlergebnis der Linken und der SPD stellt.

Selbst zusammen mit den Grünen haben beide Parteien weit weniger als die Hälfte jener Stimmen, die auf CDU, FDP und AfD entfallen sind. Obendrein befinden sich Linkspartei und SPD bundesweit in einer ähnlich bedrängten Lage, weshalb sich Sachsen-Anhalt nicht als Sonderfall abtun lässt. Es wäre deshalb Zeit, wirklich strategisch über dieses Schlammassel nachzudenken – allem voran über die Frage, ob Linke und SPD die kleinen Leute weiterhin zur AfD treiben wollen, weil sie selbst viel lieber die identitätspolitischen Sachwalter vieler Minderheiten zu sein wünschen.

Und die Grünen? Über deren bescheidenes Ergebnis kann sich nur wundern, wer ostdeutsche Problemwahrnehmungen verkennt und den medial verfertigten Vorglanz einer grünen Kanzlerschaft für etwas hielt, das einen harten Wahlkampf unbeschadet überstünde.

Die CDU sollte freilich nicht glauben, sie wäre nun – wie nach der Martin-Schulz-Niederlage 2016 im Saarland – auf dem sicheren Weg zu künftigen Wahlsiegen. Ihre inhaltlichen Orientierungsprobleme sind weiterhin ungelöst, und der bequeme Magdeburger Polarisierungskurs gegen die AfD wird auf Bundesebene nicht erfolgreich sein. Hingegen darf die FDP im Herbst auf solche früheren Unionswähler hoffen, die weder Wasserträgerdienste zum Nutzen der Grünen mögen noch für die AfD stimmen wollen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Nach der Öffnung klagen die Gastronomen über ein „bürokratisches Monster“ Seite 4

Mensch & Zeit

Gibt es UFOs doch? Was steckt hinter jüngsten Aussagen von US-Behörden? Seite 12

Das Ostpreußenblatt

Das Allensteiner Museum der Moderne zeigt den Alltag der 70er und 80er Seite 13

Leben

Zurück zur Natur – regionale Agrarprodukte erfreuen sich zunehmender Beliebtheit Seite 21



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404 23
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Seuchenprävention Um künftige Pandemien durch hochansteckende Vogelgrippeviren zu verhindern, ist es nötig herauszufinden, wie diese sich verbreiten, um dann die Übertragungswege zu blockieren

Sind weitere Pandemien unabwendbar?

Viele hochinfektiöse Viren im Tierreich können auf den Menschen überspringen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach der Pandemie ist vor der Pandemie. Denn es existieren derart viele hochinfektiöse Viren im Tierreich, die auch auf den Menschen überspringen können, dass weitere globale Seuchen unabwendbar scheinen. Die Experten des Weltbiodiversitätsrates (IPBES) bezifferten die Zahl der potentiell gefährlichen Erreger Ende 2020 auf 500.000 bis 850.000. Als besonders bedrohlich gelten dabei die Hochpathogenen Aviären Influenzaviren (HPAIV). Diese lösen unter anderem die Vogelgrippe und die Geflügelpest aus.

Das FLI verdächtigt die Zugvögel

Zu den HPAIV gehört auch der Influenza-Subtyp A/H5N8. Er wurde 1983 entdeckt und trat seither immer wieder in Wild- und Zuchtvogelpopulationen auf. Zur ersten Ansteckung von Menschen mit dem Virus kam es vergangenen Dezember in einer Geflügelfarm in der Oblast Astrachan im Süden der Russischen Föderation.

Deshalb warnen Weifeng Shi und George Gao von der chinesischen Akademie der Wissenschaften nun in einem Artikel in der renommierten Fachzeitschrift „Science“ vor dem pandemischen Potenzial von A/H5N8, das eine straffe weltweite Überwachung und strenge Eindämmung des Virus nötig mache. Zwar gebe es aktuell noch keine Anzeichen dafür, dass der Erreger nach seinem Überspringen vom Tier auf den Menschen auch von Mensch zu Mensch übertragbar sei, jedoch zeige die Erfahrung, wie schnell so etwas passieren könne, wenn Mutationen aufträten. Dann drohe unter Umständen eine ähnliche Pandemie wie im Falle des Coronavirus. Fatalerweise, so Shi und Gao weiter, lägen die Prioritäten derzeit auf der Erforschung von SARS-CoV-2. Dadurch gerate die Kontrolle der Ausbreitung von A/H5N8 ins Hintertreffen.

Wie berechtigt der Alarmruf der beiden chinesischen Wissenschaftler ist, zeigt die Tatsache, dass vergangenes Jahr trotz der Konzentration auf Corona in 46 Staaten Europas, Asiens und Afrikas A/H5N8-Infektionen festgestellt wurden.

Oder sind's die Geflügeltransporte?

In Deutschland registrierte das dem Bundesministerium für Ernährung und Land-



Dem neuen H5N8-Stamm der Vogelgrippe auf der Spur: Wissenschaftler untersuchen ein infiziertes Ei

wirtschaft unterstehende Friedrich-Loeffler-Institut für Tiergesundheit (FLI) allein seit vergangener Oktober 1200 Fälle bei Wildvögeln und 250 Ausbrüche in Geflügelzuchtbetrieben fast aller Bundesländer. Dabei spielten auch die verwandten HPAIV-Typen A/H5N5 und A/H5N1 eine

gewisse Rolle. Der letztgenannte Erreger ist nicht zu verwechseln mit dem ursprünglichen A/H5N1-Virus, dem zu Beginn der 2000er Jahre einige Hundert Menschen zum Opfer gefallen waren. Denn jener mutierte in der Folgezeit, womit ein unmittelbarer Übergang auf den

Menschen momentan kaum mehr erfolgen kann.

Allerdings sind weitere und diesmal erneut brandgefährliche Veränderungen möglich. So fanden US-amerikanische Forscher 2005 heraus, dass der „Urahn“ von A/H1N1, also des Verursachers der verheerenden Spanischen Grippe von 1918 bis 1920, wahrscheinlich ein verändertes HPAIV von der Art des A/H5N1 gewesen ist.

Um künftige Pandemien durch Hochpathogene Aviäre Influenzaviren zu verhindern, ist es nötig herauszufinden, wie diese sich verbreiten, um dann die Übertragungswege zu blockieren. Das FLI geht davon aus, dass Zugvögel hier die Hauptrolle spielen. Dem widerspricht der Biogeograph und Vogelkundler Peter Petermann von der Hessischen Gesellschaft für Naturschutz, der sich seit Jahren mit dem Thema befasst. Er hält die massenhaften Geflügeltransporte auf der Straße für die wahre Ursache des Übels. Dadurch könnten sich die Viren besonders schnell und weiträumig verbreiten.

Kurzporträts



Der chinesische Virologe **George Fu Gao** warnt gemeinsam mit seinem Kollegen Weifeng Shi vor einer Pandemie durch das Vogelgrippe-Virus A/H5N8



Peter Petermann von der Hessischen Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz hält Geflügeltransporte auf der Straße für überaus riskant



Für den US-amerikanischen Virologen **Robert Webster** stand schon 2003 fest, dass der ersten SARS-Pandemie ein größerer Virus-Ausbruch folgen wird

GESCHICHTE

„Schande über uns“

Lange wurde die Prävention sträflich vernachlässigt

Im Jahre 2003 hatte die Erdbevölkerung Glück im Unglück. Zwei gefährliche Grippestämme waren von Vögeln auf den Menschen übergesprungen, und dann war auch noch ein neues Coronavirus aufgetaucht, welches das Schwere Akute Atemwegs-Syndrom SARS auszulösen vermochte. Trotzdem kam es zu keiner wirklich dramatischen Pandemie.

Der US-amerikanische Virologe und Leiter des Instituts der Weltgesundheitsorganisation (WHO) für die Erforschung von Influenzaerregern Robert Webster prophezeite damals aber, dass diesem „Warnschuss“ der Natur bald schlimmere Einschläge folgen würden. Deshalb forderte er seine Fachkollegen wie auch die

politischen Entscheidungsträger auf, sich auf kommende größere Ausbrüche vorzubereiten. Insbesondere sei es nun höchste Zeit, Medikamente zur Bekämpfung eines breiten Spektrums von viralen Erregern zu entwickeln.

Die Reaktionen hierauf blieben jedoch verhalten. Das war selbst dann noch der Fall, als 2012 mit dem MERS-Virus plötzlich ein Verwandter des SARS-Erregers umging, der immerhin jeden dritten Infizierten tötete. Weil indes die Zahl der Erkrankten gering blieb und auch kein weiteres problematisches Coronavirus mehr gefunden wurde, legten Pharmafirmen wie Pfizer ihre Programme zur Entwicklung von Wirkstoffen gegen SARS und MERS

schnell wieder auf Eis. Einzig und allein das kalifornische Pharmazie- und Biotechnologieunternehmen Gilead Sciences entwickelte mit Remdesivir einen Wirkstoff, der nicht nur zur Behandlung von Hepatitis C und Ebola zu taugen schien, sondern auch bei einer Infektion mit Coronaviren heilende Effekte versprach.

Das reichte indes in keiner Weise aus, wie sich während der aktuellen SARS-CoV-2-Pandemie eindrucksvoll zeigt. „Schande über uns“, sagte der Präsident der Novartis Institutes for BioMedical Research, Jay Bradner, daraufhin selbstkritisch. Nach diesen Erfahrungen will man künftig deutlich besser gerüstet sein, wenn auf SARS-CoV-2 dann viel-

Aktuell geht das Streben dahin, Mittel zu finden, die nicht nur gegen ein Virus wirken, sondern breitbandig gegen ganze Virenfamilien wie eben die SARS-MERS-Gruppe

leicht SARS-CoV-3 folgt oder andere Viren auftauchen und die ganze Welt bedrohen.

Aktuell geht das Streben dahin, Mittel zu finden, die nicht nur gegen ein Virus wirken, sondern breitbandig gegen ganze Virenfamilien wie eben die SARS-MERS-Gruppe. Derartige Forschungsarbeiten finden derzeit unter anderem im Rahmen der Covid R&D Alliance statt, einem Zusammenschluss von 23 weltweit führenden Unternehmen der Pharmabranche. Allerdings ist ungewiss, ob es bei dem jetzigen Engagement bleiben wird, wenn die Covid-19-Pandemie zu Ende geht und künftige Gewinnaussichten in den Sternen stehen. W.K.

FORSCHER

Umgeben von unbekanntem Viren

Wer sucht, der findet. Nach diesem Motto verfahren auch die drei Mikrobiologen Jack Gilbert, Rob Knight und Janet Jansson. Sie beriefen 2010 das Earth Microbiome Projekt (EMP) ins Leben. Dessen Zweck besteht darin, sämtliche Mikroorganismen auf unserem Planeten zu katalogisieren. Inzwischen verfügen sie über zahlreiche Mitstreiter wie David Denko von der New Yorker Weill Cornell Graduate School und dessen Kollegen. Diese haben in den letzten drei Jahren im Auftrag des Konsortiums Metagenomics and Metadesign of Subways and Urban Biomes (MetaSUB) 4728 Abstrichproben in den Nahverkehrssystemen von 60 Städten in 32 Ländern genommen, um ein umfassendes Bild von der urbanen Mikrowelt zu erlangen. Diese Proben wurden auf DNA-Spuren von Erregern durchsucht. Was im Zuge der Studie herauskam, beschreiben die Forscher im Fachblatt „Cell“, das am 25. Mai erschien. Akribische Vergleiche mit den entsprechenden Referenzdatenbanken hätten ergeben, dass 10.928 der in U-Bahnstationen und auf Bahnhöfen gefundenen Virenstämme und 748 der ebenfalls dort lokalisierten Bakterienarten bislang nirgendwo anders registriert worden seien.

Bei den neu entdeckten Viren handelte es sich ausschließlich um weniger mutationsfreudige DNA-Viren wie Herpes-Erreger, deren Erbinformation aus Desoxyribonukleinsäure besteht. Denn das Aufspüren von RNA-Viren, bei denen die Erbinformation über Ribonukleinsäure-Moleküle weitergegeben wird, war nicht Teil der Untersuchung.

Aus dem Artikel ergibt sich zweifelsfrei, dass selbst in unseren städtischen Lebensräumen eine Vielzahl unbekannter und möglicherweise gefährlicher Keime existiert. Dabei wurde nach den wirklich üblen Killern noch gar nicht gefahndet. Schließlich gehören der Klasse der RNA-Viren auch derart hochpathogene Krankheitsüberträger wie die Erreger von Tollwut und Ebola sowie die Coronaviren SARS-CoV(-1) und SARS-CoV-2 an. W.K.

Und wieder eine Reform ...

Seit dreißig Jahren schraubt nahezu jeder Verteidigungsminister an der Bundeswehr herum. Die Einsatzbereitschaft blieb derweil auf der Strecke. Nun setzt auch Ministerin Kramp-Karrenbauer zu einem Umbau der Streitkräfte an

VON RICHARD DREXL

Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hat nun zusammen mit Generalinspekteur Eberhard Zorn „Eckpunkte für die Bundeswehr der Zukunft“ vorgelegt. Skizziert wird darin eine schlanke Armee mit weniger Organisationsbereichen. Die Aufgabe der Landes- und Bündnisverteidigung soll künftig wieder den ihr gebührenden Rang einnehmen. Als Beruhigungsspiel für die wahlkämpfenden Regierungsparteien wird betont, dass grundlegende Reformen mit Standortschließungen nicht erforderlich seien, die Bundeswehr wäre mit der gegenwärtigen Stationierung gut aufgestellt. Das ist einer der Spagats, die die Ministerin hinzulegen hat. Einerseits möchte sie Duftmarken im Interesse der eigenen Unentbehrlichkeit über den Wahltag hinaus setzen. Andererseits muss sie vorerst lokale Feuerstellen verhindern, wie es bei Standortfragen Usus ist. Ohne schmerzliche Einschnitte kann es aber nicht abgehen. Dienststellen oder Standorte mitzuschleppen, nur weil sie da sind, ist angesichts der Missstände keine Lösung.

Stärkung der taktischen Ebene

Verkündet wurde ein Richtungswechsel um 180 Grad: Die Devise lautet, weg von zentralisierten Organisationen, hin zu wieder dezentralen und aus sich heraus im Einsatz lebensfähigen Strukturen. Zum leitenden Prinzip wurde „Organisiere dich, wie du kämpfst“ erklärt. Zentralisierung von Kräften und Mitteln nur mehr im Ausnahmefall. Verbände aus Kampfeinheiten und Unterstützungskräften sollen so gegliedert, ausgebildet und ausgestattet werden, dass sie rasch einsetzbar sind. Die Kaltstart- sowie die Reaktions- und Durchsetzungsfähigkeit in einer Krise wird erhöht. Der Helden- und Materialklausur über die ganze Republik zur Bildung einsatzbereiter und verlegfähiger Kontingente soll damit ein Ende haben. Wobei den Eingeweihten klar sein sollte, dass dies auch milliarden-schwere Investitionen voraussetzt, die bisher im Bundeshaushalt nicht eingeplant sind. Wird die Politik aber diesmal nach „a“ auch „b“ sagen? Zweifel sind angebracht.

Aus sechs militärischen Organisationsbereichen sollen nunmehr vier Teilstreitkräfte werden. Ein überfälliger Schritt: Nach den Worten von General Eberhard Zorn verfügt unsere Armee über die meisten Inspektoren in der NATO. Dass dies nicht gleichbedeutend ist mit einer Steigerung der Kampfkraft und lediglich den Wasserkopf aufbläht, scheint begriffen worden zu sein. Heer, Luftwaffe und Marine bleiben gesetzt, auch die von der Leyen-Erfindung Cyber- und Informationsraum soll demnach erhalten bleiben. Dessen Sinnhaftigkeit ist aber durchaus zu bezweifeln: Eine Cyber-Truppe, der keine offensiven Operationen zugestanden werden, ist unbrauchbar. Im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wäre diese Aufgabe weit besser aufgehoben. Die Bundeswehr benötigt lediglich Cyber-Kräfte zur IT- Abwehr im eigenen Bereich. Die gab es bereits, bevor von der Leyen diese Truppe im Interesse der persönlichen Profilierung selbstständig und aufgeblasen hat. Zur Auflösung vorgesehen sind hingegen die unter großen Schmerzen vor 20 Jahren eingeführte Streitkräftebasis (SKB), sowie der eigenständige Sanitätsdienst. Mit der Änderung der Führungsstrukturen soll die Stabslastigkeit verringert und die taktische Ebene gestärkt werden.

Vorgesehen ist daneben die Behebung einer systematischen Schwachstelle, die das reibungsarme Funktionieren unserer Armee seit 1956 behindert. Künftig soll der Generalinspekteur als ranghöchster Soldat tatsächlich die Streitkräfte führen. Hierzu werden



„Organisiere dich, wie du kämpfst“. Nach diesem Prinzip soll die Bundeswehr im Zuge der geplanten Reform verstärkt dezentral und in aus sich heraus im Einsatz lebensfähigen Einheiten strukturiert werden
Foto: imago/Joachim Sielski

ihm zwei operative Führungskommandos unterstellt: Eins für die nationale Führung der Einsätze außerhalb Deutschlands (das Potsdamer Einsatzführungskommando) sowie ein neues Führungskommando für das Inland. Angeblich zur Erhöhung der Resilienz auf Bonn und Berlin aufgeteilt, wirkt die Zerteilung dieses Territorialkommandos allerdings wie ein Tribut an das aus der Zeit gefallene Bonn-Berlin-Gesetz.

Faule Kompromisse stehen aber auch an anderer Stelle auf der Agenda. Schon die Vorarbeiten für dieses Eckpunktepapier haben erwartungsgemäß die Bewahrer eigener Pfründe aufgeschreckt. Der Sanitätsinspekteur betonte flugs, dass einer der „leistungsfähigsten und effizientesten Sanitätsdienste im Bündnis wenn nicht gar weltweit“ auf dem Spiel stehe. Er befürchtet „Verlust von Effizienz, Qualität in der Versorgung, Attraktivität für den Nachwuchs und Vertrauen der Angehörigen des Sanitätsdienstes in die Führung“. Was man halt so schreibt, wenn Kürzungen vermieden werden sollen. Um die Schmerzen zu lindern, soll ein Generalarzt der Bundeswehr im Ministerium eingerichtet werden. Ein Trostpflaster für die Sanitäter im Interesse hochdotierter Generalstellen.

Korrektur von „Fehlwahrnehmungen“

Auch der Inspekteur der Streitkräftebasis reagierte mit einem ausführlichen Hinweis auf die eigene Leistungsfähigkeit. Nicht gelöst ist denn auch bisher die Frage, in welcher Organisationsform künftig gemeinsame Aufgaben zusammengefasst werden sollen. Die Führungsakademie, das Zentrum Innere Führung und beispielsweise auch das Planungsamt der Bundeswehr bedürfen einer organisatorischen Heimat.

Mit Hilfe des Eckpunktepapiers soll noch eine ganz andere Front begründet werden.

Kramp-Karrenbauer hat vor, die „Fehlwahrnehmung der Einsatzbereitschaft“ durch den Blick auf „Prozentzahlen (des) materiellen Bestands einzelner Waffensysteme“ zu korrigieren. Zur Vermeidung einer „einseitigen Betrachtung“ wird für die „transparente Information“ ein neues Berichtswesen entwickelt. Man hört die Nachtigall trapsen: Der miserable Klarstand der Waffensysteme soll nicht mehr mit einem knappen Zahlenvergleich erfassbar sein. Der Stillstand ist auch zu peinlich, die Berichte des Wehrbeauftragten Hans-Peter Bartels verdichteten sich über die Jahre zu einer einzigen Klagemauer. Dagegen helfen allerdings nur verbesserte materielle Rahmenbedingungen und keine Nebelschwaden im Berichtswesen.

Der darben Bereich der Beschaffung von Wehrmaterial hat denn ebenfalls Eingang in das Positionspapier gefunden. „Ein Schlüssel für die Optimierung ist, künftig frühzeitig im Beschaffungsprozess, Entscheidungen zur Forderungslage und zur Beschaffungsvariante als verbindliche Vorgabe durch ebenengerechte Entscheidungsgremien mit allen Beteiligten zu treffen (strategisches Planungsboard).“ Oh je, denkt sich der Beobachter, mit derart verschwurbelten Aussagen wird hoffentlich nicht wieder nur alter Wein in neue Schläuche gefüllt. Auch das modernistische Schlagwort von der Digitalisierung durfte nicht fehlen. Die Einführung einer „Clusterlogistik“ soll dafür sorgen, dass mit den kurzen Innovationszyklen moderner IT Schritt gehalten werden kann. Klingt erneut nach lukrativen Aufträgen für zivile Beratungsunternehmen.

Nicht zuletzt soll auch das Verteidigungsministerium mal wieder verschlankt und auf seine Kernaufgaben reduziert werden. Ein sinnvoller Vorsatz, den es bereits vielfach gegeben hat. Dummerweise haben sich nach

mühevollen Reduzierungsschritten immer wieder Minister gefunden, die das Gegenteil betrieben haben. Ein immerwährendes Auf und Ab der Organisation nach wechselnden Schwerpunkten und persönlichen Vorlieben. Das wenigstens ist kein Alleinstellungsmerkmal des Bundesministeriums der Verteidigung. Auch andere Ministerien bis rauf ins Kanzleramt werden mit sich ständig wandelnden Prioritäten in Atem gehalten.

Undemokratische Sprachverwirrung

Apropos umorganisieren. Was Außenstehenden sowieso, aber auch Soldaten und Zivilbeschäftigten mit schöner Regelmäßigkeit unnötige Verwirrung verursacht, ist die Einführung von immer wieder neuen Begriffen für altbekannte Sachverhalte. Nur ein Beispiel: Der in den Augen vieler Beobachter bewährte Planungsstab der Vergangenheit soll nun als „strategisches Planungsboard der Leitung“ wieder auferstehen. Die Denglischseuche erschwert die Materie zusätzlich. Das Eckpunktepapier strotzt geradezu davon, eine kleine Auswahl: „Cyber and Information Task Force“, „Multinational Geo-Meteorological and Oceanographic Support Coordination Element“, „Component Commands“, „Land Warfare Centre“, „European Medical Command/Multinational Medical Coordination Centre“ etc. etc. Es ist schlicht gruselig, wie in einem deutschen Ministerium mit unserer Sprache umgegangen wird und damit auch Sachverhalte verschleiert werden. Ein besseres Motiv ist dahinter kaum zu vermuten. Die Alliierten benennen ihre nationalen Kommandos mit eigenen Begriffen, die leichtere Verständigung mit Bündnispartnern ist schon mal keine nachvollziehbare Begründung.

Kritikwürdig ist auch das zeitliche Vorgehen. Vorab in Koblenz ein Kommando Gesundheitsversorgung einzurichten, führt entgegen allen hehren Absichten zur weiteren Mehrung hochdotierter Stellen. Diese später wieder einzuziehen, stieß noch immer auf hinhaltenden Widerstand. Die Militärs sind Meister des Fachs, was im Kasten ist, wird kaum wieder herausgerückt. Nicht umsonst kommen heute auf einen General/Admiral noch lediglich 850 Soldaten, bis zur Wiedervereinigung 1990 waren es über 2200. Heute ist jeder vierte Soldat Offizier, früher war es jeder zwanzigste. Als eine Art Schweigegeld werden alljährlich hunderte Stellen höher dotiert, die Personalkosten steigen und steigen.

Vorbehalte in den eigenen Reihen

Die weitreichenden Umbauabsichten stoßen auch im Bundestag auf Vorbehalte. Selbst aus den Koalitionsfraktionen von Union und SPD dringt Kritik nach draußen. Sie wolle „auch in einem Wahljahr Verantwortung wahrnehmen“ wies die Ministerin die Vorwürfe zurück. Insgesamt hat Kramp-Karrenbauer eine ehrgeizige Planskizze vorgelegt, die prinzipiell in eine vernünftige Richtung zielt. Die Angehörigen der Bundeswehr werden sich damit abfinden müssen, erneut in eine grundlegende Strukturreform gezwungen zu werden. Die derzeitige Organisation ist mit ihrem unüberschaubaren Durcheinander für Streitkräfte im Einsatz keine brauchbare Grundlage. Man wird sehen, was von den Eckpunkten über den Wahltag hinaus Bestand haben wird. Als Richtungsangaben dürfen sie aber schon mal verstanden werden.

● **Richard Drexel** ist ein Oberst a.D. der Luftwaffe, Kommunalpolitiker (Freie Wähler) und Autor. Seit 2014 ist er Präsident des Bayerischen Soldatenbundes 1874 e.V. In Kürze erscheint die komplett überarbeitete Neuaufgabe seines gemeinsam mit Josef Kraus verfassten Buches „Nicht einmal bedingt abwehrbereit. Die Bundeswehr in der Krise“, FinanzBuch Verlag 2021.“
www.m-vg.de



FBV

MELDUNGEN

„Lego feiert Vielfalt“

Billund – Der dänische Spielwarenhersteller „Lego“ hat diesen Monat das Set „Everyone is Awesome“ auf den Markt gebracht. Es ist in den Regenbogenfarben gehalten, besteht aus 350 Teilen und enthält unter anderem elf bewegliche Menschenfiguren in jeweils einer anderen Farbe und mit einer anderen Frisur. Die deutschen Wochenmagazine „Stern“ und „Der Spiegel“ sind begeistert. Auch LGBT+ Danmark äußert sich positiv: „Das begrüßen wir sehr. Es ist eine gute Sache, dass ein großer Konzern wie Lego die Vielfalt feiert.“ Unbekannt ist, ob weitere Schritte in Richtung Politischer Korrektheit folgen werden. Immerhin sind unter den Lego-Figuren sechsmal mehr männliche Berufstätige als weibliche. *F.B.*

Teslas Wasserwunder

Palo Alto/Potsdam – Die überarbeiteten Planungen des kalifornischen E-Autobauers Tesla für sein neues Werk in Grünheide sehen trotz einer zusätzlichen Batteriefabrik keinen höheren Wasserverbrauch vor, als ursprünglich allein für das Autowerk vorgesehen war. In einem aktualisierten Antrag für das Hauptgenehmigungsverfahren für die erste Ausbaustufe gibt Tesla laut einem Bericht des „Tagesspiegel“ einen maximalen Jahresverbrauch von 1,4 Millionen Kubikmetern Wasser an. Eigentlich sind Batteriefabriken für einen hohen Wasserverbrauch bekannt, und in Grünheide plant Tesla sogar den Bau der weltweit größten Batteriefabrik. Um den Gesamtwasserverbrauch zu senken, will der Konzern offenbar ein neues „Trockenverfahren“ zur Batterieproduktion einführen. Umweltverbände und Bürgerinitiativen fürchten, dass durch den Wasserverbrauch des E-Autobauers die Wasserversorgung in der Region gefährdet wird. *N.H.*

Kinderrechte nicht im GG

Berlin – Eine Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz ist zunächst vom Tisch. Justiz- und Familienministerin Christine Lambrecht (SPD) zeigte sich enttäuscht darüber, dass es bei der abschließenden Verhandlungsrunde mit den Fraktionen wegen eines Streits über Detailfragen zu keiner Einigung gekommen sei. Zumindest für diese Legislaturperiode erklärte sie das Vorhaben zur Gesetzesänderung für gescheitert. Der Union und der Opposition habe „der Wille zur Einigung“ gefehlt. Eine historische Chance, Kinderrechte als sichtbares Leitbild in unserer Verfassung zu verankern, sei damit vertan. Und das, obwohl gerade die Corona-Krise gezeigt habe, wie besonders schutzbedürftig Kinder seien. Mitte April hatte die Bundesregierung über den Gesetzentwurf beraten und Gespräche zur Kompromissuche wurden geführt. Heinz Hilgers, der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, sieht im Scheitern der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz derzeit keinen Schaden, da die von der Bundesregierung vorgeschlagene Änderung ihm nicht weit genug ging. Insbesondere fehlten ihm Regelungen zur Vermeidung von Kinderarmut. *MRK*



In der Reihe der Spitzenkandidaten hatte der grüne nach der Wahl wenig Grund zur Freude: Reiner Haseloff (CDU), Cornelia Lüdemann (Bündnis 90/Die Grünen), Lydia Hüskens (FDP) und Katja Pähle (SPD) am Wahlabend in einem TV-Studio des Mitteldeutschen Rundfunks (von links) *Foto: ddp images*

SACHSEN-ANHALT-WAHL

Selbst die Jungen verschmähten sie

Grüne: Wieso der von manchen erwartete Erfolg der Partei Annalena Baerbocks ausblieb

VON ROLF STOLZ

Ob man ihn mag oder nicht: Reiner Haseloff ist kein guter Rhetoriker, aber ein exzellenter Taktiker. Er hat von Helmut Schmidt gelernt, der im Oktober 1980 gegen den als neuen Hitler diffamierten Franz Josef Strauß die CDU/CSU um vier Prozent reduzierte, die SPD kurz hinter ihr stabilisierte, sodass es mit einer gestärkten FDP zum Weiterregieren reichte. Die Grünen verloren damals in Scharen jene Wähler, die per SPD Strauß verhindern wollten: Nach immerhin 3,2 Prozent bei den Europawahlen 1979 wurden sie nun mit 1,5 Prozent weggefeht.

Nach diesem Muster hat Haseloff agiert. Er hat die AfD zum Paria und Volksfeind Nr. 1 erklärt und gleichzeitig vorgetäuscht, sie werde womöglich stärker als seine CDU. Panik brach aus bei den Liebhabern des gepflegten Stillstands – der gesamte wacklige Randbereich von SPD, Linkspartei und Grünen wurde schwarzbunt. Auch der eine oder andere AfD-Wähler glaubte nun, was vom gefährlichen Flügel-Schlagen in der Zeitung

stand. Allerdings war die AfD am Ende doch nur leicht zu bremsen, aber nicht zu stoppen. Aber so läuft der politische Hase in Deutschland anno 2021.

Was aber hört man von den grünen Stimmen-Jägern? Nun, erst einmal wird vor allem jene Platte aufgelegt, die nach jeder Wahl dran ist und schon leise knarzt: „Wir möchten jeder und jedem von euch Danke sagen!“ Dankenswert, aber eher entbehrlich. Hilfreicher wäre schon eine Selbstkritik gewesen, wie sie etwa Sahra Wagenknecht für die Linkspartei äußerte im Hinblick darauf, dass man eigenhändig verantwortlich sei für Niedergang und Stimmenverlust, wenn man die Menschen mit ihren Werten und Sorgen nicht ernstnehme. Vor der Wahl hatte die grüne Landespartei erklärt: „Am 6. Juni ist Landtagswahl – mit Ihrer Zweitstimme für Bündnis 90/Die Grünen wählen Sie verlässlichen Klima- und Naturschutz, gesellschaftlichen Zusammenhalt und gute neue Verbindungen mit Bus und Bahn!“

Ganz offenkundig Ziele, mit denen 99 Prozent der Wähler einverstanden sind und die so ähnlich bei allen anderen Parteien zu finden sind – schon weil alle auf denselben automatischen Parolener-

zeuger, Modell Phrasomat, zurückgreifen. Noch eine wohlfeile Phrase aus dem Wahlprogramm: „Wir sind alle unterschiedlich, und das ist gut so. Jede und jeder soll in Sachsen-Anhalt so leben können, wie er oder sie das will.“ Wirklich alle? Auch die radikal-islamischen Gefährder, die Antifa-Schläger mit den aus dem Baumarkt geklauten Hämmern zum Zertrümmern von Kniescheiben, die Drogenhändler, Messerschwinger und Taschendiebe? Und was hilft diese Programm-Plattitüde: „Diese Herausforderungen lassen sich lösen, wenn wir gemeinsam mit klugen Ideen daran arbeiten. Und wenn wir sie mit Mut und Entschlossenheit umsetzen, für eine lebenswerte Zukunft in Sachsen-Anhalt!“

Was aber könnten denn die besonderen Charakteristika sein, die keiner sonst auf dem politischen Markt anbietet? Da wird es schwierig und speziell. Soll man die Forderung „Patriarchat zerschlagen!“ nennen, die Madeleine Linke aus Magdeburg, Platz 7 der Landesliste (knapp nicht im Landtag) auf ihrem Netzseiten-Foto vor sich herträgt? Patriarchen, also die berühmten alten weißen Männer, zu schlagen oder gleich zu erschlagen, ist

vielleicht doch nicht so populär. Soll man die Parole „Zuwanderung bis zum Volkstod“ anführen, die Sebastian Striegel, seit 2011 Parlamentarischer Geschäftsführer und seit 2019 Co-Landesvorsitzender, im März 2015 auf Twitter verbreitete? Oder soll man die kreative Gestaltung von Sprache (Stichwort „Steuerinnenzähler“) und Lebensläufen (vom Völkerball zum Völkerrecht) auf den höheren grünen Ebenen anführen? Wäre es nicht sinnvoller, innezuhalten und zu klären, warum bei den unter Dreißigjährigen bei dieser Wahl die AfD von allen Parteien die meisten Unterstützer fand – mehr als die CDU die auch so jugendlichen Grünen mit 13 Prozent? Das ist übrigens ein Wert, den auch die lange außerparlamentarische FDP dieses Mal erreichte.

Uneingeschränkt kann jeder Demokrat allerdings einer zutreffenden Einschätzung in der grünen Analyse des Wahlergebnisses zustimmen: „Das klare und deutliche ‚Nein‘ zu Rechtsextremisten und Antidemokraten ist den Menschen im Land wichtig, auch das zeigt sich im Wahlergebnis deutlich.“ Denn tatsächlich kam die NPD nicht einmal über 3000 Stimmen hinaus.

SAARLAND

Schlamm Schlacht bei der Linkspartei

Gegen Lafontaines Empfehlung erhielt Landeschef Thomas Lutze den Listenplatz 1 für die Bundestagswahl

Entgegen einer Empfehlung Oskar Lafontaines haben die Mitglieder des saarländischen Landesverbandes der Linkspartei auf einer Mitgliederversammlung in Neunkirchen Thomas Lutze erneut auf den Listenplatz 1 für die Bundestagswahl gewählt. Lutze erhielt 199 Stimmen. Sein von Lafontaine unterstützter Gegenkandidat Dennis Lander unterlag mit 150 Stimmen.

Der Wahl ist eine lange parteiinterne Schlamm Schlacht vorausgegangen. Im Streit stehen sich eine Gruppe um den Vorsitzenden des Landesverbandes Thomas Lutze und die Landtagsfraktion um Oskar Lafontaine gegenüber.

Die Auseinandersetzungen waren im Mai so weit eskaliert, dass der Landesvor-

stand Lafontaine und die Landtagsabgeordnete Astrid Schramm aufforderte, ihre Mandate niederzulegen und aus der Partei auszutreten. Beiden warf der Landesvorstand vor, seit Jahren die treibenden Kräfte in einer „innerparteilichen Schlamm Schlacht“ zu sein.

Umgekehrt warnt die Landtagsfraktion vor der Gefahr, dass Lutze während des Bundestagswahlkampfes wegen Urkundenfälschung und anderer Vergehen angeklagt wird. Die von Lafontaine geführte Fraktion macht Lutze für „betrügerische Machenschaften“ verantwortlich. Insbesondere auf einem Parteitag im Mai 2017 soll es massive Unregelmäßigkeiten bis hin zum Stimmenkauf gegeben haben.

Lutze sitzt seit 2009 für die Linkspartei als Abgeordneter im Bundestag. Bereits Mitte März war die parlamentarische Immunität als Bundestagsabgeordneter aufgehoben worden. Hintergrund sind Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Saarbrücken wegen des Verdachts der Urkundenfälschung. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft geht es bei den Ermittlungen um Listen über Beitragszahlungen von Parteimitgliedern aus dem Jahr 2018 und die Frage, wer diverse Unterschriften geleistet hat.

Auf Lutze kommt möglicherweise noch ein zweites Ermittlungsverfahren zu. Hintergrund ist dabei der Verdacht des Betruges bei Bundestagsgeldern. Die

Vorwürfe gehen auf einen einstigen Intimus des Parteichefs, den Saarlouiser Stadtverbandsvorsitzenden Mekan Kolasinac, zurück. Der gebürtige Bosnier ist bereits Hauptbelastungszeuge in dem Verfahren wegen Urkundenfälschung und Wahlmanipulation. Zusätzlich hat Kolasinac ausgesagt, er habe von 2017 bis Dezember 2020 im Neunkircher Wahlkreisbüro von Lutze gearbeitet. Diese Tätigkeit sei von der Bundestagsverwaltung bezahlt worden. Allerdings habe er, so behauptet Kolasinac, in Wirklichkeit Parteiarbeit geleistet, etwa neue Parteimitglieder angeworben oder für die Linkspartei Feste organisiert

Norman Hanert

CORONA-LOCKERUNGEN

„Ein bürokratisches Monster losgelassen“

Gastronomen schimpfen über unsinnigen Regelwust, während Testzentren kaum kontrolliert werden

VON NORMAN HANERT

In der Corona-Pandemie erleben die Bürger zum einen den Staat, der sich kleinkarierte Regelungen einfallen lässt, die zur Not auch mit Polizei und Ordnungsamt durchgesetzt werden. Beim Abrechnungsbetrug für Corona-Schnelltests wird das andere Extrem sichtbar: Politiker und Behörden, die völlig blauäugig auf Kontrollen verzichten.

Ein besonderes Beispiel für den regulierungswütigen Staat liefert derzeit Brandenburg. Dort hat die rot-schwarz-grüne Landesregierung mit Wirkung zum 3. Juni neue Corona-Regelungen in Kraft gesetzt, die insbesondere in der Gastronomie und in der Touristikbranche wahlweise für Kopfschütteln oder für massiven Unmut sorgen.

Laut den neuen Regelungen dürfen Gastronomiebetriebe Gäste nun wieder in den Innenräumen bewirten. Hierbei gilt eine Testpflicht. In der Außengastronomie lässt die Landesregierung die Testpflicht wegfallen – bis auf eine Einschränkung: Wird in den Lokalen zusätzlich noch in den Innenräumen bedient, müssen die Gastwirte auch den Gästen im Außenbereich einen Test abverlangen.

„Nicht nachvollziehbar“

Brandenburgs Präsident des Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga, Olaf Schöpe, sagte zu der Regelung: „Wenn der Gastronom im Innenbereich eine Geburtstagsfeier hat, dann müssen alle Gäste im Biergarten einen negativen Test [...] vorlegen? Wie weltfremd ist eine solche Verordnung!“ Für den Dehoga-Präsidenten ist die Regelung auch vor dem Hintergrund der mittlerweile niedrigen Positiv-Test-Zahlen „weder nachvollziehbar noch vermittelbar“.

Der Landestourismusverband Brandenburg reibt sich an unterschiedlichen Regelungen für das Beherbergungsgewerbe. Gäste von Ferienwohnungen müssen lediglich bei der Anreise einen negativen Test vorgelegen. Übernachten Gäste aber in Hotels oder Pensionen, müssen sie sich zusätzlich alle 72 Stunden testen lassen. Verbandsgeschäftsführer Markus Aspetzberger kommentierte. Die Öffnungsschritte seien angesichts der sich entspannenden Corona-Lage zwar zu begrüßen. „Im Detail wurde hier aber ein kaum zu durch-



Neustart im Vorschriftenschwung: Berliner Gastronomie im Juni 2021

Foto: imago images/Eibner

blickendes und bürokratisches Monster auf Gäste wie Gastgeber losgelassen.“

Das komplette Gegenprogramm zu solchen detailverliebten Regelungsversuchen hat die Politik bei den Vorgaben für die Corona-Testzentren geliefert. Seit dem 8. März hat jeder Bürger einen Anspruch auf mindestens einen Schnelltest pro Woche. Pro Test zahlt der Bund 18 Euro. Die Verdienstmöglichkeiten und die niedrige Einstiegshürde zur Errichtung eines Testzentrums haben bundesweit zu einer Goldgräberstimmung geführt. Allerorten eröffnen neue Zentren. Der Berliner Senat verlangt beispielsweise lediglich ein schriftliches Hygiene- und Testkonzept, Skizzen der Räumlichkeiten und eine kurze Online-Schulung.

Jede Woche 150 neue Testzentren

Alein in Berlin bieten mittlerweile über 1200 Testzentren ihre Dienste an. Nach Angaben der Kassenärztlichen Vereinigung kommen jede Woche weitere 150 Zentren

in der Hauptstadt dazu. Erstaunlicherweise ist in der vom Bundesgesundheitsministerium verfassten Testverordnung nicht vorgesehen, die Abrechnungen auch zu überprüfen. Ein Sprecher des Ministeriums bestätigte sogar, dass die Betreiber der Teststellen nicht einmal Daten wie die Namen der Getesteten und oder Einkaufsbelege der Tests einreichen müssen. Den Verzicht auf Kontrollen sehen Kritiker nach den Erfahrungen mit den Betrügereien bei den Corona-Hilfen als reichlich weltfremd an.

Bundesweit laufen derzeit etwa 15.000 Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug bei den Corona-Soforthilfen. Offenbar haben einige Akteure nun überdies entdeckt, wie sie als Betreiber von Schnelltestzentren auf kriminelle Weise Steuergelder in die eigenen Taschen umlenken können. Bundesweit werden immer mehr Fälle bekannt, bei denen es um den Verdacht von Abrechnungsbetrug bei den Schnelltests geht.

In mehreren Berliner Bezirken führen Ordnungsämter und die Polizei mittlerweile Verbundinsätze durch, bei denen sie zumindest gewerberechtliche Kontrollen durchführen: In Berlin-Neukölln führten solche Einsätze dazu, dass allein am 2. Juni fünf Corona-Teststellen geschlossen worden sind.

Ministertreffen blieb ohne Ergebnis

Festgestellt hatten die Beamten „strukturelle Defizite“ bei den Hygienemaßnahmen und dem Testablauf. Das Gesundheitsamt Neukölln überprüfte darüber hinaus am selben Tag noch sechs weitere Zentren, von denen drei geschlossen wurden. Noch nicht absehbar ist, wie die Behörden weiteren Abrechnungsbetrug verhindern wollen. Ein Treffen zwischen Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) und Landesministern blieb ohne konkretes Ergebnis. Kernfrage ist dabei, welche Behörde überhaupt in der Lage ist, die Abrechnungen intensiver zu prüfen.

BERLIN-WAHL IM SEPTEMBER

CDU und FDP schonen Giffey – aus Kalkül?

Die beiden Oppositionsparteien spekulieren offenbar auf Rot-Schwarz-Gelb als neue Landeskoalition

Der Rücktritt eines Ministers, noch dazu wenige Monate vor Wahlen, stellt für die politische Konkurrenz normalerweise ein gefundenes Fressen dar. Im Fall der am 19. Mai als Bundesfamilienministerin abgetretenen Franziska Giffey ist in der Berliner Landespolitik derzeit jedoch eine verblüffende Entwicklung zu beobachten: Die Oppositionsparteien CDU und FDP halten sich auffällig zurück, die Causa Giffey für den Wahlkampf zu nutzen.

Nur AfD geht Ex-Ministerin hart an

Anlass böte nicht allein der Rücktritt Giffey nach Plagiatsvorwürfen bei ihrer Doktorarbeit. Obwohl die Berliner SPD-Chefin ihren Ministerposten im Bundeskabinett aufgibt, will sie weiterhin als Spitzenkandidatin ihrer Partei bei der Abgeordnetenhauswahl im September antreten, um Nachfolger des Regierenden

Bürgermeisters Michael Müller (SPD) zu werden. Aufgegriffen hat die unveränderte Zukunftsplanung Giffeys bislang nur die AfD. Deren Berliner Landesvorsitzende Kristin Brinker forderte Giffey auf, auch auf ihre Spitzenkandidatur für die Abgeordnetenhauswahl zu verzichten: „Sie ist nicht nur als Ministerin, sondern auch und erst recht als Regierende Bürgermeisterin von Berlin ungeeignet.“ Brinker weiter: „Die deutsche Hauptstadt ist zu wichtig, um als Resterampe für gescheiterte Politikerexistenzen zu dienen.“

Der Generalsekretär der Berliner CDU, Stefan Evers, hatte im Mai den Rücktritt Giffey wesentlich zurückhaltender kommentiert. Er sprach lediglich davon, der Schritt sei „im Ergebnis unumgänglich“ gewesen. Mit ihrem Rücktritt erspare Giffey dem Land „eine quälende Diskussion“, so der CDU-Politiker. „Es ist

klar, dass man nach einem Vorgang wie dem absehbaren Entzug des Dokortitels ein bedeutendes politisches Spitzenamt wie das der Bundesfamilienministerin nicht einfach weiter bekleiden kann.“

Triumph der Grünen verhindern

Kai Wegner, Spitzenkandidat der Berliner CDU, verzichtet sogar gänzlich darauf, Giffey's Festhalten an der Spitzenkandidatur zu kommentieren. Aus der Bundestagsfraktion der FDP sind interne Kommentare bekannt geworden. Der Tenor dabei: „Kein Nachtretzen“ in der Causa Giffey. Ein Kommentar zeigt auf die möglichen Hintergründe des schonenden Umgangs mit Giffey. Da hieß es: „Wenn die SPD-Berlin weiter implodiert, gingen die Grünen noch weiter durch die Decke. Das ist nicht in unserem Interesse.“ Tatsächlich deutet sich mit dem Höhenflug

der FDP und dem Wiedererstarken der CDU in Umfragen die Möglichkeit für ein Berliner Koalitionsmodell an, das bislang eher selten beachtet wurde.

Sollte die Stärke der FDP bis in den Herbst anhalten, dann könnte ein rot-schwarz-gelbes Regierungsbündnis möglich werden. Aus Sicht der Sozialdemokraten könnte ein derartiges Bündnis einen ganz entscheidenden Vorteil bringen. Umfragen zur Abgeordnetenhauswahl sehen die SPD zwar bei rund 20 Prozent, aber doch deutlich hinter den Grünen auf Platz zwei. Die SPD muss sich somit darauf einrichten, nur Juniorpartner der Grünen zu werden. In einem Bund mit CDU und FDP wären aller Wahrscheinlichkeit nach die Sozialdemokraten der stärkste Partner. Giffey könnte so tatsächlich die Nachfolge von Müller im Amt des Regierenden Bürgermeisters antreten. N.H.

KOLUMNE

Berliner Leben

VON VERA LENGSELD

Länger als ein halbes Jahr lag das berühmte Berliner Leben brach. Museen, Theater, Konzertbühnen, Geschäfte, Kinos, Bars, Klubs und Kneipen waren geschlossen. An den wenigen Theken, an denen Essen oder alkoholfreie Getränke verkauft wurden, war wenig los. Als dann die ersten Eisdielen wieder öffneten, belebten sich die Bürgersteige davor. Zwar waren die Terrassen leergeräumt, aber die Genießer der kalten Köstlichkeit ließen sich auf dem Boden oder den Stufen nieder.

Wenig später öffneten die Geschäfte wieder. Es bildeten sich teilweise lange Schlangen von Kaufwilligen. In den wie Pilze aus dem Boden geschossenen Testzentren konnte man den „Bürgertest“ machen lassen und sich für 48 Stunden Zutritt zu allen Lokalitäten verschaffen. Die wenigsten Berliner werden darüber nachdenken, welch Irrsinn es bedeutet, dass es die Steuerzahler 18 Euro kostet, wenn ein Test gebraucht wird, um vor dem Lieblingscafé einen Cappuccino für vier Euro zu trinken.

Wenn die Sonne scheint, sind die Parks, Grünanlagen und Ufer voller Menschen. Maskenpflicht und Mindestabstand werden vergessen. Zu groß ist die Sehnsucht nach der alten Normalität. Auch wenn manche Medien suggerieren wollen, die Bevölkerung sei scharf darauf, auch nach Corona noch Masken zu tragen, machen die Berliner den gegenteiligen Eindruck. Sie flanieren in teils schrillen, offenerherzigen Outfits auf den Straßen, zu zweit oder in Gruppen, als wollten sie Goethes Osterspaziergang nachstellen. Im Gewimmel kann man für ein paar glückliche Augenblicke die Restriktionen der vergangenen dunklen Monate vergessen.

Nun öffnen auch die Fitness- und Yogastudios wieder und sind sofort voll von Enthusiasten, die ihrem Corona-Speck zu Leibe rücken wollen. Aber auch, wer geistige Herausforderungen sucht, kann sich freuen. Die Theater, Opern und Konzerthäuser öffnen wieder – mit spannenden Neuzensurierungen, die in der Corona-Zeit entstanden sind. Als die Sommer-Berlinale ihren Kartenverkauf startete, waren innerhalb weniger Stunden die Server vom Ansturm der Käufer überfordert. Die Berliner feiern das Leben.

MELDUNG

Mini-Demo für Verkehrswende

Berlin – Am 29. Mai zog wieder eine Demonstration für eine „autofreie Stadt“ durch Berlin. 200 Fahrradfahrer waren unter dem Motto „Freiräume statt Blechwüste“ unterwegs. Ihretwegen wurden stundenlang in den Bezirken Mitte und Kreuzberg Straßen für den Autoverkehr gesperrt. Obwohl Greenpeace und die Initiative „Volksentscheid Berlin autofrei“ zu dem Aufzug aufgerufen hatten, war die Teilnehmerzahl ziemlich gering. Der Rückhalt für derartige Initiativen scheint deutlich geringer als vermutet. Die Fahrrad-Demos scheinen vornehmlich darauf abzielen, Autofahrer zu behindern. Mit sogenannten „Gehzeugen“ (Holzrahmen, die den Platzbedarf von Autos symbolisieren sollten) wurden andere Verkehrsteilnehmer behindert. F.B.

● MELDUNGEN

Viele US-Bürger zeigen Skepsis

Washington – Inzwischen wurde jeder zweite Einwohner der USA einmal gegen Corona geimpft, und 41 Prozent haben auch ihre zweite Spritze erhalten. Impfstoff steht genügend zur Verfügung, doch nun mangelt es an Impfbereitschaft – insbesondere viele Afro- und Lateinamerikaner verzichten auf die Vakzine. Dagegen helfen nicht einmal solche attraktiven Köder wie die Verlosung von Geldpreisen, Kreuzfahrten, Lottoscheinen und Universitätsstipendien. Ganz offensichtlich fürchten zahlreiche US-Bürger die akuten Nebenwirkungen der Impfungen oder spätere Folgeschäden mehr als das Virus. Das wird nun dadurch „erklärt“, dass der frühere Präsident Donald Trump die Bedrohung durch SARS-CoV-2 heruntergespielt habe. Dabei war Trump ein großer Befürworter der Corona-Impfung gewesen. Die Impfskepsis grassiert zudem auch nicht nur in den USA, sondern ebenso in den bisherigen Impfvorreitern Israel und Großbritannien. W.K.

Ermittlung gegen Ukrainer

Brooklyn – Wurde bislang Russland direkt beschuldigt, die US-Wahl 2020 zugunsten von Donald Trump manipuliert zu haben, so ermitteln Beamte aus Brooklyn und das FBI laut „New York Times“ („NYT“) zurzeit auch gegen ehemalige und aktuelle Offizielle aus der Ukraine. Die „NYT“ beruft sich auf mit den Untersuchungen vertraute Personen, die allerdings wegen der laufenden Ermittlung nicht genannt werden wollten. Im Visier der FBI steht unter anderem der ukrainische Parlamentsabgeordnete Andrej Derkatsch, ein fraktionsloser und direkt gewählter Politiker. Er soll zu denjenigen Vertretern der Ukraine gehört haben, die Trumps Anwalt Rudolph Giuliani während seiner Europareise 2019 besucht und aufgefordert haben soll, Gerüchte über den damaligen Trump-Herausforderer Joe Biden zu verbreiten, insbesondere über dessen Verwicklung in Korruption. Derkatsch wird vorgeworfen, ein russischer Agent zu sein. Das US-Finanzministerium hat deswegen Sanktionen gegen ihn verhängt. MRK

Angst vor Taliban-Rache

Kabul – Zehntausende Afghanen, die als Übersetzer oder Wachen für ausländische Streitkräfte tätig waren, haben erklärtermaßen Angst, nach dem Abzug der amerikanischen Truppen und der Bundeswehrkräfte vor der Rache der radikalislamischen Taliban. Diese wollen die Betroffenen davon abhalten, das Land zu verlassen. Die sogenannten Ortskräfte sollten zu einem „normalen Leben“ zurückkehren und in Zukunft nicht mehr für Ausländer arbeiten. Dann hätten sie nichts zu befürchten. Die Taliban wollen auf die Fachkenntnisse der Ortskräfte offenbar nicht verzichten. Zehntausende Afghanen, die für NATO-Truppen tätig waren, wollen mit ihren Familien ausreisen. Der US-Botschaft liegen bereits 18.000 Visaanträge vor. 450 für die Bundeswehr tätige Afghanen haben über das „Ortskräfteverfahren“ Schutz in Deutschland beantragt. MRK

TÜRKEI

Die verbitterte Rache des Paten

Geflüchteter Mafiaboss setzt Erdoğan's Regierung mit brisanten Enthüllungen unter Druck

VON BODO BOST

In mehreren Videos, die online gepostet wurden, behauptet der geflüchtete Mafiaboss Sedat Peker, dass Mitglieder von Recep Tayyip Erdoğan's innerem Kreis mit Korruption, Drogenhandel, politischen Attentaten und Vergewaltigungen in Verbindung stehen.

Wie bei einer Telenovela verpassen Millionen von Türken derzeit keine Folge der skandalumwitterten Online-Enthüllungen. In Videos, die seit Anfang Mai ins Internet gestellt wurden, beschuldigt ein türkischer Mafiaboss prominente Politiker, in undurchsichtige Unterweltverbindungen verwickelt zu sein. Die Anschuldigungen von Peker haben einen Tsunami auf der türkischen politischen Bühne ausgelöst, der die Regierung von Präsident Erdoğan erschüttert und seinen einflussreichen Innenminister Süleyman Soylu,

der bei einer öffentlichen Verteidigung markante Schwächen zeigte, ins Wanken gebracht hat.

Pekers schwere Anschuldigungen zielen auf einen ehemaligen Ministerpräsidenten, hohe Beamte und ihre Familien. Von Peker ist bekannt, dass er früher der Regierung nahe stand und zu den großen Namen der Unterwelt gehört. Das erklärt das große Interesse an seinen Videos, von denen das allein letzte mehr als 14 Millionen Aufrufe verzeichnete.

Peker wurde mehrfach wegen Betrugs und Verbindungen zum organisierten Verbrechen verurteilt. Er verließ die Türkei im vergangenen Jahr, um einer weiteren Verfolgung zu entgehen, und sagt nun, er lebe in den Vereinigten Arabischen Emiraten. In seinen Videos sitzt er hinter einem geordneten Schreibtisch und erzählt zwischen Lachen und wütenden Ausbrüchen Anekdoten und Episoden aus seinem Gangsteralltag. Nachdem er zu-

nächst geschwiegen hatte, verteidigte Erdoğan, ohne Peker direkt zu nennen, energisch seine Regierung und den Innen-

„Es mag sein, dass in seinem Bericht Details fehlen oder Fehler enthalten sind, aber die Informationen, die er enthält, müssen berücksichtigt werden“

Hanefi Avci
ehemaliger Polizeichef

minister, der im Zentrum der Anschuldigungen steht. „In 19 Jahren haben wir eine kriminelle Organisation nach der anderen zerschlagen“, sagte er und fügte hinzu, er stehe „an der Seite“ seines Ministers. Selbst ohne Beweise kommen die Anschuldigungen zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt für Präsident Erdoğan, dessen Popularität durch die steigende Inflation und den Absturz der türkischen Lira gesunken ist.

Türkische Regierung reagiert nervös

Peker, 49, hat bisher sieben Videos veröffentlicht, die jeweils mehr als eine Stunde dauern. Er plant, die mit Spannung erwartete Serie weiterhin einem Millionenpublikum zuzuführen. Alle seine Videos sind akribisch inszeniert. Der Gangster beschuldigte Erkam, den Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Binali Yıldırım, in den Drogenhandel verwickelt zu sein, und den ehemaligen Innenminister Mehmet Agar, in den Mord an einem bekannten Enthüllungsjournalisten im Jahr 1993. Beide Männer haben die Vorwürfe bestritten. Der Mafia-Boss hat sich besonders kritisch über Innenminister Soylu geäußert und geschworen, den Minister zu „zerstören“, den er beschuldigt, ihn verraten zu haben, nachdem er ihn eine Zeit lang beschützt hatte.

Der Kriminelle sagt, er habe sich entschlossen, die Videos aus verletzter Ehre zu veröffentlichen, nachdem die Polizei sein Haus in Istanbul durchsucht hatte und seine Frau und Kinder dabei „respektlos“ behandelt worden waren. Trotz seines umfangreichen Strafregisters weist er das Etikett „Mafia-Boss“ zurück und stellt sich als einfacher Geschäftsmann dar. Obwohl es Zweifel an der Glaubhaftigkeit seiner Darstellung gibt, halten viele seine Anschuldigungen für fundiert. „Es mag sein, dass in seinem Bericht Details fehlen oder Fehler enthalten sind, aber die Informationen, die er enthält, müssen berücksichtigt werden“, sagte der ehemalige Polizeichef Hanefi Avci dem Fernsehsender Sozcü. Als Zeichen der Panik der Regierung über die Auswirkungen der Videos auf die öffentliche Meinung wurde bereits ein Journalist der offiziellen türkischen Nachrichtenagentur Anadolu entlassen, nachdem er zwei Minister zu Pekers Anschuldigungen befragt hatte.



Sinnt auf Rache: Ex-Mafiaboss Sedat Peker veröffentlicht Videos mit brisanten Inhalten im Internet

Foto: Screenshot Youtube

KANADA

Premier Trudeau entschuldigt sich

Während des Zweiten Weltkriegs wurden Zigttausende Angehörige feindlicher Staaten verhaftet

Kanada hat sich in den letzten Jahren für viele Vergehen entschuldigt, angefangen bei den Verbrechen gegen die Ureinwohner. Nachdem Italien 1940 dem Land den Krieg erklärt hatte, internierte Kanada mehr als 600 Menschen italienischer Herkunft und erklärte etwa 31.000 zu „feindlichen Ausländern“. Sie wurden ständig überprüft und gezwungen, sich einmal im Monat bei den örtlichen Registrierbeamten zu melden.

Entschuldigung bei Italienern

„An die Männer und Frauen, die ohne Anklage in Kriegsgefangenenlager oder ins Gefängnis gebracht wurden, Menschen, die nicht mehr unter uns sind, um diese Entschuldigung zu hören – und an ihre Gemeinschaft, eine Gemeinschaft, die unserem Land so viel gegeben hat – es tut uns leid“, sagte Premierminister Justin

Trudeau. Zu den damals Internierten gehörten auch die Eltern von Frank Iacobucci, einem ehemaligen Richter des Obersten Gerichtshofs Kanadas. Diese Politik habe gegen die Werte verstoßen, für deren Verteidigung Kanada damals auf Seiten der Alliierten in den Krieg gezogen war, sagte Trudeau. „Als dieses Unterhaus am 10. Juni 1940 Italien den Krieg erklärte, musste Kanada nicht auch den italienischen Kanadiern den Krieg erklären“, sagte Trudeau. „Dem italienischen Regime, das sich auf die Seite Nazideutschlands geschlagen hatte, die Stirn zu bieten – das war richtig. Aber gesetzestreue Italo-Kanadier zum Sündenbock zu machen – das war falsch.“

Justizminister David Lametti sagte, dass diejenigen, die an das Italienische Rote Kreuz gespendet hatten oder Mitglieder bestimmter Arbeitergruppen wa-

ren, auf Listen der Royal Canadian Mounted Police gesetzt worden seien. Kanadas Regierung hatte sich 1988 dafür entschuldigt, dass sie auch mehr als 22.000 japanische Kanadier interniert hatte. Kanada ist heute die Heimat von etwa 1,6 Millionen italienischen Kanadiern, einer der größten italienischen Diasporas der Welt.

Keine Entschuldigung bei Deutschen

Da Kanada sich im Krieg mit Deutschland befand, galten auch Deutsch-Kanadier und deutschsprachige Mennoniten, die als eigene Gruppe erfasst wurden, als feindliche Ausländer und wurden interniert. Alle deutschen Einwanderer, die nach 1922 in Kanada angekommen waren, mussten sich ab 1940 bei den kanadischen Behörden registrieren lassen. Etwa 16.000 Neuwanderer ließen sich registrieren, Hunderte von ihnen wurden verhaftet

und 860 in Lagern interniert. Die meisten der auf kanadischem Boden inhaftierten Deutschen standen in Verbindung mit der von Deutschland gesponserten Auslandsorganisation der NSDAP.

Hunderte von Deutschen in Kanada wurden jedoch ungerechtfertigterweise der Spionage und Subversion beschuldigt. Viele von ihnen waren sogar Flüchtlinge vor dem NS-Regime. Zu den internierten Deutschen gehörten auch Kriegsgefangene aus Großbritannien, die während des Krieges nach Kanada überstellt wurden. Die Gruppe der deutschen Internierten war die einzige, die auch Militärangehörige umfasste. Für die deutschsprachigen Kriegsinternierten hat sich Kanada bis heute nicht entschuldigt, obwohl der Anteil deutschsprachiger Einwanderer und ihrer Nachkommen heute in Kanada höher ist als der der Italiener. B.B.

VON WOLFGANG KAUFMANN

Grönland ist nicht nur die mit Abstand größte Insel der Welt, sondern auch von enormer wirtschaftlicher und geopolitischer Bedeutung. Unter dem jetzt sukzessive wegschmelzenden Eisschild von Kalaallit Nunaat – so die Bezeichnung des Eilands in der Sprache seiner Bewohner – liegen enorme Vorkommen an Gold, Platin, Kupfer, Zink, Nickel, Molybdän, Eisen, Blei, Kryolith, Titan, Kohle, Uran und Erdöl beziehungsweise Erdgas. Dazu kommen Rubine, Saphire und Diamanten sowie die jetzt immer wichtiger werdenden Seltenen Erden, welche unter anderem für Mobiltelefone, Windkraftanlagen und Elektroautos benötigt werden. 17 dieser strategisch bedeutsamen Elemente finden sich alleine im Kvanefjeld, das die zweitgrößte Lagerstätte für Seltene Erden weltweit darstellt. Und in der 200 Seemeilen breiten ausschließlichen Wirtschaftszone rund um Grönland, die fast bis zum Nordpol reicht, gibt es am Meeresboden sicher noch weitere Reichtümer.

Gleichzeitig liegt die Insel strategisch überaus günstig: Von hier aus können weite Abschnitte der sogenannten GIUK-Lücke kontrolliert werden. So heißt der Engpass zwischen dem Nordatlantik und dem Europäischen Nordmeer beziehungsweise der Grönlandsee, welcher sich von Grönland über Island bis nach Großbritannien erstreckt. Russische Kriegsschiffe, die aus ihren Stützpunkten an der Barentssee und dem Weißen Meer kommen, müssen diesen Flaschenhals passieren, wenn sie weltweit operieren wollen. Deshalb ist Nordgrönland ein idealer Vorposten gegen Russland. Deshalb haben die USA hier schon im Jahre 1951 die Thule Air Base angelegt, die sie bis heute nutzen. Möglich wurde dies durch ein Abkommen mit dem NATO-Partner Dänemark, dem die Insel faktisch gehört.

Kopenhagen hat Grönland inzwischen zwar einige Autonomierechte gewährt, kontrolliert aber weiterhin die Sicherheits- und Außenpolitik von Kalaallit Nunaat. Als Ausgleich überweist es jährlich rund 500 Millionen Euro an die Inselregierung. Aufgrund der wachsenden wirtschaftlichen Bedeutsamkeit Grönlands versuchen nun allerdings auch fremde Mächte, hier Fuß zu fassen. Dazu zählt nicht zuletzt die Volksrepublik China, welche sich momentan noch hinter dem australischen Konzern Greenland Minerals versteckt, dessen Hauptaktionär seit 2016 die Shenghe Resources Holding ist und der unbedingt Schürfrechte auf Grönland erwerben möchte.

Das größte Interesse an der Insel haben indes die Vereinigten Staaten. Im Jahre 2019 ventilierte der damalige Präsident



Zwischenstopp in Kangerlussuaq: US-Außenminister Anthony Blinken (M.) besucht Mute Egede (r.)

GRÖNLAND

Inuit-Regierung sucht Annäherung an die USA

Wachsendes Interesse an den Rohstoffen in der Arktis – „Gemeinschaft der Inuit“ glaubt, dass Dänemark als Schutzmacht militärisch zu schwach sei

Donald Trump sogar den Plan, diese käuflich zu erwerben und den USA einzuverleiben. Das ist mit dem Wechsel des Amtsinhabers im Weißen Haus vom Tisch, jedoch streckt auch die Regierung Biden ihre Fühler nach Grönland aus, um einerseits den wirtschaftlichen Konkurrenten China auszustechen und andererseits die US-Präsenz in der Arktis zu erhöhen, was natürlich zu Lasten Russlands gehen soll.

Gleichzeitig wollen die Grönländer ihrerseits die totale Unabhängigkeit: Rund zwei Drittel der Inselbewohner sprechen sich mittlerweile für eine vollkommene Loslösung von Dänemark aus. Daher verhalten sie bei der letzten Parlamentswahl am 6. April dieses Jahres der linken Partei Inuit Ataqatigiit (Gemeinschaft der Inuit) zum Sieg, welche die unverzügliche Unabhängigkeit anstrebt und mit der eher der Mitte zuzuordnenden Naleraq (Ori-

entierungspunkt) koalitiert, die im Prinzip das selbe Ziel verfolgt. Wobei die Grönländer mit ihrem Votum parallel noch die bisher regierende sozialdemokratische Siumut (Vorwärts) abstrafen, welche die Vergabe von Schürfrechten an Greenland Minerals befürwortet hatte.

Nach der Ernennung von Mute Inequnaaluk Bourup Egede von der Inuit Ataqatigiit zum Premierminister signalisierte dieser sogleich, dass er Grönland nicht nur in die Unabhängigkeit führen wolle, sondern auch eine deutliche Annäherung an die USA anstrebe. Hierbei genießt er die Unterstützung des neuen Ministers für Äußeres, Handel, Klima und Erwerb Pele Broberg von der Naleraq. Der sagte, das dänische Militär sei viel zu schwach, um die ressourcenreiche Insel vor einer Invasion zu bewahren, wobei er freilich offen ließ, wem er so einen Angriff zutraue. Deshalb, so Broberg weiter, wolle

die Regierung in Nuuk Grönland unter den Schutz der Streitkräfte der Vereinigten Staaten stellen. Dabei hatte Kopenhagen erst kürzlich beschlossen, 240 Millionen Dollar zu investieren, um die Verteidigungsfähigkeit Grönlands zu verbessern – so zum Beispiel durch die Stationierung von weiteren Kriegsschiffen. Doch das reicht den Grönländern offenbar nicht aus. Dergestalt in Panik versetzt, versuchte die dänische Regierung in den letzten Wochen, das Problem der künftigen Beziehungen der Insel zu den USA im direkten Dialog mit Washington, also ohne Einbezug des neuen Kabinetts Egede, zu klären. Dieser deutliche Affront veranlasste den grönländischen Außenminister dazu, seinen US-Amtskollegen Antony Blinken bei einer Zwischenlandung auf dem Flughafen von Kangerlussuaq mehrfach mit der Forderung zu konfrontieren: „Nichts über uns und ohne uns!“

ARBEITSMARKT

Erste Anzeichen für eine Erholung

Folgen der Corona-Krise verringern sich – Kurzarbeit verhinderte starken Anstieg der Arbeitslosigkeit

Die Corona-Pandemie ist noch nicht beendet, doch die Zeichen am Arbeitsmarkt sind schon positiv. Eine halbe Million Menschen haben als Folge der staatlichen Einschränkungen ihre Arbeit verloren, berichtet die Nürnberger Bundesagentur für Arbeit. Die meisten arbeiteten zuvor im Gastgewerbe und im Handel, also den Branchen, die am heftigsten von den Lockdowns betroffen waren. Ohne Corona würde die Arbeitslosenquote heute bei 4,9 Prozent liegen statt bei 5,9. „Das ist immer noch moderat“, sagt Bundesagentur-Chef Detlef Scheele. „In anderen Zeiten hätten wir uns solch eine Quote gewünscht.“

Auch bei der Zahl der offenen Stellen gibt es Positives: Im Mai waren der Bundesagentur 654.000 offene Stellen gemeldet worden, 70.000 mehr als vor einem

Jahr. Allerdings liegt die Zahl niedriger als im März 2020 – dem letzten Monat vor dem ersten Corona-Lockdown.

Scheele sieht in der Entwicklung erste Anzeichen für eine umfassende Besserung am Arbeitsmarkt. Die Folgen der Corona-Krise sind zwar immer noch sehr deutlich sichtbar, sie werden aber kleiner.

Als einer der Hauptgründe für die relativ glimpflichen Auswirkungen der Pandemie ist der massive Einsatz staatlicher Hilfen zu sehen. Als den Firmen die Arbeit ausging, mussten sie ihre Mitarbeiter nicht entlassen, sondern konnten sie in Kurzarbeit schicken. Dennoch gab es einen Anstieg der Arbeitslosenzahlen. Der Arbeitsagentur ging entsprechend schnell das Geld aus, doch auch hier sprang der Bund ein und überwies knapp zehn Milliarden Euro. Es gab weder Entlassungen

im großen Stile, noch sieht die Bundesagentur Anzeichen für eine größere Insolvenzwellen.

Fachkräftemangel bleibt

Die große Katastrophe scheint zwar auszuweichen, aber Probleme gibt es dennoch. So stieg zwar die Zahl der Erwerbstätigen im April laut Statistischem Bundesamt saisonbereinigt um 10.000 auf rund 44,4 Millionen. Sie liegt damit aber weiter deutlich unter dem Vorkrisenniveau: Insgesamt waren 1,6 Prozent oder 735.000 Personen weniger erwerbstätig als im Februar 2020, dem Monat vor Beginn der Einschränkungen wegen der Corona-Pandemie in Deutschland. „Die besonderen Regelungen für den erleichterten Bezug von Kurzarbeitergeld helfen die Auswirkungen der Corona-Krise abzufedern. Ohne diese

Maßnahmen wäre der Anstieg der Arbeitslosigkeit viel höher ausgefallen. Damit haben wir Arbeitsplätze und Unternehmen gesichert. Das ist gut für unser Jobwachstum. Erfreulich ist auch, dass der Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit gestoppt wurde. Auch wenn die Zahlen positiv sind, müssen wir weiter den Arbeitsmarkt im Auge behalten und auf Pandemie-bedingte Auswirkungen zeitnah reagieren“, erklärte der arbeitsmarkt- und sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß. Doch ein großes Thema wird auch nach Corona noch aktuell sein: der Fachkräftemangel. Nach einer Umfrage des „Handelsblatts“ haben alleine die Dax-30-Konzerne derzeit fast 14.000 offene Stellen – für Fachkräfte. Gesucht werden Mitarbeiter mit IT-, Technologie- und Daten-Expertise. *Peter Entinger*

● MELDUNGEN

Verluste durch Laborthese

Wuhan – Mittlerweile gibt es immer mehr Hinweise darauf, dass das SARS-CoV-2-Virus tatsächlich am Institut für Virologie in der chinesischen Stadt Wuhan gezüchtet wurde. Sollte sich diese einstige „Verschwörungstheorie“ bestätigen, könnte das die Finanzmärkte noch stärker in Turbulenzen stürzen als die Corona-Krise. Zum einen drohen der Volksrepublik im Falle objektiver Schuldbeweise horrend Schadenersatzforderungen, zum anderen läge auch eine teilweise Rückabwicklung der Integration Chinas in die globale Marktwirtschaft aufgrund von umfassenden Boykott- und Sanktionsmaßnahmen im Bereich des Möglichen. In beiden Fällen würden Anleger dramatische Verluste erleiden, denn der Anteil von Aktien chinesischer Unternehmen in weltweit ausgerichteten Portfolios ist seit der Weltfinanzkrise von 2008 erheblich gestiegen, weil sich die Wirtschaft des Reiches der Mitte in den Jahren danach ausgesprochen positiv entwickelt hat. *W.K.*

Heimarbeit senkt BIP

Berlin – Derzeit befinden sich rund 30 Prozent der deutschen Angestellten in Heimarbeit. Und das hat auch Folgen für die Wirtschaftsleistung hierzulande. Nach Berechnungen der Unternehmensberatung Pricewaterhouse Coopers (PwC) könnte das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik 2021 durch den „Homeoffice-Effekt“ um rund 15 Milliarden Euro beziehungsweise 0,3 Prozent schrumpfen. Denn an der klassischen Bürotätigkeit verdienen zahlreiche Gastronomiebetriebe, Verkehrsunternehmen, Einzelhändler, Reinigungsfirmen und IT-Agenturen. PwC beziffert den Umsatzrückgang der betroffenen Branchen auf 5,7 Milliarden Euro. Dazu kommen indirekte Effekte infolge eines geringeren Verbrauches von Benzin, Strom, Wasser und anderen Ressourcen. Außerdem müssen die Beschäftigten der Branchen, die durch Heimarbeit Gewinneinbußen verzeichnen, Einkommensverluste hinnehmen, welche zu einem Rückgang ihrer Kaufkraft in Höhe von 5,1 Milliarden Euro führen. *W.K.*

EU gegen Altauto-Export

Brüssel – Die EU will den Export von alten Autos nach Afrika reglementieren. In Afrika kann sich nicht jeder einen Neuwagen leisten oder wenigstens einen „guten“ Gebrauchten. Nach Feststellungen des UN-Umweltprogramms (Unep) wurden zwischen 2015 und 2018 weltweit 14 Millionen Gebrauchtwagen exportiert, mehr als die Hälfte davon nach Afrika. Häufig sind diese Gebrauchtwagen beim Export nicht mehr für den Straßenverkehr in Europa zugelassen. Sie sind durchschnittlich 16 bis 20 Jahre alt und haben Abgassysteme, die der Euro-4-Norm nicht mehr entsprechen. Nun wollen die Kommissare aus Brüssel wegen der Klimarettung und der Verkehrssicherheit in Afrika den Export besonders alter und reparaturanfälliger Autos unterbinden. In Ländern wie Malawi, Nigeria, Simbabwe und Burundi bilden die Vans und Minibusse allerdings das Rückgrat des Verkehrs. *F.B.*

KOMMENTARE

Haseloffs Mitte

RENÉ NEHRING

Für seinen Wahltriumph am vergangenen Sonntag hat Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) im ganzen Land viel Zuspruch bekommen. Dass ein Regierungschef nach zehn Jahren Amtszeit in einer Wahl zu legen kann – und dann auch noch so stark –, kommt nicht allzu häufig vor.

Der Umstand, dass Haseloff zugleich mit über 16 Prozentpunkten die AfD gehörig auf Abstand halten konnte, ließ auch jene Parteien jubeln, die ansonsten eine deftige Niederlage einstecken mussten. Sie feierten Haseloffs Erfolg nach seiner Absage an den Populismus im Wahlkampf als einen Sieg der Mitte.

Doch was ist das für eine „Mitte“, für die Wahlsieger Haseloff steht? Wer sich die Positionen des Ministerpräsidenten in den großen Auseinandersetzungen der letzten Jahre ansieht, stellt fest, dass dieser mit der Linie seiner Bundespartei – und der Politik der Kanzlerin – wiederholt nicht übereinstimmte.

In der Corona-Pandemie gehörte er immer wieder zu denen, die nicht auf bedingungslose Lockdowns setzten, sondern auch den Alltag der Bürger und die Lage der Wirtschaft im Blick hatten. Die Bundesnotbremse kritisierte er gar als bürokratisches Monstrum.

Besonders deutlich grenzte sich Haseloff auch stets von „linker Identitätspolitik“ ab. Er kritisierte den „Gender-Sprech“, den manche Ideologen missionarisch durchzudrücken gedenken, und erinnerte daran, dass sich zum Beispiel die Frauen im Osten der Republik über ihre Leistungen definierten und nicht über das „Binnen-I“.

Klare Kante zeigten der Ministerpräsident und sein Landesverband auch gegen das Selbstverständnis des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, nach eigenem Belieben die Rundfunkbeiträge erheben zu können.

Somit steht Haseloff für ein Verständnis von Mitte, das noch Grundsätze kennt und keinesfalls darauf aus ist, stets dem Zeitgeist hinterherzulaufen.



Veranschaulichte die Abhängigkeit der Weltwirtschaft vom Suezkanal: Der havarierte Container-Riese „Ever Given“

FOTO: CONTAINS MODIFIED COPERNICUS SENTINEL DATA 2021

AfD an der Wegscheide

HANS HECKEL

Auch dort, wo sie immer noch sehr stark ist, schafft es die AfD nicht mehr, über den Stamm ihrer Kernwählerschaft hinaus neue Sympathien zu gewinnen. Das hat das Wahlresultat von Sachsen-Anhalt abermals gezeigt. Dabei kann bisweilen der Eindruck entstehen, als werde diese Stagnation von Teilen der AfD kaum als großes Problem gesehen.

Der Blick in manche Wahlprogramme und auf die Äußerungen einiger AfD-Politiker lässt den Verdacht keimen: Hier geht es gar nicht so sehr um praktische Teilhabe an der Macht. Viel wichtiger scheint die ungetrübte Reinerhaltung der eigenen Weltanschauung, und das in allen Punkten, ohne schmerzliche Kompromisse.

Man möchte lieber überwintern, bis die Zeit „reif“ ist, die Deutschen ein Einsehen haben und die Blauen so ganz von selbst an die Macht hieven. Das aber dürfte langfristig schiefgehen. Wie Umfragen und Untersuchungen auch am Beispiel von Sachsen-Anhalt zeigen, er-

warten die Wähler der AfD nämlich etwas anderes. Fast neun von zehn AfD-Unterstützern gaben beispielsweise an, eine Koalition mit der CDU zu befürworten.

Das passt zur gesellschaftlichen Stellung dieser Wähler: Ihren größten Erfolg verbuchte die „Alternative“ nicht bei den vielfach herbeifabulierten „Abgehängten“, sondern bei jungen Durchschnittsverdienern. Menschen, die am Beginn ihrer beruflichen Laufbahn stehen. Denen reicht es auf lange Sicht vermutlich nicht, ihr Kreuz bei einer Daueroppositionspartei ohne Machtperspektive zu setzen. Sie wollen Ergebnisse sehen, die nur in Koalitionen zu erreichen sind. Sonst könnten sie sich irgendwann abwenden.

Die Abwehrfront der anderen Parteien darf aus Sicht der AfD keine Ausrede dafür sein, sich in einen Schmolllwinkel der Selbstbestätigung zu verziehen. Je stärker die junge Partei daran arbeitet, ihre Regierungs- und Koalitionsfähigkeit glaubhaft zu machen, desto weniger verfängt diese Front der Ablehnung.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

FLORIAN STUMPFALL

Als im März dieses Jahres im Suezkanal der 400 Meter lange Container-Riese „Ever Given“ havarierte und dadurch einen zeitlich wie räumlich einmaligen Stau verursachte, verdeutlichte dieses Politikern, Reedern, Logistikunternehmen und Militärstrategen die Abhängigkeit von der Wasserstraße. Das Nadelöhr passieren rund 19.000 Schiffe pro Jahr. Das sind 13 Prozent des Welthandels. Die Route verbindet mit Europa und Ostasien zwei Brennpunkten der Weltwirtschaft. Gerade in einer Zeit, die dem System des „just in time“ anhängt, also nicht mehr auf Lagerung und Vorratshaltung, sondern auf stetes Anliefern setzt, ist der ungehemmte Warenstrom von größter Bedeutung.

Der Gedanke, neben dem Suezkanal eine weitere Trasse zu erschließen, wurde allerdings schon vor dem Unglück der „Ever Given“ aufgegriffen, und zwar von den Chinesen. Heute wird dieser Plan in Form der Neuen Seidenstraße mehr und mehr Wirklichkeit. Dabei wird die Infrastruktur wie Straßen, Zugverbindungen und Flughäfen entlang verschiedener Landverbindungen zwischen China und Europa von Grund auf neu gestaltet und ausgebaut. Seehäfen gehören zwar auch zu dem Konzept, doch der Schwerpunkt liegt auf der Landverbindung.

Da aber Idee und Ausführung bei den Chinesen liegen und sowohl eine gemeinsame Interessenlage als auch die geographischen Gegebenheiten die Einbindung Russlands nahelegten, fand das Jahrhundertwerk im Westen bereits heftige Ablehnung, ehe es überhaupt in Angriff genommen worden war. Diese Ablehnung wurde und wird von jenen Politikern, Reedern, Logistikunternehmen und vor allem Militärs geäußert, denen die Havarie im Suezkanal so bitter aufgestoßen war.

Landverbindung Asien–Europa

Die Militärs beunruhigt vor allem, dass Russland dem chinesischen Konzept eine weitere Komponente hinzufügt: die Passage über das Nordmeer an der Küste Sibiriens entlang. Durch den Kanal dauert die Seereise von China nach Europa sechs bis sieben Wochen. Über die Nordroute werden fast drei Wochen eingespart. Das ist der Aspekt der Wirtschaft. Doch die

Sichtweise vor allem der US-Militärs ist eine ganz andere.

Seit den Tagen in den 90er Jahren, als die russischen Bodenschätze von den USA ausgebeutet wurden und das Land darbt, schien der früher wichtigste russische Militärfriedhof Murmansk einem Schiffsfriedhof zu gleichen. Das übte auf die Planer im Pentagon eine beruhigende Wirkung aus, sodass man sich um die Arktis weiter nicht kümmerte. Die US-Flugbasis Thule im nördlichen Grönland

Was China die Neue Seidenstraße, ist Russland die Arktis

schien den Strategen genug. Das änderte sich mit dem Widerstarken Russlands zu Beginn des Jahrhunderts. Nun widmete man in Moskau der Arktis verstärkte Aufmerksamkeit.

Zunächst wurde die geographische Einteilung Russlands, die durch Abgrenzungen von Nord nach Süd erfolgt war, insofern geändert, als man die Arktis von West bis Ost zu einem eigenen, neuen Bezirk erhob, der sich nun quer über die bisherigen Bezirke legt. Dann machte man sich daran, die offengelassenen Einrichtungen aus der Sowjetzeit wieder instand zu setzen, und zwar von Murmansk über die Doppelinsel Nowaja Semlja bis zur Halbinsel Tschuktschen. Denn auch die russischen Militärs haben Weltkarten, und auf diesen ist zu sehen, dass sich vom Westen über den ganzen Süden bis zum Südosten ein Kranz von US-Basen um Russlands Grenze zieht, denen russische Abwehrsysteme gegenüberstehen. Mit der neuen Strategie ist das nun auch im Norden der Fall.

Anlässlich des jüngsten Treffens des Arktischen Rates, einer Einrichtung der Arktisanrainer, im Mai beklagte US-Außenminister Antony Blinken, Russland baue Militärbasen an seiner Grenze zur Arktis auf. Er unterschlägt dabei aber, dass diese Arktis Nordsibirien ist und mithin russisches Territorium. Im Übrigen sind die rechtlichen Verhältnisse auf und um den Seeweg durch das Seerechtsüber-

einkommen der Vereinten Nationen von 1982 geregelt. Danach haben Küstenländer einen Anspruch auf die Bodenschätze im Festlandssockel bis 200 Seemeilen vor der Küste, das sind rund 370 Kilometer. Bis zwölf Seemeilen vor der Küste erstrecken sich die Hoheitsgewässer eines Küstenstaates, in denen der jeweilige Anrainer Souveränitätsrechte besitzt. Was sich nördlich der 200-Seemeilen-Grenze befindet, sind bis zum Pol internationale Gewässer. So weit wäre eigentlich alles klar, wenn es nicht einen Schönheitsfehler gäbe. Dem UN-Seerechtsübereinkommen sind 165 Länder der Welt beigetreten, die USA aber, die andere gerne darauf festlegen, sind nicht dabei.

Passage über das Nordmeer

Eine zusätzliche Bewegung erfährt die Diskussion um die Bordroute dadurch, dass man ein Klimawandel-bedingtes Schmelzen des arktischen Eises voraussetzt, was die Passage von militärischen wie zivilen Schiffen erleichtern und somit die Bedeutung der Passage erhöhen würde. Doch zumindest die Russen scheinen sich nicht auf den Klimawandel verlassen zu wollen. Sie unterhalten 26 Eisbrecher, darunter die größten überhaupt, davon sieben atomgetrieben. Dazu kommen weitere drei in der Phase der Erprobung, wiederum drei, die sich im Bau befinden und einer in Planung. Demgegenüber besitzen die USA nur sieben Eisbrecher, was eine gewisse Unruhe der Strategen erklären mag.

Solche Bedenken waren es auch, die am 16. April zu einem Abkommen über militärische Zusammenarbeit der beiden NATO-Partner USA und Norwegen geführt haben. Dieses Abkommen räumt den USA das Recht ein, auf drei norwegischen Flugplätzen Militäreinrichtungen sowie zusätzlich einen eigenen Stützpunkt zu bauen. Das alles soll der Wartung von militärischem Gerät, Manövern und dem Einsatz von US-Streitkräften dienen. Bedenken, die daraufhin vom russischen Außenministerium erhoben wurden, wies man in Norwegen zurück. Diese Aktivitäten dürften keine Reaktionen in Russland hervorrufen, weil sie offen und vorhersehbar seien, heißt es in Oslo.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

„Den sogenannten Osten besser verstehen“

Ein kürzlich erschienener Band erklärt die DDR von A bis Z – Mit Ostalgie hat dieser aber nichts zu tun

In „Elf 99 Kapiteln“ machen die Herausgeber Kai Witzlack-Makarevich, Coretta Storz und Nadja Wulff einen Rückblick auf die DDR. Vom leichtzüngigen Titel „Von Alfons Zitterbacke bis Zonen-Gaby“ sollte man sich nicht täuschen lassen, denn das Werk hat es in sich. Ein Gespräch mit Witzlack-Makarevich gibt Aufschluss:

Wie ist dieses Buch entstanden?

Das Buch entstand aus einem Lehrbuch heraus, das Ende 2020 erschienen ist. Ich arbeite seit einigen Jahren als Deutschlektor an der Universität in Ostrau in Tschechien, und die Kulturgeschichte der DDR gehört als Teil deutscher Geschichte zum Lehrplan wie die Reformation, das Kaiserreich, die Weimarer Republik, der Nationalsozialismus und die Geschichte der Bundesrepublik. Leider gibt es zur DDR wenig geeignetes Unterrichtsmaterial.

Warum fast 32 Jahre nach der sogenannten Wende diese Zeitreise in einen Staat, den es nicht mehr gibt?

Diese Frage hören wir öfter, und so richtig verstehen wir sie nicht. Wer ein Buch über das Heilige Römische Reich vorlegt, dem wird sie bestimmt nicht gestellt. Aktuell ist die Geschichte der DDR für das Verständnis der Vorgänge in unserem Land, vor allem in dessen östlichem Teil, sicherlich nicht weniger relevant. Ich hoffe, dass in dieser Frage fast 32 Jahre nach der Wende inzwischen Konsens besteht.

Wer sind die Autoren?

Die Autoren haben zumeist bereits am Lehrbuch mitgewirkt. Sehr viele der 110 Texte stammen von den beiden Mitherausgeberinnen und von mir. Viele hat auch Thomas Kolitsch beigetragen, der 2017 mit dem Deutschen Lehrerpreis ausgezeichnet wurde. Andere kommen zum Beispiel von DAAD-Lektoren aus Polen und Tschechien, also von Kollegen, von Deutschlehrern, Germanisten, Journalisten und von Professoren verschiedener Fachrichtungen. Auch meine Studierenden haben Texte geschrieben. Ein Student wusste, was Jugend, Werk und Hof bedeuten, von einem Jugendwerkhof hatte er



Legendäres Tank-Maskottchen: Im Westen unbekannt, war der Minol-Pirol in der DDR so populär wie das Sandmännchen Foto: pa

jedoch noch nichts gehört. Nach seinen Recherchen zu diesem dunklen Kapitel der DDR-Geschichte könnte er heute in der Gedenkstätte Torgau Führungen übernehmen. Die Vielfalt der Autoren ist die große Stärke des Buches. Eigentlich dürfte ich als Herausgeber niemanden herausheben, aber dass Frau Heide Rutz, die im Frauen-Gefängnis Hoheneck inhaftiert war, den Beitrag über Hoheneck geschrieben hat, macht mich ein wenig stolz.

Woher stammen die Fotos im Buch?

Zu jedem Beitrag gibt es ein Schwarz-Weiß-Foto. Das Buch ist auch ein Bildband über die DDR mit 110 Fotos professioneller Fotografen aus privaten Archiven, der DEFA-Stiftung, dem Mosaik oder auch von der Staatssicherheit. Und von der „Titanic“ haben wir ihre Zonen-Gaby aus dem Jahr 1989 bekommen.

An wen ist das Buch gerichtet?

Das Buch richtet sich an alle mit Interesse an diesem Abschnitt der jüngsten deutschen Geschichte. Wer die DDR aus eigenem Erleben kennt, wird viele Erinnerungsanker finden und sicherlich auch einige Hintergrundinformationen bekommen. Wer im Osten Deutschlands wohnt, aber die DDR nicht selbst erlebt hat, wird vielleicht das eine oder andere besser einordnen können, etwa warum die Vereinbarkeit von Beruf und Familie im Osten ganz anders diskutiert wird als im Westen. Die DDR war viel mehr als „Mauer“ und „Stasi“, auf die sie oft reduziert wird. Das greift viel zu kurz und erschwert das Verständnis, etwa der heute verbreiteten Ostalgie in den östlichen Bundesländern. Trotzdem ist „Von Alfons Zitterbacke bis Zonen-Gaby“ kein launiges Ostalgiebuch. Zur Unrechtsstaatsdebatte gibt es etwa einen eigenen Beitrag.

Aus welchem Teil Deutschlands kommen Sie?

Ich stamme aus Ilmenau im Thüringer Wald, 1990 war ich 16 Jahre alt. Viele Autoren haben aber keinen Tag in der DDR verbracht oder waren nur zweimal dort, wie ein Autor aus Heidelberg, der über eine Klassenfahrt zum Klassenfeind geschrieben hat. Der Mitherausgeberin Storz wurde Kompetenz abgesprochen, weil sie angeblich zu jung ist, um sich mit der DDR auszukennen. Da fehlen mir die Worte. Von keinem, der sich zur Schlacht im Teutoburger Wald äußert, wird erwartet, dass er sich an Arminius' Seite auf die römischen Legionen gestürzt hat.

Gibt es persönliche Intentionen, den DDR-Alltag Menschen der heutigen Zeit nahezubringen?

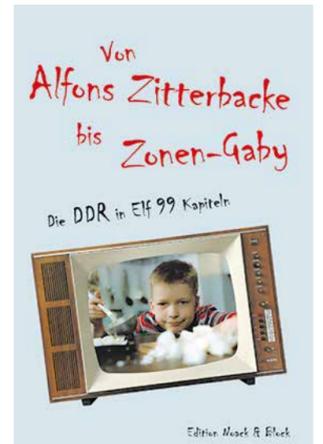
Zum einen geht es darum, dass wir der Auffassung sind, dass man den sogenann-

ten Osten besser verstehen kann, wenn man sich der DDR-Geschichte und -Kultur zuwendet. Zum anderen halten wir ein Wissen über die Geschichte und Kultur der DDR als Teil der Geschichte und eben auch der Kultur Deutschlands für relevant und wissenswert. Auch weil umfassendes Wissen davor schützt, die Ostvergangenheit zu instrumentalisieren oder in Ostalgie-Erzählungen zu verharmlosen.

Haben Sie weitere Pläne mit dem Buch?

Es wäre schön, wenn wir das Buch bei Lesungen vorstellen könnten. Gerade wird eine Übersetzung des Buches ins Tschechische vorbereitet, zusammen mit Studierenden aus Ostrau und Brünn. Die Beiträge werden um kulturelle Bezüge zwischen der DDR und der ČSSR erweitert. Da lerne auch ich richtig viel. Das bekannte Sandmann-Lied kommt auch in einem tschechischen Kultfilm aus den 1980ern vor. Tausende Tschechen kennen es also, aber ohne zu wissen, woher es stammt. Im Hinterkopf habe ich auch eine Übersetzung und Adaption des Buches für das polnische Publikum.

Das Interview führte Silvia Friedrich



Kai Witzlack-Makarevich/Coretta Storz/Nadja Wulff (Hg.): „Von Alfons Zitterbacke bis Zonen-Gaby. Die DDR in Elf 99 Kapiteln“, Edition Noack & Block, Berlin 2021, Hardcover, 240 Seiten, 18 Euro

KAISERLICHE FOTOALBEN

Die Pin-Up-Bilder Ihrer Majestät

Kölner Museum Ludwig zeigt „Sisi privat“ – Die österreichische Kaiserin war leidenschaftliche Sammlerin von Fotografien

Das Museum Ludwig in Köln plant, nach der Pandemie-bedingten Zwangspause die Ausstellung der Fotobücher Kaiserin Sisis fortzusetzen. Sie erlauben intime Einblicke in die Privatsphäre der Monarchin und korrigieren das dominante Bild der Romy-Schneider-Sissi aus den bekannten „schmalzigen“ 50er-Jahre-Filmen.

Was heute als Massenprodukt von Jedem zu jeder Zeit mit dem Smartphone hergestellt werden kann und meist im digitalen Papierkorb landet, war vor 150 Jahren eine Kostbarkeit: Fotografien. Die Herstellung war zeit- und materialaufwendig und deshalb ziemlich kostspielig. Nur wohlhabende Menschen konnten sich damals Fotoaufnahmen leisten.

Elisabeth (1837–1898), kurz: Sisi, bayerische Prinzessin und schließlich Kaiserin von Österreich, gehörte zu den Schönen und Reichen ihrer Zeit. Sie konnte sich

Fotos leisten, und – im Gegensatz zu anderen begüterten Zeitgenossen – wollte sie sich diese auch leisten. Ja, sie entwickelte geradezu eine fast schon manische Sammelwut.

„Ich lege mir ein Schönheiten-Album an und sammle nun Photographien, nur weibliche dazu“, schrieb sie ihrem Schwager, dem österreichischen Erzherzog Ludwig Viktor, 1862 aus Venedig, das damals noch zu Österreich gehörte. „Was Du für hübsche Gesichter aufreiben kannst beim Angerer (Wiener Hoffotograf, d. Red.) und anderen Photographen, bitte ich Dich, mir zu schicken.“

Der Schwager tat, wie ihm geheißen, und schon bald landete die Bitte der Kaiserin bei den Botschaftern Österreichs in Konstantinopel, St. Petersburg, Paris, London und Berlin. „Allerhöchstdieselbe“ wünschte sich besonders auch Fotos



Selbstbildnis: Sisi mit ihrem Irischen Wolfshund „Horseguard“, 1864

von orientalischen Schönheiten und Harlemsdamen.

Die erbetenen Bilder trudelten ein – jeweils an den Aufenthaltsort der Kaiserin, die Anfang der 1860er Jahre nicht in Wien, sondern vorwiegend in Venedig, Korfu oder auf Madeira lebte. Und Sisi sammelte und sammelte. Wie viele Fotobücher entstanden, ist nicht bekannt. Das Museum Ludwig konnte Anfang der 1990er Jahre 18 Fotobücher mit 2000 Fotos erwerben. Drei dieser Alben waren den „Schönheiten“ gewidmet.

Erstaunlich für jene Zeit: Nicht nur Adelige und Hofdamen wurden abgebildet, sondern auch Stars und Sternchen der internationalen Bühnen – sprich: bürgerliche Damen. Häufig in ausgefallenen Theater- oder Tanzkostümen und nicht selten in – für damalige Moralvorstellungen – schlüpfriegen Positionen. Breitbeinig

auf einem Stuhl sitzend oder den Rock hochgezogen, dass der Oberschenkel entblößt war – das waren quasi Pin-Up-Bilder der 1860er Jahre. Die Herren Botschafter hatten sicher ihre Freude beim Beschaffen der Fotos.

Warum aber diese Sammelleidenschaft? Warum speziell Frauenbilder? Kuratorin Miriam Szwest meint, dass Sisi „diese hoch inszenierten Bilder für die Konturierung ihres eigenen Images nutzte“. Abseits von den Zwängen am Hofe konnte die Kaiserin zu einer „selbstbewussteren Persönlichkeit“ reifen. Vorbilder fand sie bei eben jenen Stars der internationalen Bühnen. Siegfried Schmidtke

● **Sisi privat.** Die Fotoalben der Kaiserin, bis 4. Juli im Museum Ludwig am Dom, Köln, aktuelle Öffnungshinweise: www.mu-seenkoeln.de/portal/Museum_Ludwig

VOR 150 JAHREN

Enthüllung während der Siegesparade

Ältere Leser werden sich vielleicht noch daran erinnern: Ungefähr da, wo heute ein Springbrunnen den Lustgarten zwischen Altem Museum, Berliner Dom, Berliner Schloss und Spreekanal beherrscht, stand einst ein Reiterstandbild des fünften preußischen Königs Friedrich Wilhelm III.

Die Planungen zu dem Denkmal entstanden bereits eineinhalb Jahrzehnte nach dem Tode des Dargestellten unter dessen Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm VI. Kein Geringerer als Christian Daniel Rauch schuf ein Modell für das Standbild. Der Tod des Künstlers zwei Jahre später und die schwere Erkrankung des Königs, die diesen 1858 zwang, seinem jüngeren Bruder Wilhelm die Regentschaft zu übertragen, unterbrachen jedoch das Projekt.

Während der Regentschaft Wilhelms I. wurde das Projekt wieder aufgegriffen. Rauch stand nicht mehr zur Verfügung, und als Sieger aus einem Wettbewerb ging Albert Wolff hervor. Von dem gebürtigen Mecklenburger stammt unter anderem das 1861 enthüllte Ernst-August-Denkmal, das heute noch vor dem Hauptbahnhof von Hannover steht. 1862 billigte Wilhelm I. Wolfs Entwurf für die Darstellung seines Vaters, und nach der Grundsteinlegung am 17. März 1863 begannen die Arbeiten. Bis zum Frühjahr 1869 war die Reiterfigur modelliert. Die Enthüllung fand vor 150 Jahren, am 16. Juni 1871, statt. Der Termin war nicht zufällig gewählt. An jenem Tag fand nämlich auch der feierliche Einzug des aus dem Deutsch-Französischen Krieg siegreich heimgekehrten preußischen Heeres und seiner Verbündeten statt.



Reiterstandbild im Jahre 1938

Im Zuge der Vorbereitung der Reichshauptstadt auf die dortigen Olympischen Sommerspiele erfuhr der Lustgarten eine Umnutzung, die auch das Reiterstandbild betraf. Bis dahin war das Terrain als Garten zum Lustwandeln ausgelegt mit viel Grün und Springbrunnen. 1935/36 erfuhr er dann eine Umwandlung in einen gepflasterten Parade- und Aufmarschplatz. Da störte das Reiterstandbild. Es wanderte an den westlichen Platzrand und wurde um 90 Grad gegen den Uhrzeigersinn gedreht, sodass Pferd und Mensch nun Richtung Dom schauten.

Im Zweiten Weltkrieg wurde das Reiterstandbild nur leicht beschädigt, nach dem Krieg aber von den Bolschewisten entfernt und eingeschmolzen. Bei der nach der friedlichen Revolution 1998/99 durchgeführten Rekonstruktion des Lustgartens kehrte man im Prinzip zum Zustand vor der Errichtung des Reiterstandbildes zurück. M.Ruoff

USA

Eine Sternstunde des Whistleblowing

Vor 50 Jahren begann die „New York Times“ mit der Veröffentlichung der von Daniel Ellsberg durchgestochenen Pentagon-Papiere

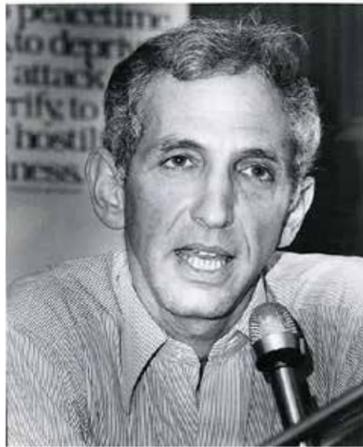
VON WOLFGANG KAUFMANN

Am Sonntag, dem 13. Juni 1971, erschien in der „New York Times“ ein langer mehrseitiger Artikel von Neil Sheehan mit dem Titel „Vietnam Archive: Pentagon Study Traces 3 Decades of Growing U.S. Involvement“ (Vietnam-Archiv: Pentagon-Studie verfolgt 3 Jahrzehnte wachsenden US-Engagements). Dieser enthielt ausgiebige Zitate aus dem 47 Bände und 7000 Seiten umfassenden „Report of the Office of the Secretary of Defense Vietnam Task Force“ (Bericht des Büros der Einsatzgruppe Vietnam des Verteidigungsministers). Den hatten drei Dutzend Beamte des Verteidigungs- und des Außenministeriums der USA sowie des Weißen Hauses ab 1967 auf Anweisung des von 1961 bis 1968 amtierenden Verteidigungsministers Robert McNamara zusammengestellt.

Whistleblower wurden mutiger

Bereits die ersten von Sheehan präsentierten Auszüge aus der als „Top Secret“ klassifizierten Analyse samt Dokumentenanhang verdeutlichten das ungeheure Ausmaß der Täuschung der Öffentlichkeit und auch des Parlaments über das immer stärker werdende Engagement der Vereinigten Staaten in Vietnam durch die US-Regierung zur Zeit der Präsidenten Harry S. Truman, Dwight D. Eisenhower, John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson. Und in den folgenden Tagen druckte die „New York Times“ auf jeweils drei bis sechs Seiten ihrer aktuellen Ausgaben weitere brisante Auszüge aus den sogenannten Pentagon Papers ab.

Das Ganze schlug ein wie eine Bombe und veranlasste den nunmehr amtierenden Präsidenten Richard Nixon zu dem



Daniel Ellsberg Foto: Mauritiu

hektischen Versuch, die Veröffentlichung aus „Gründen der nationalen Sicherheit“ per Gerichtsbeschluss stoppen zu lassen. Zunächst war er damit auch erfolgreich.

Internet bietet eine Alternative

Allerdings begann am 18. Juni 1971 die „Washington Post“ gleichfalls mit der Publikation der Papiere. Darüber hinaus verlas der demokratische Senator Maurice Gravel in einer Sitzung des Bauausschusses des US-Parlaments größere Teile des Berichtes, wohl wissend, dass er dabei politische Immunität genoss. Kurz darauf, am 30. Juni 1971, traf der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten mit sechs gegen drei Stimmen die Entscheidung, dass das von Nixon erwirkte Veröffentlichungsverbot unwirksam sei. Zur Begründung schrieb einer der Richter: „Nur eine freie, unbehindert agierende Presse kann wirksam Täuschungen durch die Regierung aufdecken. Und über allen Verantwortlichkeiten einer freien Presse steht die Pflicht, jeglichen Teil der Regierung daran zu hindern, die Menschen zu betrügen und in ferne Länder zu schicken, um an fremdländischen Krankheiten und fremdländischen Kugeln und Granaten zu sterben.“ Dadurch stand dem weiteren Abdruck der Pentagon-Papiere nichts mehr im Wege, was ganz erheblich mit dazu beitrug, dass der Krieg in Vietnam immer unpopulärer wurde und schließlich beendet werden musste.

Sheehan, Gravel und die Journalisten der „Washington Post“ hatten allesamt dieselbe Quelle: Daniel Ellsberg. Der Mitarbeiter der mit dem Verteidigungsministerium kooperierenden RAND Corporation, den man heute als Whistleblower bezeichnen würde, war zu der Erkenntnis gelangt, dass der Krieg in Vietnam nicht gewonnen werden könne. So

fasste er den Entschluss, die kompromittierenden Pentagon-Papiere zu kopieren und publik zu machen.

Presse schwächt inzwischen

Nixon tobte anlässlich seiner Enttarnung: „Let’s get the son-of-a-bitch in jail!“ (Lasst uns den Hurensohn hinter Gitter bringen!). Und tatsächlich drohten Ellsberg für den Geheimnisverrat 115 Jahre Gefängnis. Das Verfahren gegen ihn platzte allerdings, weil Nixon einen Einbruch bei Ellsbergs Psychiater autorisiert hatte, in dessen Verlauf die Patientenakte des Whistleblowers gestohlen werden sollte, und dies herauskam. Der Präsident schickte damals übrigens dasselbe Agententeam los wie 1972 beim Verwanzen des Hauptquartiers der Demokraten, durch das der Watergate-Skandal ausgelöst wurde, der Nixon 1974 das Amt kostete.

Die nun ein halbes Jahrhundert zurückliegende Veröffentlichung von Auszügen aus den Pentagon-Papieren warf ein bezeichnendes Licht auf die Dreiecksbeziehung zwischen Whistleblowern, Medienvertretern und Politikern – die heute allerdings nicht mehr dieselbe ist. Zwar nutzen viele Hinweisgeber die Medien nach wie vor als Podium, und investigative Journalisten gieren ihrerseits nach durchgestochenen Informationen. Allerdings bietet das Internet inzwischen eine ganze Menge mehr Möglichkeiten. Derer bedarf es auch zum Wohle der Öffentlichkeit, weil mittlerweile ein Teil der Medien weniger als Wächter agiert, denn als systemnahes Sprachrohr der Herrschenden.

Verfolgung durch die Politik bleibt

Im Nachgang zur spektakulären Offenlegung der Pentagon-Papiere sind die Whistleblower zumindest im Westen deutlich mutiger geworden. Verfolgt werden sie indes nach wie vor, auch im 21. Jahrhundert. So ließ der von 2009 bis 2017 amtierende 44. Präsident der USA, Barack Obama, Hinweisgeber aller Art rigoros verfolgen, bis hin zur Androhung der Todesstrafe. Und auch in Deutschland genießen diejenigen, welche Missstände oder Rechtsverstöße in Wirtschaft und Gesellschaft aufdecken, keinen besonderen Schutz. Vielmehr hat es die Bundesregierung bislang sogar unterlassen, die entsprechende EU-Richtlinie 2019/1937 in nationales Recht umzusetzen.

Die Veröffentlichung der Dokumente machte den Vietnamkrieg zunehmend unpopulär und trug zu dessen Verkürzung bei

“All the News That’s Fit to Print”

The New York Times

LATE CITY EDITION
Weather: Chance of showers today, tonight. Partly sunny tomorrow. Temp. range: today 74-94; Wed. 72-91. Temp. Hum. Index yesterday 82. Full U.S. report on Page 84.

VOL. CXX... No. 41,431

© 1971 The New York Times Company

NEW YORK, THURSDAY, JULY 1, 1971

15 CENTS

SUPREME COURT, 6-3, UPHOLDS NEWSPAPERS ON PUBLICATION OF THE PENTAGON REPORT; TIMES RESUMES ITS SERIES, HALTED 15 DAYS

Nixon Says Turks Agree To Ban the Opium Poppy

By JOHN HERRBERS
Special to The New York Times
 WASHINGTON, June 30—Two weeks ago, Mr. Nixon announced to a group of news correspondents that he had agreed to send a message to William J. Day, the Turkish ambassador in Washington, saying that the United States would provide technical assistance in helping Turkish farmers shut to other crops opium poppies by June, 1972. Officials would not say how much American money would be involved, but the United States has made a \$3-million loan to Turkey on the condition that it ban the production of opium poppies. Secretary of State William P. Rogers, who helped work out the agreement, said the United States would supply the money for the loan. The White House press secretary said the agreement was a “significant step toward the elimination of dangerous drugs.”

Continued on Page 22, Column 1

PRESIDENT CALLS STEEL AND LABOR TO WHITE HOUSE

By PHILIP SHABECOFF
Special to The New York Times
 WASHINGTON, June 30—President Nixon has called negotiators of the steel companies and steelworkers union to meet with him next Tuesday before they sit down to begin contract negotiations, a White House spokesman announced today. It will be the first time that the President will have met with labor and management in an industry prior to nationwide contract negotiations, according to Ronald L. Ziegler, the White House press secretary. Discussion issues listed

Pentagon Papers: Study Reports Kennedy Made ‘Gamble’ Into a ‘Broad Commitment’

By HEDRICK SMITH
Special to The New York Times
 The Pentagon’s study of the Vietnam war concludes that President John F. Kennedy transformed the “limited-risk gamble” of the Eisenhower Administration into a “broad commitment” to prevent Communist domination of South Vietnam. Although Mr. Kennedy resisted pressures for putting American ground-combat units into South Vietnam, the Pentagon analysts say, he took a series of actions that significantly expanded the American military and political involvement in Vietnam but nonetheless left President Lyndon B. Johnson with as bad a situation as Mr. Kennedy inherited. “The dilemma of the U.S. involvement dating from the Kennedy era,” the Pentagon study observes, was to use “only limited means to achieve excessive ends.” Moreover, according to the study, prepared in 1967-68 by Government analysts, the Kennedy tactics deepened the American involvement in Vietnam piecemeal, with each step minimizing public recognition that the American role was growing.

BURGER DISSENTS

First Amendment Rule Held to Block Most Prior Restraints

By FRED P. GRAHAM
Special to The New York Times
 WASHINGTON, June 30—The Supreme Court freed The New York Times and The Washington Post today to resume immediate publication of articles based on the secret Pentagon papers on the origins of the Vietnam war. By a vote of 6 to 3 the Court held that any attempt by the Government to block news articles prior to publication bears “a heavy burden of presumption against its constitutionality.” In a historic test of that principle — the first effort by the Government to enjoin publication on the ground of national

„The New York Times“: Titelblatt vom 1. Juli 1971

Foto: Ullstein



Eine Luftaufnahme zeigt die Ausmaße und die exponierte Lage: Kyffhäuserdenkmal

Foto: pa

VOR 125 JAHREN

Wie die Würstchen in die Dose kamen

Vor 125 Jahren, am 18. Juni 1896, wurde das Kaiser-Wilhelm-Denkmal im Kyffhäusergebirge eingeweiht. Entsprechend der Größe des Denkmals war das ein großes Ereignis. Ein mit der Bewirtung der Festteilnehmer beauftragter Gastwirt aus Eisleben beauftragte seinerseits den Wurstfabrikanten Friedrich Heine, 40.000 Paar Würstchen bereitzustellen.

Eine derartige Menge konnte Heine nur über einen größeren Zeitraum herstellen, und so stellte sich das Problem der Konservierung. Der Unternehmer hatte bereits zuvor mit Dosenwürsten experimentiert, allerdings mit wenig Erfolg. Der Inhalt war in den Dosen schlecht geworden. Nun versuchte es Heine erneut.

Von den 40.000 Paaren, die er zusammen mit Waschkesseln zum Erwärmen und weiterem Zubehör vom Produktionsort Halberstadt über knapp hundert Kilometer mit Pferd und Wagen zum Kyffhäuser transportierte, war nur ein Viertel Frischware. Die übrigen 30.000 Paare waren zu je 24 Paaren in Großdosen verpackt.

Über den 18. Juni schrieb Heine in seinen Memoiren: „Leider hatte uns die Festleitung falsch unterrichtet, denn der Haupttrupp der Teilnehmer zog auf der unserem Standpunkte entgegengesetzten Seite vorüber. Unsere Stände wurden nur von 5000 Mann passiert ... Meine ganze Hoffnung setzte ich nun auf den Abmarsch der Krieger, denn die meisten mussten ja an meinen Ständen vorüber.“

Die Hoffnung trog indes. Nach der Einweihungsfeier brach ein Unwetter los. „Nun gab es kein Halten mehr. Alles, was Beine hatte, stürmte davon, drängte zu den Fuhrwerken und Zügen, machte sich zu Fuß auf den Heimweg“, so Heine, statt sich die Zeit zu nehmen, ein Paar von den bereitgehaltenen Würstchen zu genießen. „Ich berechnete meinen Schaden auf mindestens 6000 Mark – und sagte mir, dass ich für alle Zeit ruiniert sei, denn ich musste ja damit rechnen, dass auch die Dosenwürstchen verdorben seien“, so Heine, „Doch meine Frau und eine Zeitungs-Annonce machten mir neue Hoffnungen: Gewerbe- und Kochkunstausstellung in Wiesbaden.“

Heine ließ also seinen Bruder Wilhelm die 1200 24er-Großdosen, auf denen er bei der Denkmaleinweihung sitzengeblieben war, auf der Ausstellung in Wiesbaden ausstellen und verkaufen. Heine hatte Glück. Diesmal hatte er die Würstchen richtig konserviert, sodass sie schmeckten. Sie ließen sich verkaufen, und Heine hatte einen tollen Werbeeffekt. M.R.

BARBAROSSADENKMAL

Der Weißbart auf des Rotbarts Throne

Vor 125 Jahren wurde das Kaiser-Wilhelm-Denkmal im Kyffhäusergebirge eingeweiht

VON MANUEL RUOFF

In der Herrschaftszeit des preußischen Königs Wilhelm I. und der Amtszeit des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck geschah Beachtliches. Es wurden der deutsche Dualismus zwischen der norddeutschen und der süddeutschen Großmacht beendet und die Deutschen geeint. Heute sehen wir darin vor allem das Werk Bismarcks. Im monarchisch geprägten Deutschland hingegen war die Neigung vorhanden, Großereignisse einem Herrscher und nicht dessen Kabinettschef zuzuschreiben. Zudem hatte sich Wilhelm vor allem in der Endphase seiner Regentschaft und seines Lebens viele Sympathien erworben durch ein freundliches, bescheidenes, gelassenes und humorvolles Auftreten. Hinzu kam sein indirekter Nachfolger Wilhelm II., der versuchte, für seinen Großvater gar die Bezeichnung „Wilhelm der Große“ durchzusetzen.

Betonung der Kontinuität

Nach dem Ableben Wilhelms I. im Jahre 1888 entstanden in Deutschland so Hunderte von Kaiser-Wilhelm-Denkmalern. Zu den größten zählt neben dem an der Porta Westfalica das im Kyffhäusergebirge. Beide gehören mit dem Völkerschlachtdenkmal in Leipzig zu den größ-

ten Denkmälern auf deutschem Boden überhaupt. Beide wurden ungefähr zeitgleich errichtet und im selben Jahr eingeweiht. Doch es gibt auch Unterschiede. Während das an der Porta Westfalica mit der preußischen Provinz Westfalen wie viele andere Kaiser-Wilhelm-Denkmalen einen staatlichen Bauherrn hat, hat das in Thüringen einen privaten.

Besonders am Kyffhäuserdenkmal ist zudem das klare Bekenntnis zu einer Kontinuität vom Heiligen Römischen Reich zum Deutschen Reich. Das war keine Selbstverständlichkeit. Das deutsche Nationalbewusstsein wuchs nämlich erst allmählich. Insbesondere zur Anfangszeit des Deutschen Reiches war dessen Charakter innerhalb Preußens absolut nicht unumstritten. Für eingefleischte Preußen, die sich mehr als Preußen denn als Deutsche sahen, war das Deutsche Reich eher ein großpreußischer Staat denn ein kleindeutscher. Das Heilige Reich wurde abgelehnt als zu österreichisch, zu süddeutsch, zu katholisch, zu habsburgisch.

Das auch „Barbarossadenkmal“ genannte Kyffhäuserdenkmal schlägt hingegen einen klaren Kontinuitätsbogen von Barbarossa, dem legendären Kaiser des ersten, des Alten Reiches, zu „Barbarossa“, dem ersten Kaiser des zweiten, des zum Zeitpunkt der Denkmalerrichtung aktuellen Reiches. Das Kyffhäuserdenkmal zeigt zum einen in seinem unter-

ren Teil eine 6,5 Meter hohe, vor Ort von Nikolaus Geiger aus Sandstein gemeißelte Figur Kaiser Friedrichs I., wie er entsprechend der Kyffhäuser Sage in einem „unterirdischen Schlosse“ im Kyffhäusergebirge so lange schlafen muss, wie die Zwietracht und Unglück verkörpernden „alten Raben noch fliegen immerdar“. Darüber zu sehen ist eine elf Meter hohe Kupfertreibarbeit Emil Hundriebers, die zeigt, wie Wilhelm I. in seiner Uniform auf einem Pferd aus dem Denkmalturm herausreitet. „Der Weißbart auf des Rotbarts Throne“ lautet die klare Botschaft des Denkmals.

Dadurch, dass das hintere Drittel des 8,5 Meter langen Pferdes Wilhelms I. noch in einer Einbuchtung des Denkmalturmes steckt, ist das Reiterstandbild wenigstens etwas vor Sturm geschützt. Durch den mit einer Kaiserkrone bekrönten Turm ist das Denkmal bereits von Weitem zu erkennen. Er ist 57 Meter hoch und kann über eine 247 Stufen zählende Treppe bestiegen werden. Von der Kuppel bietet sich eine Aussicht nicht nur ins Kyffhäusergebirge, sondern auch zum Harz, in die Goldene Aue und zum Thüringer Wald. Angesichts seines Bezuges auf die Kyffhäuser Sage bot sich als Standort für das Denkmal das Kyffhäusergebirge förmlich an.

Mit der Denkmalerrichtung hatten die tief zerstrittenen Kriegervereine und

verbände Deutschlands endlich ein sinnstiftendes, einigendes gemeinsames Ziel, das sie denn auch tatsächlich enger zusammenrücken ließ. Entsprechend positiv war die Reaktion, nachdem der Schriftführer des Deutschen Kriegerbundes bereits drei Tage nach dem Tode Wilhelms I. auf einer Bundesvorstandssitzung einen entsprechenden Vorschlag gemacht hatte.

Ein verbindendes Großprojekt

Wie häufig bei derartigen Großprojekten wurde 1889 ein Preisausschreiben veranstaltet. Das Rennen machte mit Bruno Schmitz kein Unbekannter, auch wenn der 1858 in Düsseldorf geborene Architekt großformatiger Denkmalbauten damals noch am Anfang seiner beachtlichen Karriere stand. Unter anderem zeichnete er verantwortlich für die Kaiser-Wilhelm-Provinzialdenkmäler an der Porta Westfalica und in Koblenz am Deutschen Eck sowie für das größte deutsche Denkmal überhaupt, das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig.

Am 10. Mai 1892 wurde der Grundstein gelegt. Am 25. Jahrestag des Einzugs Wilhelms I. in seine Hauptstadt nach dem siegreich beendeten Deutsch-Französischen Krieg (siehe Seite 10), am 18. Juni 1896, wurde die 131 Meter lange, 96 Meter breite und 81 Meter hohe Anlage eingeweiht.

NACHKRIEGSZEIT

Liebesgaben aus der neuen für die alte Heimat

Comité de Socorro a Europa Faminta: Vor 75 Jahren erfolgte der erste Hilfstransport aus Brasilien für das hungernde Deutschland

Schon schnell nach Kriegsende hatte sich im Süden Brasiliens ein Verein namens „Comité de Socorro a Europa Faminta“ (SEF, Hilfsverein für das hungernde Europa) unter Trägerschaft der Jesuiten gebildet. Mit „Europa“ war dabei vor allem Deutschland einschließlich Österreich gemeint. Die beiden Gründer waren der deutschbrasilianische Jesuitenpater Balduino Rambo SJ (1906–1961) und Pater Henrique Pauquet (1907–1986), der als

Heinz Pauquet in Köln zur Welt und 1936 als Jesuit nach Brasilien gekommen war. Sie gewannen zwei lutherische Pfarrer aus den beiden deutschbrasilianischen Synoden sowie zwei Journalisten vom deutschsprachigen „Sankt Paulusblatt“ für eine Mitarbeit. Der Verein war die erste überkonfessionelle, ökumenische Initiative in Rio Grande do Sul. Im südlichsten der 27 Bundesstaaten Brasiliens waren die ökumenischen Beziehungen seit Beginn

der deutschen Einwanderung 1824 sehr gespannt.

Die Geldsammelaktionen des SEF begannen im April 1946 unter den drei Millionen Deutschstämmigen Brasiliens. Bereits am 6. Juni verließ das erste Hilfsschiff mit 91 Tonnen Hilfsgüter an Bord den Hafen von Porto Alegre, der Hauptstadt von Rio Grande do Sul. Zielhafen war Göteborg in Schweden, wo das Schiff am 16. Juli 1946 ankam. An Bord waren vor

allem Lebensmittel, Kleider, Samen und Medikamente. Später kamen Haushaltsgegenstände und Baumaterial hinzu. Die Güter gingen zur einen Hälfte an katholische Hilfswerke und zur anderen an protestantische Gemeinden. Größter Einzelspender war das Textilunternehmen Renner in Porto Alegre, deren Besitzerfamilie aus dem Hunsrück stammte. Im Gründungsjahr von Bundesrepublik und DDR wurde das Ende der Hilfsaktion mit einem

großen Maifest in Porto Alegre gefeiert. Bis dahin waren hatten elf Hilfslieferungen per Schiff nach Europa stattgefunden. Die Deutschen Südbraziens spendeten für das am Boden liegende Deutschland Liebesgaben mit einem Gesamtgewicht von 4600 Tonnen. Der brasilianische Staat beteiligte sich durch die Befreiung der Hilfssendungen von den Transportkosten sowie Hafen-, Zoll- und sonstigen Abgaben an der Hilfe. Bodo Bost

VON WOLFGANG KAUFMANN

Nach Jahrzehnten voller Dementis verkünden US-amerikanische Militärs, Geheimdienstler und Politiker jetzt plötzlich in seltener Einmütigkeit, dass es in der Vergangenheit zu zahlreichen Sichtungen von UFOs (Unbekannten Flugobjekten) möglicherweise außerirdischer Herkunft gekommen sei. Wobei die offizielle Bezeichnung nun UAP (Unidentified Aerial Phenomena) lautet. So bestätigte die Pentagon-Sprecherin Susan Gough unter anderem die Echtheit von Videoaufnahmen, welche der Dokumentarfilmer Jeremy Corbell kürzlich publik gemacht hatte. Diese waren am 15. Juli 2019 an Bord des Küstenkampfschiffes „USS Omaha (LCS-12)“ entstanden. Sie zeigen ein rundes, am Himmel schwebendes Objekt, das dann abrupt ins Wasser taucht, ohne irgendwelche Spuren zu hinterlassen.

Ebenso bestätigte das Verteidigungsministerium in Washington die Existenz seines Geheimprogramms zur Identifizierung von „fortgeschrittenen Bedrohungen“ durch UAP namens Unidentified Aerial Phenomena Task Force (UAPTF) ein. Und dann verkündete der ehemalige US-Präsident Barack Obama auch noch freudig lächelnd im Fernsehen: „Tatsächlich, und ich meine es hier wirklich ernst, gibt es Aufnahmen und Aufzeichnungen von Objekten am Himmel, von denen wir nicht genau wissen, was es ist. Wir können nicht erklären, wie sie sich bewegen, ihre Flugbahn.“

„Sehr ernst nehmen“

Für den ehemaligen Direktor des amerikanischen Auslandsgeheimdienstes CIA, John Brennan, handelt es sich dabei um „eine Art von Aktivität“, hinter der „eine andere Lebensform“ stecken könnte. Und das wiederum bezeichnete der republikanische Senator Marco Rubio aus Florida als keinesfalls zu unterschätzende Gefahr: „Alles, was in einen Luftraum gelangt und dort nicht sein soll, ist eine Bedrohung. Ich möchte, dass wir das ernst nehmen.“ Deshalb müssen die Verantwortlichen für das UAPTF-Programm beim US-Marinegeheimdienst Office of Naval Intelligence (ONI) dem Kongress in Washington nun einen Bericht über den Umfang und die Natur des Auftretens von „Nichtidentifizierten Luftphänomenen“ vorlegen.

Sollte dieser die im Interview mit dem US-Nachrichtensender Fox News getätigten Aussagen des früheren Director of National Intelligence im Kabinett Trump, John Ratcliffe, bestätigen, dass es „viel mehr Sichtungen“ gegeben habe, „als öffentlich gemacht wurde“, dann dürfte dieses Papier erhebliches Aufsehen erregen.



Mutmaßliche Besucher aus dem All: Ufos lösen bei vielen Menschen Furcht vor einer interstellaren Invasion aus

Foto: imago images/Science Photo Library

UFOS

Und es gibt sie doch!

Jahrzehntelang wurden „Ufologen“ als Spinner abgetan. Jetzt bestätigt die US-Führung, dass die geheimnisvollen Objekte am Himmel massenhaft gesichtet wurden – Was steckt dahinter?

Schließlich könnte die eventuelle Anwesenheit von Vertretern einer außerirdischen Spezies auf unserem Planeten, welche bisher offiziell stets abgestritten wurde, welthistorische Bedeutung erlangen und im schlimmsten Falle auch zur Vernichtung der Menschheit führen, wenn die Besucher aus dem All unfreundliche Absichten hegen. Denn sie wären uns technologisch natürlich haushoch überlegen.

Der nächste potentiell bewohnbare Planet Proxima Centauri b ist immerhin noch 4,2 Lichtjahre beziehungsweise 40 Billionen Kilometer entfernt – eine Distanz, die wir mit unseren Mitteln derzeit unmöglich zu überwinden vermögen. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit der Existenz von Aliens in keiner Weise zu bezweifeln: Wir wissen zwar inzwischen, dass es unter den 3500 bislang entdeckten Planeten außerhalb des Sonnensystems sieben erdähnliche gibt, aber das stellt sicher nur die mikroskopisch kleine Spitze eines unvorstellbar großen Eisbergs dar.

Ebenso unklar ist, was die Außerirdischen hier wollen, wenn sie denn tatsächlich hinter den UAP stecken. Sind die Aliens gekommen, um zu forschen, oder wollen sie expandieren, kolonisieren oder uns eventuell gar exterminieren? Dann wäre es eine bodenlose Dummheit gewesen, permanent Botschaften ins All hinaus zu schicken, um auf die Menschheit und deren ressourcenreichen blauen Planeten aufmerksam zu machen. Auf jeden Fall müssten nun dringende Zuständigkeiten geklärt und Vorkehrungen für mögliche Erstkontakte mit Besuchern aus dem Kosmos getroffen werden.

Natürlich gab es in der Vergangenheit bereits Diskussionen, wie die Menschheit bei der Ankunft von Besuchern aus dem All reagieren sollte. So hat die International Academy of Astronautics (IAA) in Paris eine „Grundsatzklärung zu Aktivitäten nach der Entdeckung von außerirdischer Intelligenz“ verabschiedet. Darin heißt es aber nur verschwommen, niemand dürfe irgendwelche Schritte unter-

nehmen, „bevor geeignete internationale Konsultationen stattgefunden haben“. Wobei die IAA davon ausgeht, dass das Ganze in die Verantwortlichkeit der Vereinten Nationen fällt.

Das ist jedoch naiv gedacht, denn in der Realität werden wohl vor allem die Großmächte richtungweisende Entscheidungen treffen. Oder anders ausgedrückt: Wenn der Menschheit tatsächlich Gefahr aus dem All beziehungsweise von Außerirdischen droht, dann ist dies die Stunde der Starken. Und das wirft einige interessante Fragen auf.

Machtpolitischer Trick der USA?

Wird das Thema der UAP-Sichtungen jetzt vielleicht deshalb so hochgespielt, um den Vereinigten Staaten von Amerika wieder mehr Geltung zu verschaffen? Soll die mögliche Bedrohung durch Außerirdische, denen die technologische, wirtschaftliche und militärische Führungsmacht USA noch am ehesten etwas entgegenzusetzen hätte, die Welt dazu bewe-

gen, sich unter den Schutzschirm Washingtons zu flüchten? So wie in dem Science-Fiction-Streifen „Independence Day“, in dem sogar der US-Präsident höchstpersönlich in einen Kampfjet steigt, um den Invasoren aus dem All mit Kernwaffen den Garaus zu machen, was weltweiten Jubel auslöst.

Wird mit der plötzlichen Flut von Meldungen über unbekannte Objekte am Himmel vielleicht schon die nächste globale Katastrophe nach Corona herbeigeschrieben – in der Hoffnung, dass die dergestalt ausgelöste Massenpanik es noch leichter macht, Bürgerrechte auszuhebeln und demokratische Prozesse abzuwürfen? Ganz abgesehen von der Chance zur weiteren militärischen Aufrüstung um jeden Preis, wenn es diesmal nicht gegen winzige Viren, sondern mit Hochtechnologie ausgestattete Aliens gehen soll ...

Hier ist allerhöchste Wachsamkeit gefragt und kein amüsiert-herablassendes Schmunzeln. Die Corona-Krise begann schließlich auch wie ein Hollywood-Film.

SCHWEDEN

Bullerbü ist zur Bandenhölle verkommen

Das einst beschauliche Land ist jetzt Europas Spitzenreiter bei der bewaffneten Kriminalität – Debatte um Einwanderung

Seit einigen Wochen ist die schwedische Serie „Snabba Cash“, welche die Geschichte des Drogenhandels in Stockholm erzählt, ein Erfolg auf Netflix. Eine Fiktion, die jedoch nicht sehr weit von der Realität entfernt ist. Laut einer Studie des Schwedischen Rates für Verbrechensprävention ist Schweden das einzige Land in Europa, in dem die mörderische Waffengewalt zunimmt. Im vergangenen Jahr haben die Schießereien um zehn Prozent zugenommen – mit 366 Vorfällen, also einem pro Tag.

Ein Anstieg wie hier ist nirgendwo sonst in Europa zu beobachten. Damit ist Schweden vom Ende der europäischen Rangliste fast an die Spitze aufgestiegen, nur noch Kroatien weist in den vergangenen Jahren ein höheres Niveau an Waf-

fengewalt auf, dort war diese allerdings schon immer sehr hoch. Diese beunruhigende Entwicklung ist auf den anhaltenden Bandenkrieg in Stockholm und Malmö zurückzuführen. In der Hauptstadt stiegen die Schießereien im Jahr 2020 sogar um 79 Prozent.

Mutter kaltblütig erschossen

Schweden gilt gemeinhin als das Land von Astrid Lindgren und ihren friedvollen und lustigen Kindergeschichten. Jenseits der Klischees gibt es jedoch ein anderes, weniger bekanntes Schweden, nämlich das der Banden und des organisierten Verbrechens. Ein Schweden, in dem man nicht zögert, jemanden auf der Straße zu erschießen, am helllichten Tag. Im August 2019 bewegte eine Nach-

richt das ganze Land. In Malmö, der großen Stadt im Süden Schwedens gegenüber von Kopenhagen, die als Zentrum der Bandenkriminalität gilt, wurde in einer sehr belebten Gegend im Stadtzentrum von einigen verummten Personen eine Mutter, die ihr Baby auf dem Arm trug, kaltblütig erschossen. Kurze Zeit später wurde eine weitere junge Frau in Malmö wiederum auf offener Straße erschossen. Im Juni 2018 waren bei einer Schießerei in einer Spielhölle bereits drei unbeteiligte Jugendliche getötet worden.

Das Land war in seinen Grundfesten erschüttert. Selbst örtliche Bandenmitglieder reagierten mit der Aussage, dass eine Grenze überschritten worden sei und man in der Unterwelt normalerweise kei-

ne Frauen und Kinder angreife. Laut Polizei sei das eigentliche Ziel des Angriffs der Begleiter der jungen Frau gewesen, ein Mann aus dem Orient. Ein Mann, der bereits zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war.

Linke setzt weiter auf Prävention

Die Gewalttäter aus Schwedens Unterwelt scheuen auch nicht mehr davor zurück, Kriegswaffen wie Handgranaten und Sprengstoffbomben einzusetzen. In Malmö gehen jedes Jahr Dutzende Bomben hoch, man fühlt sich wie in einem Kriegsgebiet.

Ursprung dieser Gewalt sind organisierte Banden, die sich um den lukrativen Markt von Drogen und Waffen streiten. Die meisten dieser Bandenbildungen hän-

gen mit den verschiedenen Einwanderungswellen zusammen, die nach Schweden gekommen sind: So gibt es irakische, syrische und albanische Banden, und auch ältere, die aus dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien stammen. Dieser Zusammenhang hat eine intensive Debatte ausgelöst zwischen der Linken, die noch auf Prävention setzt, und einem Teil der Rechten, der einen direkten Zusammenhang zwischen Immigranten und Kriminalität im Land sieht.

Mit jedem spektakulären Mord in der Bandenszene wird diese Diskussion neu entfacht. Nach den beiden spektakulären Morden vom August 2019 meldete sich sogar der sonst eher zurückhaltende schwedische König zu Wort und erklärte sich schockiert von diesen Morden. *Bodo Bost*

AUSSTELLUNG

Nostalgie in Allenstein

Im Museum der Moderne im ehemaligen O-Bus-Depot wird an die 1970er und 1980er Jahre erinnert

VON DAWID KAZANSKI

Überall in der Republik Polen entstehen immer mehr kleinere und größere Museen, die dem Leben in der sozialistischen Volksrepublik gewidmet sind. Nicht selten sind es einfach gemütliche Räumlichkeiten, die an Wohnungen aus den 1980er Jahren erinnern, mit Schrankwänden, Frania-Waschmaschinen, Schwarz-Weiß-Fernsehern und vielen anderen Gegenständen aus diesen Jahren.

Das Interesse an der Volksrepublik Polen (VRP) der 1970er und 1980er Jahre ist eine Erscheinungsform der VRP-Manie, die sich in der letzten Zeit unter der jungen und mittleren Generation der Polen verbreitet hat. Überall im Land schießen Kneipen, die auf die vergangene Ära verweisen, wie Pilze aus dem Boden, in denen man einen „Doppelten“ trinken und dazu Keulen in Aspik oder Eisbein essen kann.

Sozialistischer Vintage feiert auch unter jungen Künstlern und Designern einen Siegeszug. Mehr als 30 Jahre nach dem Fall des Kommunismus gibt es viele, die nostalgisch an das Polen unter dem vorherigen Regime denken. Zwar wünscht sich kaum jemand die Rückkehr eines sozialistischen Staates, in dem Grundnahrungsmittel knapp, Bürgerrechte und Meinungsfreiheit Fehlanzeige waren. Dennoch durchlebten viele Angehörige der älteren und mittleren Generation ihre Kindheits- und Jugendjahre in jenen Zeiten, die meist in guter Erinnerung bleiben.

Für die Jugend jedoch ist die Darstellung der Lebensbedingungen während der sozialistischen Ära ein unvergessliches Erlebnis der jüngsten Vergangenheit des 20. Jahrhunderts. Die aktuelle Ausstellung, die sich im O-Bus-Depot beim Museum der Moderne in der Gartenstraße in Allenstein befindet, fügt sich in die Erinnerungen an Polen aus den 70er und 80ern. Die Exposition mit dem Titel „Ein Haus ohne Adresse“ wurde vom Städtischen Kulturzentrum vorbereitet, aber die Idee stammt von regionalen Oldtimer-Liebhabern.



Typisch für die 70er/80er Jahre im sozialistischen Polen: Eine durchschnittliche Wohnzeilereinrichtung

Foto: D.K.

Beim Betreten des Museumsraumes hat der Besucher das Gefühl, die Schwelle einer typischen Wohnung aus der sozialistischen Ära zu überschreiten. Zu den ausgestellten Exponaten gehören beispielsweise eine Schrankwand, auf der das in früheren Jahren beliebte dekorative Glasgeschirr platziert ist, ein charakteristisch gemusterter Teppich und viele Haushaltsgeräte. Es gibt stilvolle Radios, einen Kineskop-Fernseher, ein Telefon aus schwarzem Bakelit und die Kult-Waschmaschine Frania. Auf dem einfachen Küchentisch, der mit einem Tischtuch gedeckt ist, steht ein Satz Geschirr, während sich an einer anderen Stelle eine Werkbank mit einer Lucznik-Nähmaschine und einem traditionellen Bügeleisen befindet. Es gibt auch ein charakteristisches Sofa, auf dem Teddybären sitzen, einen nicht besonders raffinierten

Sessel sowie einfache Stühle. Auf dem Teppich liegen Plastikbausteine, die weit von der Qualität der originalen Lego-Steine entfernt waren.

Besondere Atmosphäre

Artur Sobieła, der Leiter des Museums der Moderne, äußert sich über die Ausstellung und die Reaktionen der Besucher: „Wenn die Leute zur Ausstellung kommen, schauen sie sich alles ganz genau an. (...) Gläser, Siphonflaschen, Thermoskannen, Teller und Hochglanzmöbel. Es sind auch Funkgeräte vorhanden. Sie verleihen eine besondere Atmosphäre. Ich habe zu Hause ein Beskid-Radio, das aus der Mitte der 70er Jahre stammt. Es hat ein sehr schönes Design und spielt sehr gut. Aber wie das DJ-Pult klingt, das eines der Exponate ist, ist schwer zu sagen. Es handelt sich um ein

Set für die Veranstaltung von Partys an Arbeitsplätzen. Es verfügt über ein Spulentonbandgerät, einen Plattenspieler sowie ein gepanzertes Metallgehäuse. Leider fehlen die Lautsprecher ... Es ist sehenswert. Aber nicht nur, denn wir haben bereits eine Menge Exponate. Ich hoffe, dass es mehr und mehr davon geben wird. Die Besucher geben oft zu, dass sie etwas haben, das nicht nur vom Stil, sondern auch vom Alter her hierher passen würde.“

Neben verschiedenen Elementen der Wohnungseinrichtung kann man auch Kraftfahrzeugantiquitäten sehen, die im kommunistischen Polen sehr beliebt waren: Zu bewundern sind ein polnischer Fiat 126p, ein Trabant, ein Moped Komar 3 und ein polnischer Wohnwagen Niewiadów. Die Ausstellung kann bis Ende Juni besucht werden, der Eintritt ist frei.

STADTVERSCHÖNERUNG

Die Skulptur der „Wogengleiterin“ schmückt Cranz

Der Kurort erweitert die Zahl der touristischen Anziehungspunkte

In Cranz wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche architektonische Besonderheiten gebaut. Unter anderem wurden viele bemerkenswerte Skulpturen aufgestellt. Im vergangenen Jahr wurde im Zentrum des Kurorts die außergewöhnliche Skulptur „Touristin“ installiert, die ein Mädchen darstellt, das einen Koffer hinter sich herzieht und gleichzeitig Selfies mit dem Mobiltelefon macht. Die Skulptur „Meerjungfrau“ an der Promenade sowie viele Skulpturen von Katzen in verschiedenen Größen sollen die Besucher des Kurorts erfreuen.

Romanfigur als Vorlage

Die Straßen von Cranz erstrecken sich entlang der Küste, und von der Ostsee weht stets eine steife Brise. Deshalb werden sich die Besucher nicht wundern, wenn sie Skulpturen wie die „Wogenglei-



Inspiziert von Grin: Die Wogengleiterin

terin“ in dem Kurort erblicken. Vorbild für die Skulptur ist das Geistermädchen Fresi Grant, eine Figur aus dem romantischen Roman „Wogengleiterin“ des Schriftstellers Alexander Grin, dem Autor des bekannten Romans „Das purpurrote Segel“. Vor Kurzem wurde sie an der Kreuzung in der Nähe des Cranzener Bahnhofs aufgestellt. Die neue Attraktion war ein Geschenk der Stadt für die Bewohner und Gäste des Kurorts zum Weltfrauentag am 8. März.

Zeitung „Wolna“ war Ideengeber

Die Skulptur ist eine künstlerische Komposition eines Mädchens mit einem frei im Wind flatternden Kleid, das auf dem Bug eines Bootes steht, welches von den Wellen des Meeres umspült wird. Es hält eine helle Laterne in den Händen, um seinen Weg zu beleuchten.

Die Skulptur ist aus Bronze gefertigt, und in der Laterne ist eine LED eingebettet. Die Idee, die Skulptur des Geistermädchens Fresi Grant in Cranz zu installieren, hatte die Redaktion der Lokalzeitung „Wolna“ (Welle), die den Wettbewerb um die Idee einer kleinen Bildhauer-Arbeit für die Stadt gewann.

Die Ausschreibung für die Gestaltung der Skulptur hat die Moskauer Werkstatt „Lewscha“ gewonnen. Die Kosten für die Skulptur betragen umgerechnet rund 7800 Euro. Die an der Komposition beteiligten Künstler waren der Bildhauer Wassilij Filschin und Jewgenij Jurgenson. Bald soll um die Skulptur herum eine Mosaikplatte gebaut werden, die das Meer und die Wellen symbolisiert. Damit soll der Ort in Cranz mehr Anziehungskraft auf Besucher gewinnen.

Jurij Tschernyschew

MELDUNGEN

Riesenrad eröffnet

Cranz – Das Riesenrad „Auge der Ostsee“ an der Strandpromenade in Cranz wurde planmäßig Anfang Juni in Betrieb genommen. Aus 50 Metern Höhe bietet das mit 18 Gondeln ausgestattete Riesenrad einen weiten Blick auf die Stadt, auf die Kurorte Rauschen und Neukuhren sowie auf einen Teil der Kurischen Nehrung und des Haffs. Die Gondeln sind mit Panoramascheiben, Klimaanlage und bequemen Sitzen ausgestattet. Der Bau der Touristenattraktion hat umgerechnet rund eine Million Euro gekostet. Es können bis zu 100 Menschen auf einer Fahrt mitgenommen werden. Eine Runde dauert etwa zehn bis zwölf Minuten. Die Kosten für eine Fahrt betragen umgerechnet 4,50 Euro für Erwachsene und die Hälfte für Kinder bis zu einer Körpergröße von einem Meter. Das Riesenrad soll ganzjährig betrieben werden, sofern die Wetterverhältnisse dies erlauben. Auf Anfrage kann es auch für Hochzeiten oder Geburtstagsfeiern gemietet werden. MRK

Strand für Autos gesperrt

Palmnicken – Wie der Gemeindeverwalter der Stadt Palmnicken mitteilte, ist geplant, die Zufahrten zum Strand zu sperren und Überwachungskameras aufzustellen. Als Begründung für diese Maßnahme heißt es, man wolle verhindern, dass der Strand mit Geländewagen befahren wird. Die Strafen für die Regelverletzung seien viel zu niedrig und daher wirkungslos, so der Beamte. Deshalb werde die Stadt Maßnahmen ergreifen, die ein Befahren des Strandes verhindern. In Palmnicken hatte es in den vergangenen Jahren Probleme mit den Fahrzeugen von Fischern und Bernsteinsammlern gegeben, die auf den Strand fuhren. Im Jahr 2018 wurden deshalb ein Parkplatz und eine Slipanlage für Bootsbesitzer eingerichtet. Später erklärte die Staatsanwaltschaft das Parken und die Abfahrt jedoch für illegal. Die Anlagen wurden deshalb im Dezember 2020 wieder demontiert. MRK

Gasversorgung gesichert

Königsberg – Der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Anton Alichanow, glaubt nicht, dass die Nachbarrepublik Litauen die Gaspipeline „als Instrument der politischen Erpressung“ nutzen wird. Ihm zufolge liegt der Gastransit im Interesse Litauens, da es eine Vergütung erhält und einen Teil des Rohstoffs für den Eigenbedarf übernimmt. Alichanow sagte, dass für die Energiesicherheit der Region vier neue Kraftwerke gebaut wurden sowie ein unterirdischer Gasspeicher. „Wir sind völlig autonom und können autonom existieren, auch wenn etwas passiert“, betonte der Gouverneur. Der litauische Energieminister Dainius Kreivis hatte im Zusammenhang mit den neu verhängten EU-Sanktionen gegen Weißrussland gefordert, auch das Königsberger Gebiet mit einzubeziehen. MRK

Wir gratulieren...



ZUM 102. GEBURTSTAG

Braun, Rose-Maria, aus Stettin, Pommern, am 7. Juni

ZUM 100. GEBURTSTAG

Hagen, Käte, geb. **Marx**, aus Lötzen, am 17. Juni

Mathiszik, Erna, geb. **Ollech**, aus Klein Jauer, Kreis Lötzen, am 16. Juni

ZUM 99. GEBURTSTAG

Czymoch, Edeltraut, geb. **Broziewski-Schliesky**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 15. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Bessel, Else, geb. **Stadie**, aus Zohpen, Kreis Wehlau, am 17. Juni

Izydorezyk, Frieda, geb. **Borkowski**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 16. Juni

Jelinski, Kurt, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, am 15. Juni

Kraska, Hanna, geb. **Heise**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 12. Juni

Krause, Bruno, aus Lyck, Litzmann-Straße 8, am 15. Juni

Larisch, Adelheid, aus Hindenburg, Kreis Schlesien, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 12. Juni

Steffens, Reinhold, aus Groß Lasken, Kreis Lyck, am 15. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Geiger, Rotraut, geb. **Kessler**, aus Mülsen, Kreis Fischhausen, am 17. Juni

Klein, Bernard, aus Richau, Kreis Wehlau, am 14. Juni

Koos, Liesbeth, geb. **Dölinski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 11. Juni

Vongehr, Günther, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Vogt, Dorothea, geb. **Zöllner**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 17. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Aust, Gerhard, aus Reichertswalde, Kreis Mohrunen, am 12. Juni

Bauer, Erika, geb. **Palm**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Buchholz, Fritz, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, am 13. Juni

Emmerstorfer, Hildegard, geb. **Glasow**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 17. Juni

Wysocki, Manfred, aus Lyck, am 14. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Arnold, Dorothea, geb. **Arndt**, aus Buttenhagen, Kreis Elchniederung, am 16. Juni

Föllmann, Erich, aus Windkeim/Adlig Pohren, Kreis Heiligenbeil, am 12. Juni

Katzmarzik, Gerhard, aus Magdalen, Kreis Neidenburg, am 15. Juni

Kuß, Erich, aus Kleinkose, Kreis Neidenburg, am 14. Juni

Steinmann, Anneliese, geb. **Nowotzyn**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Becker, Charlotte, geb. **Oneßeit**, aus Pregelwalde, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Brosda, Johannes, aus Ortelsburg, am 17. Juni

Gleibs, Kurt, aus Ankern, Kreis Mohrunen, am 16. Juni

Katschmarek, Hildegard, geb. **Offschany**, aus Berndhöfen, Kreis Lyck, am 16. Juni

Moneta, Dr. Erich, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 13. Juni

Pilath, Herta, geb. **Domanski**, aus Ortelsburg, am 12. Juni

Stanzick, Hertha, aus Antonswiese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Timm, Ruth, geb. **Kapeller**, aus Schützenort, Kreis Ebenrode, am 14. Juni

Vogelgesang, Herbert, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dombrowski, Hildegard, geb. **Henning**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 11. Juni

Dzieran, Hans, aus Tilsit und aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juni

Könemann, Ilse, geb. **Perkuhn**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Kruse, Erika, geb. **Kuhn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Lohs, Renate, geb. **Gajewski**, aus Lyck, Hindenburgstraße 60, am 12. Juni

Losch, Günter, aus Treuburg, am 13. Juni

Nelius, Margarete, geb. **Warstat**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni

Petersen, Ilse, geb. **Pultke**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juni

Rehfeldt, Bruno, aus Lyck, am 16. Juni

Sadowski, Helmut, aus Rostken, Kreis Lyck, am 11. Juni

Schumann, Edeltraut, geb. **Grieser**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni

Spett, Frida, geb. **Luckau**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 11. Juni

Wadewitz, Hildegard, geb. **Brozio/Arndt**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni

Warias, Katharina, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Juni

Wolter, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 11. Juni

Zieran, Hans, aus Tilsit und aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juni

Könemann, Ilse, geb. **Perkuhn**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Kruse, Erika, geb. **Kuhn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Lohs, Renate, geb. **Gajewski**, aus Lyck, Hindenburgstraße 60, am 12. Juni

Losch, Günter, aus Treuburg, am 13. Juni

Nelius, Margarete, geb. **Warstat**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni

Petersen, Ilse, geb. **Pultke**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juni

Rehfeldt, Bruno, aus Lyck, am 16. Juni

Sadowski, Helmut, aus Rostken, Kreis Lyck, am 11. Juni

Schumann, Edeltraut, geb. **Grieser**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni

Spett, Frida, geb. **Luckau**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 11. Juni

Wadewitz, Hildegard, geb. **Brozio/Arndt**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni

Warias, Katharina, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Juni

Wolter, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 11. Juni

Zieran, Hans, aus Tilsit und aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juni

Könemann, Ilse, geb. **Perkuhn**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Kruse, Erika, geb. **Kuhn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Lohs, Renate, geb. **Gajewski**, aus Lyck, Hindenburgstraße 60, am 12. Juni

Losch, Günter, aus Treuburg, am 13. Juni

Nelius, Margarete, geb. **Warstat**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni

Petersen, Ilse, geb. **Pultke**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juni

Rehfeldt, Bruno, aus Lyck, am 16. Juni

Sadowski, Helmut, aus Rostken, Kreis Lyck, am 11. Juni

Schumann, Edeltraut, geb. **Grieser**, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 11. Juni

Spett, Frida, geb. **Luckau**, aus Steintal, Kreis Lötzen, am 11. Juni

Wadewitz, Hildegard, geb. **Brozio/Arndt**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 15. Juni

Warias, Katharina, geb. **Sontopski**, aus Skurpien, Kreis Neidenburg, am 14. Juni

Wolter, Herbert, aus Monken, Kreis Lyck, am 11. Juni

Zieran, Hans, aus Tilsit und aus Kloken, Kreis Elchniederung, am 15. Juni

Könemann, Ilse, geb. **Perkuhn**, aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Kruse, Erika, geb. **Kuhn**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Lohs, Renate, geb. **Gajewski**, aus Lyck, Hindenburgstraße 60, am 12. Juni

Losch, Günter, aus Treuburg, am 13. Juni

Nelius, Margarete, geb. **Warstat**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 16. Juni

Petersen, Ilse, geb. **Pultke**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 16. Juni

Palme, Edith, geb. **Kasper**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 11. Juni

Schalwat, Frieda, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 12. Juni

Seemann, Edith, geb. **Jacksteit**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. Juni

Stobbe, Walter, aus Sangnitten, Kreis Preußisch Eylau, am 15. Juni

Wetterling, Lotte, geb. **Chlebusch**, aus Wiesengrund, Kreis Lyck, am 13. Juni

ANZEIGE

Masuren und Danzig
Reisen mit der MS CLASSIC LADY
Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Behrendt, Hans, aus Wehlau, am 15. Juni

Dorobeck, Ruth, geb. **Siegmund**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 15. Juni

Ebi, Gertrud, geb. **Zachrau**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. Juni

Falß, Ursula, geb. **Cziesso**, aus Selgigen, Kreis Lyck, am 16. Juni

Göldner, Jutta, geb. **Lange**, aus Pluttwinnen, Kreis Fischhausen, am 17. Juni

Gramatzki, Ewald, aus Wehlau, am 15. Juni

Jesseit, Marie, geb. **Sulimma**, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 12. Juni

Krieg, Hildegard, aus Neidenburg, am 15. Juni

Michalzik, Irmhild, geb. **Haut**, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 12. Juni

Nolde, Helga, geb. **Stripling**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. Juni

Oliver, Sieglinde, geb. **Zielinski**, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 14. Juni

Pallaks, Hilda, geb. **Rimkus**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

Patz, Gustav, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, am 13. Juni

Ruge, Joachim, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 15. Juni

Scherotzki, Erich, aus Thomken, Kreis Lyck, am 11. Juni

Schubien, Elfriede, geb. **Schweida**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 11. Juni

Selke, Alice, geb. **Fischer**, aus Groß Engellau, Kreis Wehlau, am 17. Juni

Sievers, Ruth, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 13. Juni

Szechowiak, Günter, aus Lyck, am 15. Juni

Thür, Anneliese, geb. **Petscheleit**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 11. Juni

Wandel, Ingrid, geb. **Mlinarzik**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 16. Juni

Wilhelm, Elfriede, geb. **Wolter**, aus Mulder, Kreis Lyck, am 16. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Borowski, Erika, geb. **Glaubit**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni

Fischer, Hanni, geb. **Perle**, aus Hochmühlen, Kreis Ebenrode, am 12. Juni

Giesecke, Ruth, geb. **Grabowski**, aus Schloßgut Neidenburg, Kreis Neidenburg, am 16. Juni

Hamann, Hildegard, geb. **Lyssewski**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 14. Juni

Heinemann, Günther, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 13. Juni

Heinrichs, Karin, geb. **Giessing**, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 15. Juni

Kadgiehn, Ernst, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Kargoll, Erwin, aus Maschen, Kreis Lyck, am 13. Juni

Karkowski, Lucy, geb. **Kurrat**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. Juni

Krusch, Gerhard, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 14. Juni

Löffler, Mathes, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, am 13. Juni

Luszick, Hilmar, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 12. Juni

Makowka, Annemarie, geb. **Lumma**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 17. Juni

Mildt, Herbert, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 11. Juni

Möller, Gisela, geb. **Schneider**, aus Camstigall, Kreis Fischhausen, am 13. Juni

Runz, Friedrich-Karl, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, am 11. Juni

Sreball, Herbert, aus Hohenberge, Kreis Elchniederung, am 12. Juni

String, Gertraud, aus Plostwehnen, Kreis Samland, am 14. Juni

Sychold, Hildegard, geb. **Ananias**, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 12. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baginski, Ingrid, aus Reuschwerder, Kreis Neidenburg, am 17. Juni

Beerbaum, Ursula, geb. **Bagdahn**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

Dufke, Jutta, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 16. Juni

Eisenberg, Helga, geb. **Kendziorra**, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 13. Juni

Fasold, Siegfried, geb. **Preuß**, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 17. Juni

Grünke, Roswitha, geb. **Stoffels**, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 17. Juni

Gruner, Ruth, geb. **Kanigowski**, aus Neidenburg, am 14. Juni

Jewan, Marie, geb. **Widder**, aus Pilsen, Kreis Neidenburg, am 12. Juni

Klimaschewski, Arnold, aus Selgigen, Kreis Lyck, am 16. Juni

Kotsch, Helmut, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 17. Juni

Kownatzki, Renate, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 12. Juni

Kraft, Wolfgang, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 16. Juni

Kulesa, Brigitte, aus Millau, Kreis Lyck, am 14. Juni

Liebenow, Roswitha, geb. **Schetzka**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 17. Juni

Reich, Max, aus Weridenau, Kreis Elchniederung, am 16. Juni

Ribitzki, Helmut, aus Neidenburg, am 11. Juni

Schwarzat, Fritz-Jürgen, aus Ebenrode, am 12. Juni

Söcknik, Manfred, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 12. Juni

Tetzlaff, Helga, geb. **Schlosser**, aus Kobulten, Kreis Ortelsburg, am 13. Juni

Wiese, Ursel, geb. **Beins**, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrunen, am 11. Juni

Winkler, Erika, geb. **Lösch**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 17. Juni

Wiese, Ursel, geb. **Beins**, aus Groß Wilmsdorf, Kreis Mohrunen, am 11. Juni

Winkler, Erika, geb. **Lösch**, aus Schönrade, Kreis Wehlau, am 17. Juni

ZUM 75. GEBURTSTAG

Jodeit, Dieter, aus Plompen, Kreis Wehlau, am 13. Juni

Labudda, Peter, aus Neu Keykuth, Kreis Ortelsburg, am 11. Juni

Nioduschewski, Rudolf, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 11. Juni

Siebertz, Irmela, geb. **Kuhn**, aus Wehlau, am 15. Juni

ANZEIGE

Baseballmütze

4,90 € zzgl. Versand

Bestellung: Preußische Allgemeine Angela Selke
selke@paz.de, Tel: 040-414008-0

Zusendungen für die Ausgabe 25/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 25/2021 (Erstverkaufstag 25. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 15. Juni**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt.

Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 2208

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch,
Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.
Internet: www.ostpreussen-berlin.de

Treffen

Memellandgruppe – Donnerstag, 24. Juni, 14 bis 17:15 Uhr, Restaurant Ännchen von Tharau, an der U- und S-Bahn Jannowitzbrücke: Wiedersehenstreffen vor der Sommerpause mit tagesaktuellem Schnelltest oder vollständiger Impfung. Anmeldung bei Hans-Jürgen Müller, Telefon (030) 40100473 (AB), E-Mail: hjm.berlin@t-online.de.



Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Gratulation

Wuppertal – Helga Nolde, geb. Stripling begeht am 16. Juni ihren 90. Geburtstag. Schon als Kind hat sie in ihrem Geburtsort Tapiaw mit der Stickerei begonnen, allerdings bestand ihre Mutter darauf, dass sie nichts Vorgezeichnetes stickte, sondern ihre Muster selbst entwarf. Nach Flucht und Entbehrens-jahren ist Helga in Wuppertal sesshaft geworden, als Mitglied der LO hat sie später lange Jahre im Vorstand gewirkt und die örtliche Handarbeitsgruppe geleitet. Fast 20 Jahre war sie bei den Werkstätten der LO in Bad Pyrmont als Werklehrerin tätig, sie führte dort die Weißstickerei und das Doppel-



Schmückt die Begegnungsstätte: Ausschnitt aus dem Doppelgewebe

gewebe ein. Viele ostpreußische Bauerteppiche stammen aus ihrer Hand, die sie für Museen, Kulturzentren, Heimatstuben und für private Personen fertigte. Die Wolle dafür färbte sie mit Pflanzenfarben, Anregungen und Motive entnahm sie dem Buch über Volkskunst von Konrad Hahn.

Ein Uhrentapich und das Doppelgewebe „Verlorene Heimat“ schmücken die Begegnungsstätte des BdV im Kolkmann-Haus in Wuppertal-Elberfeld. Dort sind auch das Ostpreußenkleid und einige andere ihrer Arbeiten ausgestellt. Das Doppelgewebe „Verlorene Heimat“ hat Helga Nolde selbst entworfen und gewebt, es ist ihr gelungen, ostpreußische Geschichte in Kurzform darzustellen.

Der Vorstand gratuliert der Jubilarin sehr herzlich und dankt ihr für die sichtbare und unsichtbare Arbeit und wünscht einen wohlverdienten Ruhestand!

Für den Vorstand *Sigrid Kruschinski*



Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616

Dritter Teil der Kirchentage

Landesgruppe – Sonntag, 13. Juni, 9,30 Uhr, Chemnitz, St.-Matthäus-Gemeinde, Zinzendorfstraße 14: Kirchentag mit Gottesdienst.

Der Kirchentag wird sich mit dem Thema: „Glaubenskriege – Hoffnung“ beschäftigen. Der Umgang Menschen im alltäglichen Leben lässt oft zu wünschen übrig, doch Gott gab uns den Auftrag, jeden Menschen zu lieben, wie Gott es tut. Gott gab uns die Welt, dass

Im nächsten Abschnitt sind die erbauten Burgen und Dome zu sehen, von alten Eichenbäumen eingerahmt. In der kleinen Borte dann wachsen noch Disteln und Dornen mit den Symbolen Glaube, Liebe, Hoffnung in dem noch wenig bestellten Prußenland. Die Bauern im großen Feld darunter beackern und bestellen das Land. Den Erfolg sieht man in der folgenden Ährenreihe.

wir diese bevölkern und uns darauf einrichten können. Das Thema Glaube – Liebe – Hoffnung ist der dritte Teil unserer Kirchentage. Danach hält Almut Patt eine Rede am Gedenkstein für die Toten des Zweiten Weltkrieges, begleitet vom Posaunenchor.

Nach der Mittagspause referiert der Präsident der Hugenotten-Gesellschaft Pfarrer Andreas Flick aus Celle über „Die Hugenottenkriege (1562-1598): Vom Elend der Glaubenskriege“. Die „Kirchenmäuse“ der St.-Matthäus-Kirche tanzen und singen zum Abschluss. Sie sind herzlich eingeladen, wir freuen uns auf Ihre Anmeldung bei Alexander Schulz unter Telefon (0371) 301616. *Alexander Schulz*



Allenstein-Land

Kreisvertreter: Andreas Galenski, Sauerbruchstraße 2, 42549 Velbert, Tel.: 02051 – 8 77 29, Kreisvertreter-Allenstein@t-online.de, www.allenstein-landkreis.de

Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen. Tel.: 05401 - 977-0

Verstorben

Am 30. März verstarb an seinem Wohnsitz in Kierspe (Sauerland) im Alter von 77 Jahren das vertretungsberechtigte Vorstandsmitglied unserer ehemaligen Kreisgemeinschaft (KG)Allenstein-Land, Klaus Schwittay, der am 21. Mai 1943 in Jomendorf, Landkreis Allenstein, zur Welt kam und im Jahre 1957 mit seiner Mutter und dem älteren Bruder im Rahmen der Familienzusammenführung nach Meinerzhagen ausreisen durfte. Nach beruflicher Ausbildung zum Maschinenschlosser und nach Weiterbildung im Maschinenbau-

wesen wurde er in einer Maschinenbau-firma im benachbarten Kreis Gummersbach Betriebsleiter mit Prokura. An seinem 60. Lebensjahr beendete er seinen Beruf unter Verzicht auf Gehalt freiwillig, um fortan verstärkt für seine ostpreußische Heimat tätig zu sein. In der im Jahre 1989 neu gegründeten KG hat er nacheinander nahezu sämtliche Ämter bekleidet. Er wurde Redaktionsmitglied des Heimatbriefes, Archivar, Kulturbeauftragter, stellvertretender Vorsitzender des Kreistages und schließlich Schatzmeister. Mit diesem Amt wurde er nicht nur Mitglied des geschäftsführenden, sondern auch des vertretungsberechtigten Vorstandes mit der Befugnis, die Interessen der Kreisgemeinschaft im Rechtsverkehr mit Anderen wahrzunehmen. Herausragend war sein Mitwirken an dem jährlich einmal erscheinenden Heimatbrief. Er und der Schriftleiter steigerten den Heimatbrief von 60 bis auf 315 Seiten, weshalb dieser seit 1997 als Heimatjahrbuch bezeichnet wurde. Die Auflage stieg von 3000 auf 8000 Exemplare. Neue Bezieher gewann er an seinem Bücherstand unter den Besuchern der Ermländer-Wallfahrt in Werl. Unermüdet arbeitete Schwittay an Planheften über Heimatgemeinden, Kirchspiele, herausragende Persönlichkeiten und historische Ereignisse, die er im Selbstverlag herstellte und gegen eine kleine Spende unter die Landsleute brachte. Er bezog die Heimatbriefe aller ostpreußischen Kreise und nahm diese in seinem Archiv auf. Über Julius Brunn, einen ehemaligen Stadt-Allensteiner jüdischen Glaubens, hielt er Kontakt zur „Landsmannschaft Ostpreußen in Israel“ und verschaffte unserer KG eine Dankesurkunde. Nicht unerwähnt bleiben sollte seine Organisation um das Jahrestreffen seiner Heimatgemeinde Jomendorf in der Stadthalle Meinerzhagen mit mehreren Hundert Besuchern und seine Mitarbeit an dem umfangreichen Gemeindebrief „Jomenpost“. Für seinen selbstlosen Einsatz verlieh ihm unsere KG schon im Jahre 1991 das Verdienstabzeichen der LO und diese ihm einige Jahre später ihr

Ehrenzeichen in Silber. Nach 22 Jahren überaus erfolgreicher Vereinsarbeit verließen ihn an seinem 70. Geburtstag die Lebenskräfte. Er wurde bettlägerig und fand Unterkunft in einem Seniorenheim.

Der Anteil von Klaus Schwittay an dem Entstehen eines gerichtlich eingetragenen Vereins mit Anerkennung der Gemeinnützigkeit aus einer einst lockeren Gesellschaft ist unermesslich. Die KG ist ihm zu großem Dank und Anerkennung verpflichtet. *Horst Tugantke*



Johannsburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901
Internet: www.kreisgemeinschaft-johannsburg.de; E-Mail: kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Gratulation

Die Kreisgemeinschaft **Johannsburg** (KG) mit all ihren Mitgliedern gratuliert sehr herzlich Herbert Wallner, der am 11. Juni seinen 100. Geburtstag feiert.

Die Glückwünsche der KG sollen Wallner mit Dank, Respekt und Anerkennung für sein Lebenswerk erreichen.

Viele, viele Jahre prägte Masuren sein Leben, in seiner stillen Art unterstützte Wallner die KG zweckmäßig in ihrer Arbeit. Dass die Arbeit der vielen dokumentarischen Filme und internen wie öffentlichen Vorträge über unsere Arbeit eine große heimatliche Verbundenheit festigte, ist sein großer Verdienst. Viele von uns erinnern sich dankbar auch an seine kenntnisreiche und humorvolle Begleitung bei gemeinsamen Busreisen in unsere geliebte Heimat.

Herbert Wallner hat mit seiner Arbeit stets einen bemerkenswerten Beitrag zur Völkerverständigung geleistet und wurde für sein Wirken ausgezeichnet. Er ist Träger der Ehrennadel der LO.

Herbert Wallner begeht seinen 100. Geburtstag lebensfroh und unverdrossen, bei bemerkenswerter guter Kondition in Körper und Geist und dankbar für jeden Tag, den er aufmerksam erleben darf.

Wir wünschen unserem Freund und redlichen Ostpreußen weiterhin ein glückliches Wohlergehen in herzlicher heimatlicher Verbundenheit. *Kreisgemeinschaft Johannsburg, Klaus Downar, Benedikt Downar und Günter Woyzechowski*



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de
Stellvertreter: Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Heimattreffen

Bochum – Sonntag, 5. September, Erich-Brühmann-Haus, Kreyenfeldstraße 36: Heimattreffen. Wir planen unser Heimattreffen, in der Hoffnung, dass wir es durchziehen können. Eine Nachfrage beim Gesundheitsamt in Bochum war nicht so optimistisch. In geschlossenen Räumen gelten noch besondere Vorschriften.

Bevor Sie ihre Reise nach Bochum in Angriff nehmen, vergewissern Sie sich, ob das Treffen stattfinden kann. Alle Vorstandskollegen oder Kreistagsmitglieder können Auskunft geben. Sie werden von uns frühzeitig informiert.

Unser Schriftleiter Wilfried Brandt erinnert noch einmal daran, dass noch viele auch ältere Heimatbriefe bei ihm vorhanden sind. Gegen die Portokosten, können diese, auch in größeren Mengen, bei ihm abgerufen werden. Wilfried Brandt, Lünenfeld 1, 27446 Selsingen; Telefon (04284) 1527 oder E-Mail: wilfriedbrandt@online.de.

Im Namen des Vorstandes wünsche ich Ihnen einen angenehmen Sommer, evtl. mit Urlaub, und vor allen Dingen, seien Sie vorsichtig und bleiben Sie gesund.

Ulrich Pokraka

ANZEIGEN

OSTPREUSSEN

Nicht trauern wollen wir,
dass wir Dich verloren haben,
sondern dankbar sein,
dass wir Dich hatten.
Hieronymus

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Irene Tiefert
geb. Lemke

* 2. August 1928 † 28. Mai 2021
Laschnicken /Ostpreußen Hamburg

Im Namen aller Angehörigen

Knut Tiefert
Susanne und Jan Kießhauer
mit **Jessica und Domnik**
Birgit und Ulrich Marsau
mit **Aaron und Laurenz**

Die Trauerfeier mit anschließender Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Und die Meere rauschen den Choral der Zeit.
Elche steh'n und lauschen in die Ewigkeit.

Fritz Platz

* 13. 2. 1933 † 12. 5. 2021
in Drengfurt in Schleddehausen
Kreis Rastenburg

Mit vielen schönen Erinnerungen nehmen wir in Liebe und Dankbarkeit Abschied.

Ingeborg Platz, geb. Twieg
Karola und Frank Riestenpatt
mit **Anton und Frida**
Melanie und Manuel Wiemann
mit **Lisa**

49143 Schleddehausen, Am Kalkhügel 8b
Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis statt.

Ostpreußen, unvergessene Heimat,
unvergessen, wie auch Du.

Wir sind alle sehr traurig.

Kurt Emil Riehl

Geb. 14. 4. 1933 in Friedenberg/Ostpreußen (Kreis Gerdaun)
Gest. 18. 4. 2021 in Hamburg

In ewiger Liebe

Jens Riehl, Simone, Henry und Emma

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Der richtige Weg, anderen vom Tode eines lieben Menschen Kenntnis zu geben, ist eine Traueranzeige.

Preussische Allgemeine
Buchtstraße 4 · 22087 Hamburg
Tel. 0 40 / 41 40 08 32 · Fax 41 40 08 50
www.paz.de

ARNO SURMINSKI

Wahrheit muss erfunden werden

Exklusive Einblicke in die neuen Kurzgeschichten des ostpreußischen Schriftstellers

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Arno Surminskis jüngstes Werk lautet „An der Haltestelle“. Der 86-Jährige aus dem masurischen Jäglack ist nach wie vor voller Schaffenskraft und Ideen. „Ich hab' noch eine Reihe weiterer Projekte in Arbeit“, verrät er, „aber das Manuskript von ‚An der Haltestelle‘ ist weitgehend abgeschlossen und soll im Herbst dieses oder Frühjahr des nächsten Jahres erscheinen“.

40 Kurzgeschichten werden den Band füllen. Die Schauplätze verteilen sich über ganz Deutschland, seine alte Heimat Ostpreußen und seine neue in Hamburg und Schleswig-Holstein. Sie haben einen märchenhaften Charakter und erzählen von wundersamen Begebenheiten, die alle mit einer kräftigen Portion Humor und Hintersinnigkeit gewürzt sind. Nicht anders kennt man den letzten lebenden großen Ostpreußen-Schriftsteller und sein großartiges Werk.

Einleitend schreibt Surminski: „Da es keine wahren Geschichten gibt, muss die Wahrheit erfunden werden. Hannes und Walter, die in einem Seniorenheim wohnen reisen oft über Land auf der Suche nach wahren Geschichten, die sie den Mitbewohnern erzählen können. Sie glauben an ihre Geschichten, und die Zuhörer haben Freude an den Märchen aus einem früheren Leben“.

Drei Geschichten hat Arno Surminski hier exklusiv für die *Preußische Allgemeine Zeitung* zur Erstveröffentlichung ausgesucht:

Wo liegt Kuckerneese?

Während Hannes und Walter auf den Bus warteten, kam einer auf Krücken zur Haltestelle und studierte die Fahrpläne.

Das ist Egon, sagte Hannes leise. Mit dem sprechen wir kein Wort, der ist nämlich verrückt. An ungeraden Tagen redet er nur Platt. Je höher de Oap stigt, je mehr wiest he sien Achterdeel, sagte er einmal zu Elvira. Die hat ihn zum Glück nicht verstanden, weil sie aus der hochdeutschen Gegend kommt.

Wundere mich bloß, wohin heutzutage Busse fahren, meinte Egon. Sogar Breslau haben sie auf dem Fahrplan.

Denkst du etwa, in Breslau gibt es keine Bushaltestelle? brummte Walter. Ich bin als Junge oft nach Breslau gefahren. Glaub' mir, es ist eine Riesenstadt mit einem Fußballstadion, einem Schwimmbad und Bushaltestellen ohne Ende.

Aber heute ist das anders, winkte Egon ab. Wer mit dem Bus nach Breslau ins Schwimmbad fahren will, den lachen die Hühner aus.

In einer Gartenecke versammelten sich Frauen und sangen: „Wenn ich den Wanderer frage...“, „Dort unten in der Mühle...“, „Am Brunnen vor dem Tore...“.

Müssen schon ziemlich alt sein, wenn sie so etwas singen, meinte Walter. Wenn sie „Alte Kameraden“ anstimmen, singen wir mit. Aber das können Frauen nicht, „Alte Kameraden“ können sie nicht.

Walter fuhr mit dem Zeigefinger die Ortsnamen und Uhrzeiten auf dem Fahrplan ab.

Früher stand auch Memel auf dem Plan, sagte er.

Dahin fahren sie heute mit dem Schiff, nicht mit dem Bus, wusste Hannes.

Walter erzählte, wie er vor fünfzig Jahren mit dem Bus von Danzig nach Königsberg gefahren war. Eine wunderliche Reise. Weil es im Krieg kein Benzin gab, musste der Bus mit Holzkohle fahren. Das alle Haltestellen. Ob sein Kuckerneese eine Bushaltestelle hat, wusste Walter nicht. Einen Bus hab' ich als Kind nie ge-



Vielleicht auf dem Weg zum Bus: Arno und Traute Surminski in Stralsund

Foto: Peer Schmidt-Walther

sehen, meistens fuhren wir mit dem Kahn spazieren.

Das Nest liegt bestimmt in Russland, meinte Hannes. Die Russen haben keine Busse, die fahren nur mit Panzern.

Zum Alten Fritz

Heute besuchen wir Piepenfritz.

Wer ist das denn?

Na, der Alte aus Potsdam.

Raucht er Pfeife?

Nee, er spielt Flöte, darum heißt er Piepenfritz.

Der ist schon dreihundert Jahre tot, sagte Egon.

Macht nichts, antwortete Hannes. Wir haben eine Einladung von ihm, und wir fahren hin.

Seid ihr überhaupt Preußen? mischte Egon sich ein.

Walter ist Preuße, ich bin ein Holsteiner aus Bullerbü, sagte Hannes. Das sollte langen für Piepenfritz.

Sollen wir etwas mitbringen aus Potsdam? fragten sie Elvira.

Die überlegte lange, entschied sich schließlich für den dreizackigen Hut, den der Alte Fritz getragen hatte. Den wollte sie in Himmelschlösschen über die Tür hängen, und jeder der vorbeigeht, sollte den preußischen König grüßen.

Vergesst nicht, einen Blumenstrauß für seine Frau mitzunehmen, sagte Egon.

Von einer Frau haben wir nie gehört, erklärte Walter. Es wird gesagt, dass er Frauen nicht mochte. Eine Angetraute hatte er, aber die durfte nicht mal seine Hunde füttern, und er hat sie mit Sie angerebet.

Wisst ihr, wie sein Schloss heißt? fragte Elvira. Den Namen müsst ihr euch merken, sonst kommt ihr nicht rein.

Na, die Adresse wird doch wohl im Telefonbuch stehen, meinte Walter.

Ohne-Sorgen, erklärte Elvira.

Wie kann ein Mensch, der drei gewaltige Kriege auf dem Gewissen hat, sein Schloss Ohne-Sorgen nennen? wunderte sich Hannes.

Was gab es noch in Potsdam zu bedenken?

Vergesst den Müller nicht, rief Egon ihnen nach.

Wer ist das denn?

Der Müller von Sanssoucis hat den Alten Fritzen fix geärgert, weil er seine Mühle Tag und Nacht klappern ließ und Piepenfritz nicht in den Schlaf finden konnte, erklärte Egon.

Da hat er wohl eine Kanone abgefeuert und die Mühle in Brand geschossen, meinte Hannes.

Hat er nicht. Er ging zu Gericht, und der Richter sprach ein Urteil, auch Könige müssten das Klappern von Mühlen aushalten. Seitdem gibt es Recht und Ordnung in Preußen.

Aber Preußen existiert doch gar nicht mehr, sagte Hannes.

Das ist ja das Unglück, meinte Walter. Weil es kein Preußen mehr gibt, geht bei uns alles drunter und drüber.

Jetzt weiß ich auch, warum der Alte Fritz so oft in den Krieg gezogen ist, sagte Hannes. Weil der Müller ihm die Ohren vollgeklappert hat und er seine Ruhe haben wollte.

In den Schlachten klappert es doch auch, bemerkte Egon.

Aber nicht Tag und Nacht. Bei Dunkelheit hören die Kanonen auf zu donnern, und der König geht schlafen.

Wundert mich bloß, warum ein großer König sich das Mühlenklappern hat gefallen lassen, sagte Hannes.

Was sollte er machen? Er hatte den Richter eingesetzt, die Mühle war preußisch und der Müller auch. Also musste auch ein preußischer König das Urteil befolgen.

Drei Tage blieben sie fort. Bei der Rückkehr trug jeder einen Orden am Rockaufschlag.

Hat uns der Alte Fritz geschenkt, sagte Hannes.

Egon hielt seine Nase an die Orden. Riecht gewaltig nach Pfefferkuchen, meinte er.

Gab es in Sanssoucis auch etwas zu essen? fragte Elvira.

Wir saßen in seiner Tafelrunde, rauchten seinen Pfeifentabak und sprachen

über die Schlacht von Leuthen, erzählte Walter. Die Jagdhunde leckten uns die Hände, und der Alte Fritz spielte uns auf der Flöte den Hohenfriedberger vor.

Kommt bald wieder! rief er, bevor er in seinem Mausoleum verschwand.

Beim Abendessen am runden Tisch sangen sie für die beiden Heimkehrer: „Es klappert die Mühle am rauschenden Bach“.

Heimwehreise

Sie wollten länger wegbleiben, eine Woche mindestens.

Wo wollt ihr hin? fragte Egon.

Nach Schomski, antwortete Hannes.

Nie gehört.

Das liegt mitten in Polen. In Schomski ist der Walter auf die Welt gekommen, erklärte Hannes. Er will seine Hütte noch

einmal sehen, bevor er auf den Friedhof kommt.

Und dieses Schomski ist per Bus zu erreichen? wunderte sich Elvira.

Heutzutage fahren überall Busse, sogar nach Russland, erklärte Walter. Wir haben letzte Woche einen getroffen, der ist mit dem Bus die chinesische Mauer abgefahren.

Elvira versprach, ihnen ein paar Brote für die Reise zu schmieren.

Das tut nicht nötig, sagte Walter. Der Busfahrer bringt einen Sack Verpflegung mit. Außerdem fahren wir nach Polen. Da gibt es immer genug zu essen, für gutes Essen sind die Polen berühmt.

Wo wollt ihr schlafen? fragte Egon.

Im Bus, antwortete Hannes. Es gibt keinen besseren Platz, so ein Bus schaukelt dich schön in den Schlaf.

Es meldete sich Lisbeth.

Nehmt mich mit, ich bin auch aus dem Osten, sagte sie.

Wo bist du geboren? fragte Walter.

In Marggrabowa.

Das klingt gut! meinte Walter. Aber es ist zu weit entfernt. Dieses Marggrabowa liegt dicht an Russland. So weit fährt unser Bus nicht.

Lisbeth fing an zu weinen.

Ich will nur noch einmal über den größten Marktplatz Deutschlands wandern, sagte sie. Den gab es in Marggrabowa.

Das ist nicht mehr Deutschland! rief Hannes. Wenn du einen großen Marktplatz sehen willst, musst du nach Heide in Holstein fahren. Da kannst du dir die Füße wund laufen.

Um Lisbeth zu beruhigen, verabredeten sie, übernächste Woche eine Bus-tour nach Heide zu unternehmen. Aber Lisbeth wollte nicht. Entweder Marggrabowa oder gar keinen Marktplatz. Heide haben wir noch lange, sagte sie, aber Marggrabowa geht langsam unter.

Braucht ihr kein Visum an der Grenze? fragte Egon.

Weißt du nicht, dass Polen und Deutsche Freunde sind? sagte Walter. An dieser Grenze kann jeder kommen und gehen, wie er will. Du merkst gar nicht, dass es eine Grenze ist.

Der Bus ist da! rief Elvira und zeigte aus dem Fenster.

Auf nach Schomski! rief Hannes. Wenn wir wiederkommen, erzählen wir euch, was die Polen zu Mittag essen.

ANZEIGE



4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

WILHELM LEOPOLD COLMAR FREIHERR VON DER GOLTZ

„Ein preußischer Offizier nimmt kein Trinkgeld“

Vom militärischen Multitalent und seinem Einfluss auf die deutsche Geschichte

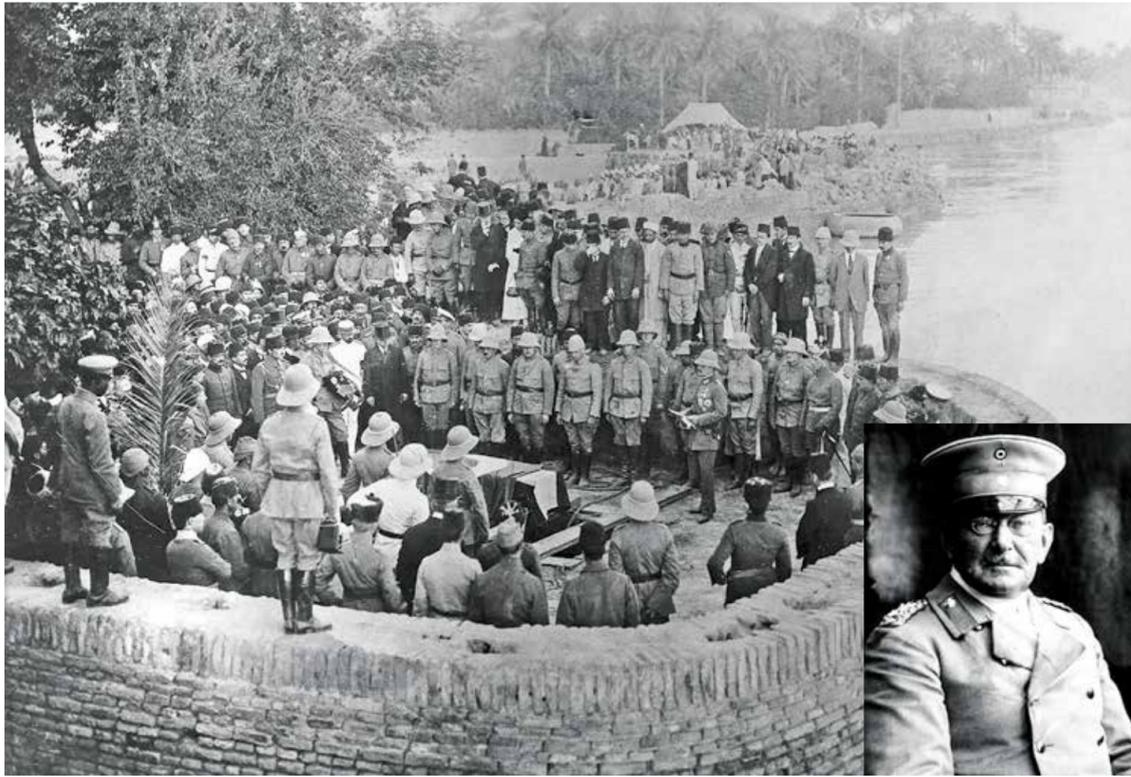
VON WOLFGANG KAUFMANN

Das die Türkei heute über die zweitstärkste NATO-Armee nach den USA verfügt und die türkischen Streitkräfte gerne auf deutsche Waffen zurückgreifen, ist nicht zuletzt eine Folge des Wirkens von Wilhelm Leopold Colmar Freiherr von der Goltz.

Der spätere Generalfeldmarschall kam am 12. August 1843 im ostpreussischen Gutsdorf Adlig Bielkenfeld, Landkreis Labiau, zur Welt und machte ab 1861 bei der Infanterie Karriere. Wichtige Höhepunkte derselben waren die Kommandierung in den Großen Generalstab 1867 und die Berufung zum Lehrer an der Kriegsakademie in Berlin, an der er von 1878 bis 1883 unterrichtete. Danach wurde der Major von der Goltz nach Istanbul entsandt. Dort sollte er helfen, die Streitkräfte des Osmanischen Reiches zu modernisieren. Aufgrund seiner hervorragenden fachlichen Kenntnisse und Befähigung zur Menschenführung auch unter komplizierten Umständen avancierte der Offizier sukzessive zum Generalinspekteur aller türkischen Militärschulen und zum Müschir (Marschall), womit die Verleihung des Ehrentitels „Pascha“ verbunden war.

Einfluss auf Waffenkäufe der Türkei

Während des Aufenthaltes am Bosphorus gelang es von der Goltz, Einfluss auf die Waffenkäufe des Osmanischen Reiches zu nehmen – mit dem Ergebnis, dass Deutschland zeitweise fast eine Monopolstellung erlangte, was die Lieferung von Rüstungsgütern an Istanbul betraf. Dabei nutzte der kultursensible Preuße die Mentalität seiner Gastgeber, indem er großzügig mit Bestechungsgeldern winkte. Sich selbst zu bereichern, war ihm jedoch zuwider. So wies er das Angebot des Waffenfabrikanten Ludwig Loewe einer Übertragung von Aktien von dessen Un-



Deutsche und türkische Militärs erweisen ihm die letzte Ehre: Bei der Trauerfeier des 1916 verstorbenen Freiherrn Colmar von Goltz (im kleinen Bild) in Bagdad, auf der Bastion der alten Stadtmauer am Tigris

Foto: ullstein bild

ternehmen unmissverständlich zurück: „Sie haben es gut gemeint, aber ein preußischer Offizier nimmt keine Trinkgelder!“ Darüber hinaus konnte von der Goltz den türkischen Sultan Abdülhamid II. davon überzeugen, einige seiner Militärs zur Ausbildung nach Preußen zu entsenden. Das führte zur Bildung eines prodeutschen Kerns im osmanischen Heer und beeinflusste die türkische Haltung im Ersten wie auch im Zweiten Weltkrieg.

1895 kehrte der „Pascha“ in die Heimat zurück, wo er zum Generalleutnant ernannt wurde und das Kommando über die 5. Division in Frankfurt an der Oder

erhielt, bevor man ihn 1898 zum Chef des Pionierkorps und Inspekteur der Festungen machte. In dieser Eigenschaft modernisierte von der Goltz das bisher stark vernachlässigte Pionierwesen. Außerdem ließ er entlang der ostpreußisch-russischen Grenze Befestigungsanlagen errichten, ohne die der Vorstoß der zaristischen Armeen im August und September 1914 noch dramatischere Ausmaße angenommen hätte. In Würdigung der Verdienste des Offiziers erfolgten 1900 und 1908 zwei weitere Beförderungen: Zuerst zum General der Infanterie und dann zum Generaloberst. 1902 rückte von der Goltz

zudem an die Spitze des I. Armeekorps in Königsberg; und fünf Jahre später übernahm er die Inspektion der 6. Armee in Stuttgart. 1911 bewährte sich von der Goltz in den Kaisermanövern auf derart herausragende Art und Weise, dass Wilhelm II. ihn zum Generalfeldmarschall ernannte – eine sehr ungewöhnliche Ehre in Friedenszeiten.

Aufgrund der hohen Meinung, welche der Kaiser von dem militärischen Multitalent hatte, wäre von der Goltz 1905 beinahe Generalstabschef und 1909 dann sogar um ein Haar Reichskanzler geworden. 1905 scheiterte die Ernennung an

seinen konservativen Gegnern, welche in ihm nur den unbequemen Neuerer sahen. Und 1909 hatte der Generalfeldmarschall einfach das Pech, dass er gerade zu einem Besuch in der Türkei weilte, als das Amt des Regierungschefs vakant wurde, und der Kaiser die Visite für zu wichtig hielt, um sie abrupt abzubrechen. Daher avancierte anstelle seiner Theobald von Bethmann Hollweg zum Kanzler.

Grenzschutz zu Russland

Mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde von der Goltz, der sich seit 1913 im Ruhestand befand, reaktiviert. Allerdings blieb sein großer Wunsch, die Verteidigung Ostpreußens leiten zu dürfen, unerfüllt. Stattdessen wurde er zunächst zum Generalgouverneur von Belgien ernannt und anschließend erneute nach Istanbul entsandt. Dort fungierte er ab Dezember 1914 als militärischer Berater des Sultans und übernahm später das Kommando über die 1. beziehungsweise 6. türkische Armee. Letztere operierte in Mesopotamien gegen die Briten. Deswegen lag von der Goltz' Hauptquartier in Bagdad, wo der populäre Generalfeldmarschall im April 1916 verwundete Soldaten im Lazarett besuchte. Dabei infizierte sich der 72-Jährige mit Typhus. Dieser Krankheit erlag er schließlich am 19. April 1916. Erst zwei Monate später wurden die sterblichen Überreste des Offiziers nach Konstantinopel überführt und im Garten der Sommerresidenz der deutschen Botschaft im noblen Villenviertel Tarabya unweit des europäischen Ufers des Bosphorus erneut bestattet.

Von der Goltz' Vermögen in Höhe von rund einer Million Mark floss in eine Stiftung, deren Ziel es war, mittellose deutsche Kriegsheimkehrer zu unterstützen. Diese investierte das Geld später in den Bau der Siedlung Duisburg-Bissingheim, die nach dem Gründer des Vereins für Kriegsbeschädigte, Generaloberst Moritz Ferdinand von Bissing, benannt wurde.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Nur die guten Kellergeister

Der Kattowitzer Metropolit bekennt stets seine Abneigung gegenüber dem Deutschen

Bereits Adolf Kardinal Bertram, 1914 bis 1945 erst Fürst- und später Erzbischof von Breslau, wusste, dass politische Predigten nichts in Kirchen zu suchen haben. Er kanzelte seinen Klerus ab, indem er ihnen verbot, politische Agitation von der Kanzel zu betreiben. Der heutige Kattowitzer Erzbischof Wiktor Skworc nutzt die Kanzel hingegen gerne, um seine politischen Anschauung kundzutun. Zuletzt tat er das während der Männerwallfahrt im ober-schlesischen Deutsch Piekar [Piekary Śląskie], die mit Ausnahme des Jahres 2020 stets am letzten Maisonntag stattfand. Vor den auf 10.000 Gläubige begrenzten Pilgern – vor Corona waren es immer an die 100.000 – dankte er dem polnischen Mineralölkonzern PKN Orlen für „die Übernahme von Presseorganen aus deutscher Hand“. Orlen betreibt Tankstellenketten in Polen, Deutschland, Tschechien und Litauen, und seit letztem Jahr ist Orlen auch ein Medienunternehmen im polnischen Zeitungs- und Onlinegeschäft mit einer Reichweite von 17,4 Millionen Lesern. Skworc schalt auch das deutsche Unternehmen Kaufland. Der Handelskette warf er vor, das Verkaufsverbot an Sonntagen umgehen zu wollen. Ein verkaufsoffener Sonntag wäre gegen

die polnische Staatsräson und diese garantiere, so Skworc, freie arbeitsfreie Sonntage. Dabei war Polen noch vor wenigen Jahren das Land, in dem wirklich jede Kette zu jeder Zeit geöffnet war – bis die PiS kam.

Der Metropolit lässt es sich nicht nehmen und politisiert jedes Jahr insbesondere bei der Männerwallfahrt von Deutsch Piekar, wo er seine politische Nähe zur Regierung hervorhebt. „Unser Ministerpräsident ist ein dynamischer Mensch. Er hat es erfolgreich mit den Banken aufgenommen, so wird er es nun auch mit den Mautstationen schaffen. Das wünschen wir ihm, denn dadurch kehrt Ruhe in unsere Herzen ein und wir gewinnen mehr Freizeit“, sagte er 2018 zum Thema langer Warteschlangen an den Autobahn-Mautstationen.

Predigt seine politische Meinung

2016 feierte er das Sozialprogramm der PiS. Er lud die damalige Ministerpräsidentin Beata Szydło zur Männerwallfahrt nach Deutsch Piekar ein und dankte ihr für den monatlichen Familienzuschuss von 500 Złoty (etwa 110 Euro). Scheinbar lohnen sich für Skworc seine Lobeshymnen an die Regierung, da er für sein „Pan-



Seit 2011 Erzbischof von Kattowitz: Wiktor Skworc (rechts)

Foto: C.W. Wagner

theon großer Oberschlesier“ – eine multimediale Ausstellung in den Katakomben der Kattowitzer Kathedrale – fette Zuschüsse bekam. Seit Januar dieses Jahres – zum 100. Jahrestag der sogenannten Aufstände in Oberschlesien – wird daran gearbeitet. „Es wird eine wahre Geschichtsschule über (Ober-)Schlesien!“,

verspricht der Erzbischof, der allerdings nur polnische Patrioten in seinem Keller ausstellen will. Dafür bekam er vom polnischen Kultusminister und dem Kattowitzer Marschall umgerechnet neun Millionen Euro zur Verfügung.

„Für den Auftrag der Kirche wäre es gut, wenn ein Bischof wüsste, wofür die

Kanzel dient, nämlich für die Verkündung des Evangeliums und nicht politischer oder wirtschaftlicher Meinungen des Bischofs“, schrieb der katholische Publizist Tomasz Terlikowski im Portal „Na:Temat“.

Für Bernard Gaida, den Vorsitzenden des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), zeigen die Worte des Metropoliten in Deutsch Piekar dessen Abneigung gegen alles Deutsche. „Wir fühlen es, weil wir auch die Idee des sogenannten Oberschlesischen Pantheons durchschauen, das Erzbischof Wiktor Skworc auf Bestellung der Regierung in den Katakomben des Kattowitzer Doms baut. Ein Pantheon, das Hunderte verdienter (Ober-)Schlesier übergeht, nur weil sie deutsch waren. Das passt sehr gut zu den Worten, die in Deutsch Piekar fielen“, zitiert ihn das „Wochenblatt.pl“.

Die Wallfahrten nach Deutsch Piekar reichen bis in das 17. Jahrhundert zurück. Auf dem nahen Kapellenberg wurden ab 1869 40 Kapellen und eine weitere Kirche errichtet. In der Zwischenkriegszeit fanden dort Wallfahrten mit bis zu 150.000 Teilnehmern statt. Die Muttergottes von Deutsch Piekar ist Patronin der ober-schlesischen Arbeiter. Chris W. Wagner

AUF ENTDECKERTOUR

Kleine Orte mit großer Geschichte

Kalkofen und Lebbin auf Wollin – die „eigentliche Landheimat“ des berühmten Arztes und Schriftstellers Prof. Dr. Carl Ludwig Schleich

VON ERWIN ROSENTHAL

Die Ostseeinsel Wollin ist kulturhistorisch kaum weniger interessant als die Nachbarinsel Usedom. Für Busreisenende ist auf Wollin der Besuch des heute zu Misdroy gehörenden kleinen Inseldorfes Kalkofen [Wapnica] obligatorisch. Im Ort zeugt noch heute der vielbestaunte „Türkisfarbene See“ vom Unternehmergeist Ludwig Küsters und dem Fleiß der eigens für das Küstersche Unternehmen angesiedelten Dorfbewohner. Küster hatte seinerzeit auf seinem Acker Kalk gefunden und in tieferen Schichten noch mehr davon entdeckt. Er kaufte daraufhin die umliegenden Äcker auf, erwarb das Bergrecht, stellte Arbeiter ein, die den Kalk aus der „Kreidegrube“ förderten und wurde darüber ein wohlhabender Mann.

Otto von Bamberg

Die zumeist einheimischen Reiseführer lassen die Touristen in dem Glauben, dass sie mit der gefluteten Kreidegrube, deren Wasser so herrlich grünlich schimmert, bei diesem kurzen Stopp das Wichtigste gesehen hätten. Das ist jedoch mitnichten so! Links der Kreidegrube führt, beginnend neben der Schule, ein etwas beschwerlicher, anfangs recht steiler Weg, zum Nachbarort Lebbin. In der in neuerer Zeit aufgestockten Schule hatte früher der Lehrer Abert unterrichtet. Die Kalkofener öffneten ihre Fenster, wenn er beim Pommernlied den Chor der Kinder mit seiner Geige begleitete.

Interessante Reisetationen

Der recht kurzweilige Weg nach Lebbin führt vorbei am 89 Meter hohen Leloberg. Die Steilküste in Lebbin mit ihrem



Eine geflutete Kalkgrube: Der „Türkisfarbene See“ in Kalkofen

bronzezeitlichen Burgwall bietet einen herrlichen Blick auf das Stettiner Haff und das Swinedelta. Otto von Bamberg soll hier 1124 angelandet sein, um die „abstörrischen“ Wolliner zum Christentum zu bekehren. In der Nähe des heutigen Pfarrhauses befand sich eine Vogtei. Sie beherrschte vor dem Bau der Kaiserfahrt die Einfahrt in die Swine. Der Vogt soll im Jahre 1304 von jedem vorbeifahrenden Schiff ein Brot und eine Flasche Bier als Zoll gefordert haben. Sehenswert ist auch die im Jahre 1861 erbaute Lebbiner Nikolaikirche mit ihrem neugotischen Turm und den Staffeligiebeln. Der alte, unmittelbar neben der Kirche gelegene Friedhof war bereits in den 1960er Jahren in einem sehr tristen Zustand. Schließlich fand man nur noch kümmerliche Überreste der alten Grabstellen. Seit dem Jahre 2007 existiert auf dem neuen Friedhof ein Lapidarium mit deutschen Grabsteinen und einem Gedenkstein für die früheren Bewohner. Im Ort

befand sich bis 1945 eine bedeutende Zementfabrik. Zur Verarbeitung des in Kalkofen geförderten Kalks hatte der in Greifswald geborene Johannes Quistorp hier seit 1855 eine der ersten deutschen Portlandzementfabriken betrieben, die eine der größten Zementfabriken Europas war. Sie war im Jahre 1945 demonstrierend und in die Sowjetunion transportiert worden. Der Eingeweihte findet in Lebbin noch heute ihre Überreste.

Prof. Dr. Carl Ludwig Schleich

Auf dem Komantschenberg, an der Straße von Kalkofen nach Lebbin gelegen, befand sich bis 1945 eine weitere Sehenswürdigkeit: Das im Jahre 1938 vom Steinmetz Ewald Kassner aus Misdroy geschaffene Denkmal für den berühmten pommerischen Chirurgen Carl Ludwig Schleich (1859-1922). Schleich war der Erfinder der Infiltrationsanästhesie, der heute am häufigsten angewendeten Methode zur örtlichen Betäubung. Heute

kennen nur Eingeweihte den von Gestrüpp überwucherten Weg zum Gipfel des Komantschenberges. Hier begann einst die Rodelbahn der Dorfkinde. Das Denkmal für Carl Ludwig Schleich gleicht einem Trümmerhaufen, es fiel der Politik der Entdeutschung durch die polnische kommunistische Partei zum Opfer.

Schleichs Landheimat

Ludwig Küster hatte dreizehn Kinder. Sein Enkel Schleich beschrieb in seiner in mehr als zwei Millionen Exemplaren gedruckten Autobiographie „Besonnte Vergangenheit“ sehr vergnüglich den Kaffeebesuch des preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des späteren Kaisers Friedrich III., der den Sommer mit seiner Familie in Misdroy verbrachte, bei den Küsters. Ludwig Küster hatte seine Frau gebeten, dem hohen Gast nicht so viel von ihrer Familie „vorzuklöhnen“, denn solche hohen Herrschaften würden Familienschnack nicht sonderlich lieben. Als er jedoch von einer kurzen Inspektion seiner Kalköfen zurückkam, hörte er seine Frau gerade sagen: „Und was nun meine Dreizehnte ist...“. Unter den Dreizehn war auch Constanze, später die Mutter Schleichs.

Der große pommerische Chirurg schrieb in seiner Autobiographie: „Kalkofen und die Insel Wollin ist meine eigentliche Landheimat, denn alle Eindrücke von Natur, Menschen und Leben wurzeln in seinen Bewohnern, seinen Wäldern, seinen Höhen, Seen und Feldern. Waren wir aus Stettin doch nicht nur alle Schulferien hier bei Großeltern oder Oheims wie zu Hause, nein, auch das ganze Jahr hindurch siedelten wir häufig sonnabends nach der Insel über, die in drei Stunden herrlicher Wasser-

fahrt zu erreichen war...“ Die Kreidegrube war für ihn „wie riesiger weißer Wundersaal mit kirchhohen steilen Tempelwänden, den ein dunkler Wald krönte, mit einem hellgrünen See in der Tiefe...“.

Neben Kalkofen und Lebbin hatte es Schleich ganz besonders der inmitten eines alten Buchenwaldes nördlich von Misdroy gelegene sagenumwobene Jordansee mit seiner kleinen Insel und dem nahen Forsthaus angetan. Diese Wolliner Welt von Elfen, Göttern, Seeräubern und Naturwundern lieferte Schleich die Eindrücke für sein da und dort mystisch und phantastisch anmu-



Lediglich ein Gedenkstein ist erhalten: Das im Jahre 1938 eingeweihte Schleich-Denkmal auf dem Komantschenberg

tendes Buch „Es läuten die Glocken“. Er verfolgte hier und an anderer Stelle das Ziel, exakte Wissenschaft und Glauben auf einen gemeinsamen Nenner bringen.

Schleichs Denkmal ist vergessen, nicht in Vergessenheit geraten sollten jedoch seine zeitlos erscheinenden Aussagen zur medizinischen Ethik wie „Es muss zu erreichen sein, dass der Tod nur ein Leben fordert, das ausgelebt war“.

KREUZFahrt

Pommern bequem vom Wasser aus entdecken

Die „Swiss Diamond“ auf Ostseekurs – zwischen Stralsund und Stettin

Komfortreisen „vor der Haustür“, zwischen Stralsund, Swinemünde und Stettin mit MS „Swiss Diamond“, bisher größtes Schiff im Revier.

Vorausgegangen war eine 14-stündige Reise über die Ostsee von Kiel an Rostock vorbei durch den Gellen in die Hansestadt. Grund dafür sind die Abmessungen der Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder. Das Schiff hätte wegen seiner Höhe viele Brücken nicht passieren können.

Nachdem auf einer Kieler Werft die Fenster direkt über der Wasserlinie mit Stahlplatten gegen Seeschlag verschlossen wurden, konnte die ungewöhnliche Überführung bei günstigen Wetterbedingungen unter Seelotsen-Beratung starten. So wollen es die Sicherheitsvorschriften für ein Schiff, das normalerweise nur auf Binnengewässern unterwegs sein darf.

Mit 101 Metern Länge, 11,40 Metern Breite und 1,36 Meter Tiefgang ist die „Swiss Diamond“ das größte Flusskreuzfahrtschiff, das jemals das Revier zwischen Stralsund und Stettin im Programm hat. Für das schmale Hiddensee-Fahrwasser ist ihr auf Grund ihrer Abmessungen keine Sondergenehmigung erteilt worden. Gefährlose Begegnungen wären hier nicht möglich.

Am 30. Juni startet die Reise, wie man den Seiten der beiden Anbieter www.phoenixreisen.com und www.reisenaktuell.com entnehmen kann.

Keine Angst vor Coronabedingungen

Maximal 130 Passagiere haben normalerweise auf dem Schiff der Reederei Scylla AG (die Hotellerie wird von Sea chefs betrieben) bei Vollbelegung Platz, was unter Corona-Bedingungen nur reduziert möglich sein wird. Insofern hat man, ein besonderer Vorteil, jetzt mehr Platz an Bord als sonst. 31 Crewmitglieder betreuen die Passagiere in der „Komfortklasse“, was etwa der Kategorie vier Sterne entspricht. Angeboten werden von Juni bis November sieben- bis neuntägige Reisen unter den Stichworten „Ostseeurlaub“ und „Ostsee-Inseln-Brise“. Natürlich alles unter strengster Wahrung aller vorgeschriebenen Hygieneregeln. Dazu gehören Temperatur- und Schnelltests, Desinfektionspunkte im gesamten Schiff, Mund- und Nasenschutz sowie die bekannten Abstandsregeln. Wobei man sich an Oberdeck im Freien zwanglos und ohne Maske bewegen kann. Lediglich in den öffentlichen Innenbereichen, abgesehen vom Restaurant, gelten die bekannten Regeln.

Trotz Pandemie wurden in der außergewöhnlichen Saison 2020 noch 75



Am Liegeplatz 10 im Stralsunder Nordhafen: Die „Swiss Diamond“

Prozent der geplanten Schiffsreisen durchgeführt. Am Ende, teilt der Seehafen Stralsund mit, wurde Stralsund 82 mal von Kreuzfahrern mit 8.812 Passagieren angelaufen. Das ist – pandemiebedingt – etwa die Hälfte der sonst geplanten Zahlen.

Zwei vorgesehene Anläufe von Hochseekreuzfahrtschiffen mussten abgesagt werden. MS „Hamburg“ wird dann am 16. Oktober von acht bis zwanzig Uhr

den Anfang machen. Mit MS „Swiss Diamond“ und ihren reizvollen Routen haben weitere Veranstalter auf die entsprechende Publikums-Nachfrage reagiert und ein größeres Schiff längerfristig am Sund stationiert. Sobald sich die Situation wieder normalisiert hat, wird es dann das gesamte Jahr über im Nordhafen Flagge zeigen und auch Stralsundern die Möglichkeit bieten, eine Kreuzfahrt quasi vor der Haustür zu unternehmen. Ohne langwie-

rige oder unbequeme An- oder Abreise. Mal ehrlich: Welcher Stralsunder oder Vorpommer kann schon von sich behaupten, alle Anlaufhäfen der Region zwischen Stralsund, Rügen, Hiddensee, Usedom, Wollin und Stettin zu kennen?

● **Info** MS „Swiss Diamond“ (Schwesterschiff MS „Swiss Crystal“); Baujahr 1996 in Holland; Länge: 101 m; Breite: 11,40 m; Tiefgang: 1,36 m (max.); Decks: 3; Passagiere: 130 (max.); Crew: 30 (international); Bordsprache: Deutsch; Reederei: Scylla AG; Flagge: Schweiz; Heimathafen: Basel; Kabinenkategorien: 4 (12 – 18 qm, jeweils 2 separate Betten; Panoramafenster, TV, Minibar, Safe, Haartrockner, Klimaanlage, Dusche/WC; Internet: WLAN; Restaurant 1 (eine Sitzung); Bibliothek; Whirlpool/Sauna; Sonnendeck; Kleidung: sportlich-leger.

Buchung: www.phoenixreisen.com und www.reisenaktuell.com



„Die Grünen gehören längst zum ‚Establishment‘“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Ich finde es gut, dass in dem Artikel an den sehr verdienten Gründer des Ostpreußischen Jagdmuseums, Herrn Hans-Ludwig Loeffke, erinnert wird“

Gerd Bandilla, Erfstadt
zum Thema: Gedenken an einen großen Ostpreußen (Nr. 20)



Ausgabe Nr. 21

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

FEHL AM PLATZ?

ZU: „WÄCHTERAMT STATT FÜRSPRECHER“ (NR. 22)

Frau Merkel, entlassen Sie diesen Mann, eine absolute Fehlbesetzung als Ostbeauftragter, sofort! Dieser ganz schlechte (Wander-) Witz ist durch seine übelsten Beschimpfungen in MfS-Manier nicht nur für Ostdeutschland, sondern für ganz Deutschland völlig untragbar. Ernennen Sie stattdessen bitte die Brandenburgerin Saskia Ludwig, die ich als CDU-Wertkonservative sehr schätze, zur neuen Ostbeauftragten. ! *Carsten Zöllner*

FEHL AM PLATZ?

ZU: „WARUM ES DERZEIT AN ROHSTOFFEN MANGELT“ (NR. 22)

Ich fürchte, da wird auf uns Europäer noch einiges zukommen. Das Damoklesschwert der hausgemachten Inflation durch EZB-Anleihen & Co schwebt noch immer in der Luft. Dazu die nachhaltige Unterminierung der deutschen Wettbewerbsfähigkeit durch hybridesoffene Manager (Jo Kaeser & Co) und Politiker dürfte den noch herrschenden Eliten den Garaus machen. Der Preis für die Bevölkerung wird hoch sein. Verteilungskämpfe um Arbeit und Brot dürften sehr bald wieder unser Dasein bestimmen. Die Tische, auf denen heute noch getanzt wird, dürfen in die Keller geräumt werden. *Chris Benthe, Dresden*

ERHEBLICHER MEHRWERT

ZU: GENOZID ODER NOTWEHR? (NR. 22)

Bundespräsident Steinmeier hat sich noch nie hervorgetan durch solides Geschichtswissen. Dass er sich mit Milliarden im Gepäck in Namibia für etwas entschuldigen will, reiht sich da ein. Die Kolonialgeschichte des Deutschen Reichs brachte den deutschen Schutzgebieten erheblichen Mehrwert. *Peter Haisenko, München*

„VERPACKUNGSKÜNSTLER“

ZU: „GERECHTER“, „BUNTER“, „FEMINISTISCHER“ (NR. 21)

Ob am Starnberger See, im Taunus oder in Baden-Baden, die Grünen erzielen im Schnitt nirgendwo so gute Werte wie in den wohlhabendsten Kommunen der Republik. Bei den Grünen geht daher ein Gespenst um: der Kapitalismus. Den Grünen wird nachgesagt, sie seien die Partei des wohlhabenden Bildungsbürgertums, der Besserverdienenden und der Erbgeneration. Den einst selbstgewählten Titel „Partei der Besserverdienenden“ musste die FDP bereits vor einiger Zeit an die Grünen abtreten. Dahinter steht auch das Bild vom Großstädter in gesicherten sozialen Verhältnissen, der die höheren Preise im Bioladen bezahlen kann, den Steueraufschläge auf Kraftstoff kaum tangieren, der seinen Kaffee aus fairem Handel schlürft, im Sommer in die Sonne und im Winter zum Eisschlecken nach Kalifornien fliegt oder sich auf einem Kreuzfahrtschiff die Meereswinde um die Nase wehen lässt und zur Beruhigung seines schlechten Umwelt- und Klimagewissens grün wählt. Normalverdiener und ärmere Menschen können sich Grün hingegen schlichtweg nicht leisten beziehungsweise haben andere gewichtige Probleme. „Grün“ ist nicht für alle die Farbe der Hoffnung. Das Problem der ungerechten Lebensverhältnisse auf diesem Planeten sind auch die Grünen bisher nicht entschieden genug angegangen. *Manfred Kristen, Freital*

Auch bei der letzten Landtagswahl in Bayern haben die Grünen deutlich zugelegt, was meiner Meinung nach vor allem dem Umstand geschuldet war, dass Markus Söder zu einem der fleißigsten „Wahlhelfer“ der Grünen mutiert ist. Vor allem in Stimmbezirken mit hohem Einkommen und Vermögen machten viele Bürger ihr Kreuz nicht bei der CSU, sondern bei der Umweltpartei. Hingegen blieb die Partei in Kommunen mit niedrigen Einkommen deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Umwelt- und Klimaschutz muss man sich eben leisten können. Ähnliche Beobachtungen lassen sich in anderen Regionen Deutschlands machen.

Dass die Grünen heute anders dastehen als in ihren Gründerjahren, ist unverkennbar. Die Grünen gehören längst zum sogenannten „Establishment“ beziehungsweise zur „Elite“, wohin sie doch eigentlich nie wollten. Sie sind aber gute „Verpackungskünstler“.

Alfred Kastner, Weiden

BITTERE ERKENNTNIS

ZU: HOSEN RUNTER (NR. 19)

Wenn im Wochenrückblick von Hans Heckel noch winzige Spuren von Optimismus für die kommende Bundestagswahl durchschimmerten, dann bin ich ja eigentlich froh. Aber leider haben sich die Bedingungen von heute doch so geändert, dass sich zum Beispiel die Medien lediglich noch als PR-Instrumente für eine grün-rote Zukunftsvision missbrauchen lassen. Einen Missbrauch, den es so noch nie gegeben hat, der allerdings gerade in Zeiten von Wahlen schlimmste Folgen nach sich ziehen muss. Gepaart mit möglichen Wahlfälschungen werden ideologisch Ergebnisse schon vorweggenommen und in die Hirne eingepflanzt.

Als ehemaliger DDR-Bürger, der 1989/90 meinte, den roten Irrsinn endlich für immer überwinden und eine solide bürgerlich-demokratische Zukunft vor sich zu haben, ist diese Erkenntnis besonders bitter, vor allem dass es angeblich fast 30 Prozent der deutschen Wahlbürger nicht bewusst sein sollte, dass ein zukünftiges grün-rotes Regime mit einer von Grund auf unbedarften Kanzlerkandidatin Deutschland und die Deutschen abschaffen sowie eine ökologische Diktatur installieren möchte, die dieses Land ins Mittelalter zurück katapultieren wird.

Manfred Kristen, Freital

DIE WAHREN ZIELE DER GRÜNEN

ZU: „EINLADENDE ZUWANDERUNGSPOLITIK“ (NR. 18)

Auf dieses Thema kann nicht oft genug ausführlich, präzise und mit exakten In-

formationen hingewiesen werden. Es betrifft insbesondere die Bürger, die glauben, dass die Grünen eine echte Alternative zur bisherigen Politik seien. Die Grünen steuern nicht auf eine Multikulti-Gesellschaft hin. Ihr Ziel ist es, Deutschland (möglichst auch Europa) in eine vom Islam geprägte Gesellschaft umzuwandeln. Wenn das eintreten sollte, dann haben auch die Grünen nichts mehr zu sagen. Sie sind dann bestenfalls Marionetten.

Das Argument, Deutschland brauche Arbeitskräfte, ist einfach falsch. Wir haben sehr viele Menschen, die arbeiten wollen und können. Man muss sie aber auch lassen. Wir benötigen keine zusätzlichen, überwiegend bildungsfernen Menschen aus einer anderen Kultur. Deutschland hat auch so genug Probleme. Es gibt viele jüngere (deutsche) Menschen, die die Grünen in der Vergangenheit gewählt haben. Es gibt aber ebenso viele, die erkennen, dass sie viel arbeiten müssen, um leben zu können, während andere seit vielen Jahrzehnten unsere Sozialsysteme plündern. Wie die Grünen dieses und vieles andere finanzieren wollen, wird nicht dargestellt. Vielleicht können sie es auch nicht. Oder sie heben sich die Offenlegung für die „Zeit danach“ auf. Das wird dann möglicherweise eine von vielen Überraschungen, die man nicht braucht.

Jeder deutsche Bürger sollte sich das Programm der Grünen genau ansehen.

Ganz besonders, wie schon jetzt ersichtlich, erst die Welt und dann mit gehöriger Lücke kommt Deutschland. Zumal sie zu Deutschland und zum Begriff der Heimat ein ganz „besonderes“ Verhältnis haben. Wenn diese Partei pauschal von Zuwanderung spricht, dann sind damit immer Menschen aus islamischen Staaten gemeint.

Wenn in Deutschland alles so schlecht ist, stellt sich die Frage warum die Anhänger der Grünen dieses Land nicht verlassen. Es zwingt sie keiner zu bleiben. Oder wollen sie bleiben, weil Deutschland angeblich ein so reiches und starkes Land ist und sie auch etwas von diesem Kuchen wollen? *Heinz-Peter Kröske, Hameln*

ANZEIGE

Das Wie und Warum einer uralten Tradition: Ein Meisterwerk vom »König des Fermentierens«

■ Mit *Die Kunst des Fermentierens* liegt nun erstmals das vollständige Hauptwerk des weltweit wohl prominentesten Fermentierers in deutscher Sprache vor. Es ist das Standardwerk zum Thema. Umfassend und anschaulich wie kein anderes Buch bringt es Ihnen die historischen, wissenschaftlichen und praktischen Facetten der Vergärung durch Bakterien und Pilze nahe. Sandor Katz zeigt Ihnen, wie Sie Lebensmittel durch Fermentierung herstellen und haltbar machen. Darüber hinaus hat er Rezepte in einer Fülle zusammengetragen, die Sie sonst nirgendwo finden werden.

Dieses großzügig und liebevoll illustrierte Meisterwerk ist nicht zuletzt ein Appell, sich wieder auf die uralte Tradition des Fermentierens zu besinnen. Schließlich bietet sie uns eine ganze Reihe von Vorteilen. Wenn wir Nahrung selbst fermentieren, werden wir nicht nur mit Lebensmitteln beschenkt, die gesund sind und hervorragend schmecken. Wir sagen gleichzeitig Nein zur industriellen Herstellung von Nahrung, die uns krank macht und die Umwelt zerstört.

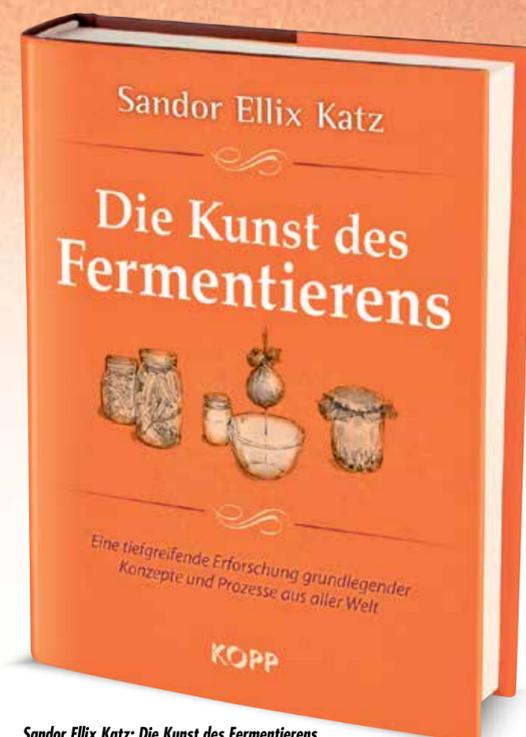
Hier finden Sie essenzielles Wissen für Köche, Selbstversorger, Bauern, Ährenleser, Jäger und Sammler sowie Gourmets jeder Art, die mehr über die wohl älteste Form der Lebensmittelkonservierung und einen wichtigen Bestandteil ihrer Kultur erfahren wollen.

Neben dem flammenden Appell, sich zu gesunden Nahrungsmitteln und zu deren natürlicher Verarbeitung zu beken-

nen, ist dieser Klassiker aber auch ein Kochbuch mit Rezeptsammlung. Und was für eines! Der Autor hat über Jahrzehnte Rezepte aus verschiedensten Ländern und Epochen zusammengetragen. Und so finden Sie auf fast 400 Seiten leicht umsetzbare Anregungen zur Zubereitung von Gemüse, Früchten, Nüssen, Samen, Getreide, Fleisch, Fisch, sauren Tonic-Getränken, Milch und Eiern, zur Umwandlung von Zicker zu Alkohol (Met, Wein und Cidre) sowie zur Züchtung von Schimmelpilzkulturen. Kein anderes Buch zur Fermentierung bietet Ihnen eine derartige Fülle an Rezepten und Ideen. Und kaum ein Buch animiert einen so sehr, die leckeren Anregungen sofort auszuprobieren.

Aber nicht nur das hat dieses Werk zum Klassiker gemacht. Der »König des Fermentierens« zeigt Ihnen auch, welche Anwendungsmöglichkeiten es außerhalb des Lebensmittelbereichs gibt: etwa bei der Abfallentsorgung, der Schädlingsbekämpfung und bei der Erzeugung von hochwertigem Kompost oder auch bei der Energiegewinnung!

Die Kunst des Fermentierens ist der umfassendste je veröffentlichte Ratgeber für die Do-it-yourself-Fermentierung!



Sandor Ellix Katz: *Die Kunst des Fermentierens*
gebunden • 621 Seiten • zahlreiche Illustrationen +
32-seitiger Farbbildteil • Best.-Nr. 945 800 • 29,99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10 • Telefax (0 74 72) 98 06 11 • info@kopp-verlag.de • www.kopp-verlag.de
Jetzt bestellen! Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

LANDWIRTSCHAFT

Zurück zur Natur

Regionale Agrarprodukte erleben einen Aufschwung – In Bayern springen immer mehr umweltbewusste Bio-Bauern auf diesen Zug auf

VON MARKUS BAUER

Schon länger sind die Aspekte „Bio“, „Öko“ und „Regional“ in der Landwirtschaft beziehungsweise bei landwirtschaftlich erzeugten Produkten angesagt, aber auch viel diskutiert. Als Beispiel sei ein im September letzten Jahres in Regensburg organisierter „BioRegioMarkt“ erwähnt mit Produkten und Herstellern aus diesen Bereichen.

Der Trend scheint inzwischen wieder zurückzugehen zum Arbeiten ohne künstliche Hilfsmittel wie Dünger oder Ähnlichem sowie zur tiergerechten Haltung des Nutztiers. In diesem Kontext kann auch ein Blick auf frühere Technik – zum Beispiel Dampfpflüge – interessant sein und Hinweise sowie Tipps für heute geben.

Agrarwende, Düngeverordnung, Tierwohl, Artenvielfalt beziehungsweise -sterben oder Biodiversität – diese Schlagwörter bestimmen seit geraumer Zeit die landwirtschaftliche Diskussion. Verweisen sei auf die Festschreibung von 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 in Bayern als Folge des Volksbegehrens Artenvielfalt von 2019, das unter dem Titel „Rettet die Bienen“ bekannt wurde. Ob das erreicht wird, steht in den Sternen. Laut der Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern (LVÖ) betrug die Anzahl der Biobetriebe im Freistaat 2020 rund 11.000. Damit wirtschaften – je nach Sichtweise bereits oder nur – gut zehn Prozent aller Höfe in Bayern nach den Richtlinien des ökologischen Landbaus.

Ein Vorreiter ist der LVÖ-Vorsitzende Hubert Heigl, der mit seiner Ehefrau Evi in Eichkreith, Landkreis Regensburg, seinen landwirtschaftlichen Betrieb führt, bei dem die artgerechte Haltung von Öko-Schweinen im Mittelpunkt steht. Ob im Ferkelaufzucht-, im Abferkel- oder im



Auf einem Bio-Bauernhof in Bayern: ein Öko-Schwein, das sich im Freien bewegen kann

Foto: pa

Gruppensäugestall – überall haben die Ferkel und Schweine angenehme Temperaturen, Platz und Raum für Auslauf und Bewegung sowie beste hygienische Rahmenbedingungen. Alle Ställe werden zweimal wöchentlich komplett gemistet und mit neuem Stroh ausgelegt.

„Auf unseren 70 Hektar landwirtschaftlicher Fläche erzeugen wir alles Getreide und Stroh, das wir brauchen“, erläutert Evi Heigl. Dass es bei einem Ökobetrieb das Kupieren der Schweineschwänze ebenso wenig gibt wie die Kastration oder das Abschleifen der Zähne

bei den Ferkeln, versteht sich von selbst. Die Unversehrtheit und Gesundheit der Tiere gehört zu den höchsten Gütern. Nicht zu Unrecht haben die Heigls 2017 den Bayerischen Tierschutzpreis der Bayerischen Staatsregierung erhalten.

Bodenschutz steht im Vordergrund

Das ökologische Wirtschaften bezieht sich aber auch auf den Ackerbau. So dürfen etwa in einem sogenannten Triticale-Feld bunte, vielfältige Pflanzen wie Rittersporn oder Frauenspiegel wachsen oder Brennnesseln am Ackerrand, die für

Insekten und Vögel von Nutzen sind. „Der Öko-Landbau ist für die Artenvielfalt wichtig“, betont Hubert Heigl. Für ihn sind zudem der Trink- und Grundwasserschutz, der „Klimaschutz“ und die Biodiversität grundlegende Argumente für ökologischen Landbau und ökologische Landwirtschaft.

Über allem vergisst der Öko-Bauer die Ökonomie nicht: „Der Absatz ist nötig. Deshalb dürfen wir nicht ausschließlich auf Regionalität setzen, sondern müssen diese mit dem Öko-Aspekt kombinieren.“ Nicht zu vergessen seien da-

bei die Bodenbearbeitung und die eingesetzte Technik.

Auch das wird – Stichwort „Bodenschutz“ – in jüngster Zeit heftig diskutiert. Kein Vergleich zur Ära in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als nach der Erfindung der Dampfmaschine die Mechanisierung auch in der Landwirtschaft begann.

Eine der ersten maschinell durchgeführten Tätigkeiten war das Pflügen mit Dampfpflügen. Die von 1901 bis 1966 bestehende Bayerische Dampfpflug-Genossenschaft Regensburg, das heißt deren Gründung, Entwicklung, Arbeitsabläufe, Aktivitäten, Mitglieder, Höhen und Tiefen hat der Agrarhistoriker Theodor Häußler aus dem Regensburger Vorort Pentling akribisch erforscht und die Ergebnisse in einem Buch veröffentlicht.

Die Pflugsaison ging von Ende Juli bis Ende November, nach einem zuvor festgelegten Plan wurde die Maschine von einem Betrieb zum nächsten transportiert. Der Fortschritt gegenüber dem bisherigen einscharigen und eher oberflächigen Pflügen mit dem Tiergespann lag im nun tiefgründigen Pflügen mit fünf Scharen, was eine ganz andere Bodenbearbeitung bedeutete.

In den 1950er und 1960er Jahren kam die Frage nach dem Kraftstoff (Dampf versus Diesel) auf, die Reparaturen wurden schwieriger und die Tendenz, dass sich Landwirte ihre eigenen Traktoren und Pflüge kauften, nahm zu. All diese Faktoren führten zum Ende der Dampfpflug-Genossenschaft. Doch zwischen Häußlers Zeilen lässt sich auch eine Botschaft für heute herauslesen: der Appell zu mehr Zusammenarbeit in der Landwirtschaft. Hierfür kann die Dampfpflug-Genossenschaft Vorbild sein und trifft auch den Nerv des Ökolandbaus, verantwortlich mit Tier, Grund und Boden umzugehen.

KLEVER GÄRTEN

Hol's der Kuckuck

Preußische Herrschaft und niederländische Nachbarn – Kleve am Niederrhein ist durch diese Einflüsse regelrecht erblüht

Die Bedienung im Stadtcafé legt den Gästen den Corona-Meldezettel hin, doch der ist in holländischer Sprache. Ist man etwa aus Versehen in den falschen Zug eingestiegen und in den Niederlanden? Doch nein, alles ist gut, dies ist definitiv das ausgesuchte Ziel der heutigen Tagestour, nämlich Kleve im deutsch-niederländischen Grenzgebiet. Und hier sind die niederländischen Nachbarn eben allgegenwärtig: von der „Beatrix-Straße“ bis hin zum Niederländischen Konsulat. Aber wer zum Duivel ist eigentlich dieser „Kuckuck“, der hier sogar ein eigenes Museum hat?

Auf dem Stadtplan bemerkt man die rundförmige Anordnung der Straßen des Innenstadtkerns, die sich einst unter anderem um den Vorgängerbau der heutigen Schwanenburg aus dem 11. Jahrhundert herum gebildet hatten. Von der mittelalterlichen Stadtmauer sind nur Reste übrig geblieben, doch die Burg, in deren Turm das Geologische Museum untergebracht ist, wacht zuverlässig über die Stadt, die seit 1242 das Stadtrecht besitzt. Da regierten schon längst die Grafen von Kleve ausgehend vom ersten, einem gewissen Rutger von Flandern, den man 1020 dazu ernannt hatte.

Im 16. Jahrhundert entwickelte sich durch die Verbindung zwischen den Herzogtümern Kleve, Jülich und Berg ein ho-

hes Machtpotential, das den Wohlstand der Stadt begünstigte. Die Verbindungen reichten sogar bis ins ferne England, weil Anna von Cleve im September 1539 einen Ehevertrag mit dem englischen König Heinrich VIII. unterschrieben hatte. Der kannte seine Braut gar nicht persönlich, hatte sich in ihr vom Hofmaler Hans Holbein gemaltes Porträt verliebt, in natura kamen dann aber bei der leidenschaftlichen Begegnung keine romantischen Gefühle auf, sodass die Ehe annulliert wurde.

Konkurrenz zu Berlin

Gemächlich kann man in Richtung Westen die Tiergartenallee entlangwandern und die feudalen Villen aus der Zeit bewundern, als die Stadt noch „Bad Cleve“ hieß, nachdem 1741 am Springerberg eine Mineralquelle entdeckt worden war und sich Kuranlagen rund um das Kurhaus entwickelten, das heute das „Museum Kurhaus Kleve“ beherbergt. Es ist vor allem durch den Nachlass des Bildhauers Ewald Mataré bekannt, nennt aber auch Objekte von Joseph Beuys sein eigen.

Gleich daneben beginnt dann die äußerst fürstliche Gartenpracht. 2007 wurden die „Klever Gärten“, ihres Zeichens „Europäisches Gartendenkmal“, zum zweitbesten Park Deutschlands gekrönt. Und „schuld“ daran war Johann Moritz von Nassau-Siegen (1604–1679),

der Statthalter des Großen Kurfürsten von Brandenburg.

Nach dem jülich-klevischen Erbfolgestreit, der durch die Kinderlosigkeit des letzten Herzogs, Johann Wilhelm (1562–1609), ausgelöst wurde, fiel das Herzogtum Kleve an Brandenburg-Preußen. Johann Moritz wollte nun „seine“ Residenzstadt zu etwas ganz Besonderem machen, und das konnte man am besten mit raffinierter Gartenkunst. Berlin und Paris? Die sollten vor Neid erblassen.

So wurde die Planung der Gartenanlage ab 1647 bis zu seinem Tod die Lebensaufgabe von Johann Moritz, die er gemeinsam mit dem Architekten Jacob van Campen realisierte. Das „Amphitheater“ am Springerberg mit Tempel, Terrassen und Teichen ist Ausgangspunkt für Erkundungen der Anlage. Und über allem wacht der „Eiserne Mann“ des Künstlers Stephan Balkenhol, eine 2004 anlässlich des 400. Geburtstags von Moritz wieder aufgebaute Skulptur, die 1794 zerstört

worden war. Unermüdlich werkelt Moritz an der Perfektionierung seines Gartenreichs, und das unter dem Motto: „Bauen, graben, pflanzen, lasst's Euch nicht verdrießen, denn die nach Euch kommen, werden's noch genießen.“

Ein malender Koekoek

Endlos weit schweift der Blick von der Anhöhe über das Gartenparadies mit seinen schnurgeraden Kanälen. Überall grünt es mit einer unerschöpflich vollen Pracht. Der unweit des Kurhauses gelegene Forstgarten strotzt mit seinen seltenen Bäumen aus aller Welt nur so vor frischen Farben in allen Schattierungen.

Östlich der Stadt ließ Moritz auf einem großen Areal noch den „Alten Park“ anlegen, schuf dort künstliche Aussichtshügel und sternförmige Wege bis hin zum Papenberg mit Panoramablick auf Kleve.

Zurück in der Innenstadt wird dann noch ein Geheimnis gelüftet. „Der Kuckuck“ heißt korrekt eigentlich Barend Cornelis Koekoek (1803–1862), ein holländischer Landschaftsmaler, der sich in der Mitte des 19. Jahrhunderts an der Kavarinerstraße ein Palais als Wohn- und Atelierhaus bauen ließ, in dem heute eine Dauerausstellung über ihn untergebracht ist. Die niederländischen Nachbarn sind zwar sehr nahe, aber vieles weiß man eben doch nicht über sie. Bettina Müller



Kurfürstliche Gartenpracht: Der Garten des Statthalters des Hauses Brandenburg

● FÜR SIE GELESEN

Propaganda der DDR

Sie war eine der massivsten Waffen der DDR gegen den damaligen Aufbau der Bundeswehr, dennoch ist sie in der politischen Öffentlichkeit und der Literatur praktisch unbekannt geblieben. Es ist das große Verdienst des bekannten Militärhistorikers Peter Joachim Lapp, mit enormem Fachwissen und anhand unzähliger Quellen diesen wichtigen Aspekt des Kalten Krieges in allen Einzelheiten darzulegen: Es war die „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“ (AeO), die 1958 in Ost-Berlin auf Veranlassung der SED-Führung gegründet wurde. Wahrer Auftraggeber waren sowjetische Militärs, wie auch ihr eigentlicher Leiter der Sowjetoffizier Oberst Wolf Stern vom NKWD, dem Innenministerium der UdSSR, war.

Fast alle der rund 100 Gründungsmitglieder waren während des Krieges in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten und hatten sich aus verschiedenen Motiven dort dem „Bund Deutscher Offiziere“ beziehungsweise dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ angeschlossen und sich im Sinne des SED-Systems „bewährt“. Aufgenommen wurden indes nur diejenigen, die zur Propagandaaufgabe geeignet waren und möglichst über Kontakte zu einstigen Wehrmachtsoffizieren im Westen verfügten.

Nach ihren Richtlinien hatte die AeO als Ziel die „systematische ideologische Beeinflussung der ehemaligen Offiziere und Soldaten in Westdeutschland sowie Offiziere und Soldaten der Bundeswehr“. Ihre Hauptwaffe war das monatliche „Mitteilungsblatt“, dessen Anfangs-Auflage von 20.000 (später 20.500) fast ausschließlich in den Westen ging. Um nicht bei der Bundespost aufzufallen, erschien es zu einem Großteil in einer Dünndruck-Ausgabe unter 20 Gramm, teils wurden die Sendungen in West-Berlin aufgegeben. Seine militärhistorischen Artikel waren von Militärs verfasst, die sich an die Vorgaben der SED zu richten hatten. Im Mittelpunkt standen Vorwürfe gegen einstige Wehrmachtsoffiziere, die Führungspositionen in der Bundeswehr innehatten und denen man besondere Nähe zum NS-System vorwarf.

Sprachen die Artikel anfangs nur von einem neutralen Deutschland und vermieden kommunistische Ideologie, so trat bald stärkerer Antiamerikanismus hervor und steigerte sich bis zur Behauptung, allein die DDR sei „Vorbild für ganz Deutschland“. Diese Ideologie-überfrachtete Kost wurde bei den bundesdeutschen Empfängern bald als „Die Propagandakompanie Ulbrichts“ titulierte. Der um Objektivität und Sachlichkeit sehr bemühte Autor dieser Zeilen kam zur Beurteilung: „Der Propagandamüll war unerträglich.“ Die Zustände in der DDR sowie das Verhalten der UdSSR taten das Übrige.

Die Versuche der AeO, messbaren Einflüsse auf die Bundeswehr zu erlangen, waren gescheitert. 1955 trat Bonn der NATO bei und vollzog die Westbindung. In aller Stille wurde die AeO 1971 aufgelöst, selbst in der Historie der DDR wurde sie niemals mehr erwähnt – als hätte sie nie existiert. Ein allzu deutliches Eingeständnis ihrer Erfolglosigkeit. F.-W. Schlomann

Peter Joachim Lapp: „Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“; Helios-Verlag, Aachen 2020, gebunden, 200 Seiten, 22,50 Euro



RECHTSMEDIZIN



Detektive in Weiß

Was Tote uns über die Umstände ihres Sterbens verraten, und wie sie der Wissenschaft bei der Erforschung von Krankheiten helfen

FOTO: IMAGO/WESTEND 61

Von Mord bis Pandemie Klaus Püschel, der langjährige Direktor des Instituts für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf, blickt in seinem Buch „Die Toten können uns retten“ auf seine Tätigkeit als Rechtsmediziner zurück. Die geschilderten Fälle lesen sich spannend wie ein Krimi. Der Leser erfährt von den Abgründen menschlichen Handelns. Selbst den erfahrenen Arzt erschüttert immer wieder, wozu Menschen fähig sind.

In den hinteren Kapiteln geht Püschel auf todbringende Viren und Bakterien ein. Er bringt Epidemien wie den EHEC-Ausbruch 2011 in Erinnerung. Den panischen Umgang mit der Corona-Pandemie sieht der Experte kritisch. Besonders irritiert hat ihn die Haltung des Robert-Koch-Instituts, als dessen Chef die Obduktionen des Rechtsmediziners zu unterbinden versuchte. Püschel lobt den Hamburger Weg, der es ihm ermöglichte, die Toten

weiter zu obduzieren und dem Wesen des Täters Corona auf die Spur zu kommen. MRK

Klaus Püschel: „Die Toten können uns retten. Wie die Rechtsmedizin hilft, Krankheiten zu erforschen und das Sterben zu verhindern“; Quadriga Verlag, Köln 2021, gebunden, 255 Seiten, 20 Euro

FAMILIE

Vom Leben mit Kindern

Die Journalisten Benjamin Kuhlhoff und Laura Marie Wilke liefern ehrliche Eindrücke, wie der Nachwuchs den Alltag eines Paares verändert

VON SILVIA FRIEDRICH

Jeder erlebt das Elterndasein anders, und dennoch gibt es viele Parallelen zu anderen neu gegründeten Familien. Um jungen Eltern oder Paaren, die das Abenteuer Kind noch vor sich haben, einen ehrlichen und entspannten Einblick in das plötzlich nun völlig andere Leben von Erziehungsberechtigten zu geben, verfassten die Journalistin Laura Marie Wilke und der Fußballreporter Benjamin Kuhlhoff das Buch „Bring Bier mit, wir müssen über Kinder reden“. Seit 2019 sind beide im Internet auf ihrem gleichnamigen, sehr erfolgreichen Podcast zu hören, wo sie zu allen Dingen rund um Kind und Familie aus ihrem Leben Stellung nehmen.

Und das Werk hat es in sich. Schonungslos wird berichtet, wie man sich bei einer Geburt fühlen kann, wie anstrengend die ersten zwei Jahre und die danach mit Kindern sein können und wie beglückend das alles dennoch ist. Auch die Entscheidungsfindung, sich überhaupt zu Nachwuchs „durchzurufen“, wird nicht vergessen.

In 15 Kapiteln plus Bonuskapitel „Was wir unseren Kindern gerne sagen würden, aber niemals tun“, setzen sich beide Autoren aus weiblicher und männlicher Sicht mit den unterschiedlichsten Themen auseinander. Mit Titeln wie „Wie viel Familie hält eine Beziehung aus?“, „Das zweite Kind: Braucht man den ganzen Mist noch mal von vorn?“, „Wie man Kind und Job unter einen Hut kriegt oder auch nicht“

und „Stadt, Land, Kind: Wo sollen Kinder aufwachsen?“ sowie einige mehr beschreiben die Verfasser locker eine Reise durch das Leben mit Söhnen und Töchtern.

Selten bekommt man so ehrliche Eindrücke von Menschen mit Kindern, weil diese sich entweder nicht wagen, die Wahrheit zu verkünden oder meinen, soll doch jeder seine eigenen Erfahrungen machen. „Große und kleine Geschichten aus dem Alltag fast perfekter Eltern“, verspricht der Verlag nicht ganz unironisch, denn jeder, der Kinder hat, wird sich darin wiederfinden und sich freuen, dass es anderen ähnlich ging oder geht, dass Vorsätze über den Haufen geworfen werden, sobald der Alltag eintritt und man sich der bisher nie gekannten Realität stellen muss.

Mit Sicherheit liest der eine oder die andere das Buch in einem Rutsch durch. Unterhaltsam ist es ja, zum Lachen, Stauen und bestätigend Nicken. Ein prima Geschenk für werdende Eltern. Aber auch Menschen gänzlich ohne Nachwuchs werden ihre Freude an der humorvollen Lektüre haben.

Benjamin Kuhlhoff/ Laura Marie Wilke:

„Bring Bier mit, wir müssen über Kinder reden. Die schonungslose Wahrheit aus dem Leben fast perfekter Eltern“, Goldmann Verlag, München 2021, broschüriert, 240 Seiten, 15 Euro



BIBEL

Nicht nur für Kinder

Christlichen Glauben zu vermitteln in der heutigen Zeit ist nicht immer einfach. Der Brunnen Verlag bietet dazu ein umfangreiches Angebot

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Der Brunnen Verlag ist eines der führenden christlichen Verlagshäuser in Deutschland und möchte den christlichen Glauben fördern und dabei verlässliche Werte vermitteln. So stellt sich der Verlag selbst vor. Genau das tut er zu günstigen Preisen. Er bietet für jede Generation die passenden Bücher. Für Kinder hat er ein breites Sortiment von Bilderbüchern, Hörspielen, Adventskalendern – ohne Schokolade – und natürlich auch Kinderbibeln und biblische Geschichten, die für Kinder erzählt werden.

Die große, reichbebilderte Kinderbibel und das Buch „Kann ein Wal denn Bauchweh haben?“ gehören dazu. Hier wirkt die Ausgangssituation zwar sehr konstruiert – ein Hase findet urplötzlich ein Buch auf dem Weg, trifft andere Tiere und reist mit diesen gemeinsam, dabei liest er aus dem Buch vor, und genau diese Geschichte erleben sie anschließend selbst –, aber die Geschichten sind sehr niedlich und kindgerecht erzählt. Die Kapitel sind kurz, die Schrift sehr groß und die Seiten recht

klein, sodass ein Leseanfänger gut alleine zurecht kommt.

„Die große Brunnen Kinderbibel“ ist gar nicht so groß, wie der Titel vermuten lässt, aber dafür sehr umfassend und wirklich sehenswert. Ausgewählte Bibelgeschichten sind nicht in Alltagssprache, aber doch gut verständlich von Murray Watts nacherzählt und orientieren sich an der Anordnung der Bibelkapitel.

Jede Doppelseite ist eingefasst in sich wiederholende, jedoch passende Illustrationen. Die Geschichten selbst sind ebenfalls reich illustriert. Der junge Leser wird durch die Einteilung der über 200 Kapitel und die zahlreichen Illustrationen von Helen Cann nicht von der schier Textmenge eingeschüchtert. Ein kleiner Anhang besteht aus einer Landkarte, einem Personenverzeichnis, einem Ortsregister und einer Doppelseite mit Begriffserklärungen.

Wo es eine große Bibel gibt, gibt es in diesem Fall auch eine kleine Kinderbibel für Kinder ab fünf Jahren, außerdem Kinderbibeln zum Raten und Ausmalen sowie kleinformatige Heftchen mit ausgewählten Bibelgeschichten.

Avril Rowlands: „Kann ein Wal denn

Bauchweh haben? Spannende Bibelgeschichten aus dem Zirkuswagen“; Brunnen Verlag, Gießen 2019, gebunden, 143 Seiten, 9,95 Euro



Murray Watts / Helen Cann: „Die große Brunnen Kinderbibel“; Brunnen Verlag, Gießen, 2019, gebunden, 352 Seiten, 10 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg
 Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Katrin Glesius
 Tel. 09 31 / 45 26 50 35
 Flechsig Medienvertrieb



Meschkinnes
 Der Ur-Bärenfang
 50 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5692 26,45 €



Tapi
 Original Bärenfang
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5695 26,45 €



Pillkaller
 Edel-Machandel
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5696 21,95 €



Danziger Goldwasser
 Danziger Liqueur
 38 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5811 24,95 €



Bengt von zur Mühlen (Hrsg.)
Der vergessene Verschwörer
 General Fritz Lindemann und der 20. Juli 1944
 Als General der Artillerie nahm Fritz Lindemann aktiv an den Vorbereitungen des Hitler-Attentats am 20. Juli 1944 teil. Der Historiker Bengt von zur Mühlen beschreibt den Lebensweg des Generals zum Hitlergegner und erzählt die Geschichte seiner zahlreichen zivilen Fluchthelfer und das Schicksal seiner Familie.
 Geb.
 Nr. P A1611 5,00 €



Gerd H. Meyden
Schnee von Gestern
 Kindheit in Königsberg
 20 S/W-Abbildungen. 192 Seiten
 Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 533162 14,95 €

Lebendig, herzlich und mit viel Augenzwinkern schildert der Autor seine behütete Kindheit in Ostpreußen, die Flucht aus der Sowjetzone und den schwierigen Neuanfang der Familie in Bayern. Eine wohlbehütete, sonnige Kindheit in einem wohlstabilisierten Elternhaus geht zu Ende. Der näher kommende Krieg erscheint dem Kind zunächst als ein tolles Abenteuer. Erst als Königsberg im August 1944 in zwei Bombennächten in Flammen, Schutt und Asche versinkt, zeigt sich ihm erstmalig der Ernst des Lebens. Der Zusammenbruch und der Kampf der Familie um eine neue Existenz wird aus der Sicht eines Heranwachsenden geschildert.



E. G. Stahl
Die Mücke im Bernstein
 Der große Ostpreußenroman
 440 Seiten/Gebunden
 Nr. P 533186 16,95 €

Elsa Stahl lässt die Landschaft Ostpreußens mit ihren dunklen Wäldern, kristallinen Seen, goldgelben Weizenfeldern und schimmernden Küsten zu neuem Leben erwachen und nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die Zeit. Vor diesem Hintergrund spielt die jahrhundertlange Geschichte einer Familie. Ein goldschimmernder Bernstein mit einer eingeschlossenen Mücke, der vom Meer an die samländische Küste gespült wurde, wird von Generation zu Generation weitervererbt und ist Zeuge der ineinander verwobenen Lebensgeschichten. Er geht verloren, taucht immer wieder auf, niemand weiß, wie er in diesen Kreislauf geraten ist. Doch dieses Schmuckstück verheißt nichts Gutes. Aus Liebe wird Hass, aus Freude wird Leid, aus Frieden wird Krieg. Jedes Kapitel erzählt die Geschichte einer Generation, die mit der vorherigen auf raffinierte Weise verbunden ist.



Marjellchen
 Schwarzer Johannisbeerlikör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5693 21,95 €

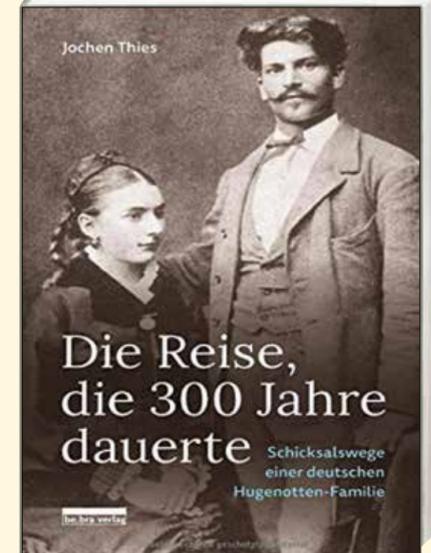


Lorbass
 Altpreußischer Kartoffelschnaps
 40 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5673 21,95 €

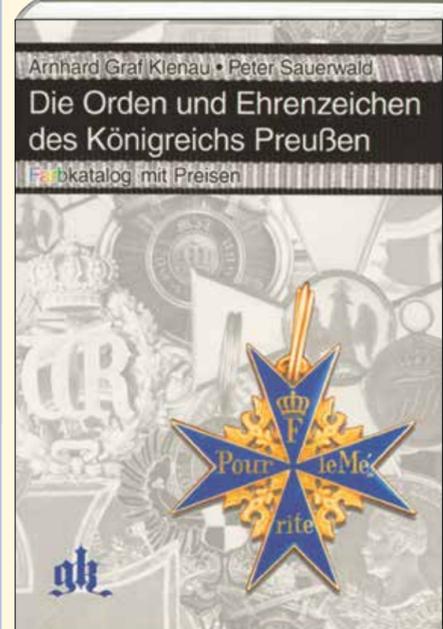


Beate Szillis-Kappelhoff
Preußen - die ersten Preußen
 Geschichte und Kultur eines untergegangenen Volkes
 395 Seiten/Kartiert
 Nr. P A0544 19,80 €

Über viele Jahrhunderte verteidigten die Preußen, die zur baltischen Sprachfamilie gehörten, tapfer und zäh ihr Siedlungsgebiet zwischen der Weichsel und der Minge, also dem späteren West- und Ostpreußen. Schon zu Beginn des 11. Jahrhunderts hatten sich die Preußen stetig zunehmender Übergriffe der Polen zu erwehren, die eine Verbindung zur Ostsee suchten. Als sie zu Beginn des 13. Jahrhunderts aus der reinen Verteidigung zu Vergeltungsschlägen gegen das nordpolnische, masowische Gebiet übergingen, rief der polnische Herzog Konrad von Masowien den Deutschen Orden um Hilfe. Im Laufe des 13. Jahrhunderts gelang es den Rittern des Deutschen Ordens in einem besonders brutal geführten Eroberungskrieg, die Preußen zu besiegen und schließlich zu christianisieren.



Jochen Thies
Die Reise, die 300 Jahre dauerte
 Schicksalswege einer deutschen Hugenotten-Familie
 Mit der Vertreibung der Hugenotten aus dem nordfranzösischen Pas de Calais beginnt Ende 1685 die abenteuerliche Flucht der Familie Tisse quer durch Europa. Ihre Reise führt sie über die Uckermark bis nach Ostpreußen und endet erst 300 Jahre später in Berlin. Jochen Thies begibt sich in diesem Buch auf eine bewegende Spurensuche, die zu den Schauplätzen des Geschehens führt und die enge Verflechtung von Vergangenheit und Gegenwart deutlich macht. Wer den Spuren der Hugenotten folgt, sieht Orte und Landschaften mit anderen Augen und begreift, dass Migration schon immer ein Teil der europäischen Geschichte war. Ankommen ist ein langer Prozess.
 192 Seiten
 Nr. P A1656 Gebunden 22,00 €



Arnhard Graf Klenau / Peter Sauerwald
Die Orden und Ehrenzeichen des Königreichs Preußen
 Katalog mit Preisen
 Erstmals wird hier die Typologie der tatsächlich verliehenen preußischen Dekorationen ausgearbeitet, in über 600 Nummern detailliert dargestellt und mit über 300 qualitativ hochwertigen Farbabbildungen in Originalgröße illustriert, mit aktuellen Preisbewertungen in Euro.
 335 Seiten
 189 weitgehend farbigen Abbildungen
 Nr. P A1631 Kartiert 14,95 €

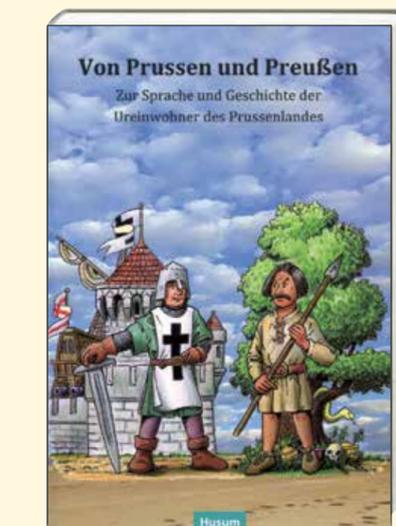
Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintensive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



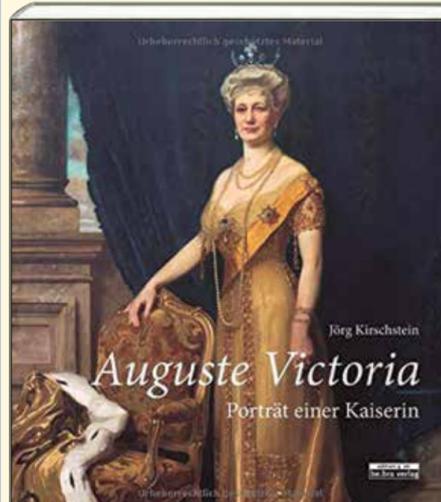
Gumbinner Marilichen
 Aprikosen-Likör
 25 % vol., Flasche 0,7 Liter
 Nr. P 5686 21,95 €



Postkartenblock mit ca. 35 Postkarten mit den Stadtwappen ost- u. westpreußischer Städte
 Nr. P A1606 Postkarten 12,95 €



Dr. Wolfgang Höhne
Von Preussen und Preußen
 Zur Sprache und Geschichte der Ureinwohner des Preussenlandes
 1701 krönte sich Kurfürst Friedrich III. von Brandenburg selbst zum König und nannte sich fortan König Friedrich I. in Preußen. Preußen wurde zu einem der mächtigsten Königreiche des europäischen Kontinents. Durch dieses brandenburgische Preußen gerieten allerdings dessen Namensgeber und die eigentlichen, ursprünglichen Preußen aus der Region zwischen Weichsel und Memel – die Prussen – zunehmend in Vergessenheit. Die Studie von Dr. Wolfgang Höhne widmet sich daher der Geschichte dieses fast vergessenen prussischen Volkes und insbesondere seiner Sprache, die zu den ältesten Nordeuropas gehört. Anhand von Quellen aus der Antike bis zum Spätmittelalter gibt uns der Autor einen vielseitigen Einblick in das damalige Preussenland.
 Mit zahlreichen Abbildungen. 64 Seiten
 Nr. P A1531 Kartiert 9,95 €



Jörg Kirschstein
Auguste Victoria
 Porträt einer Kaiserin
 Auguste Victoria (1858–1921) war als Gemahlin Kaiser Wilhelms II. für drei Jahrzehnte die höchste Repräsentantin des Deutschen Kaiserreichs. Sie erlebte den Glanz der Monarchie sowie deren Untergang 1918. Die Kaiserin kam ihren Aufgaben mit Pflichtbewusstsein, Disziplin und Sanftmut nach. Was sie aber im Besonderen auszeichnete, war ihr großes Engagement für sozial benachteiligte Personen und die Förderung kirchlicher Einrichtungen. Mit ihrer konservativen Haltung galt sie als Hüterin der gesellschaftlichen Moral. Jörg Kirschstein konnte für diese erste umfassende Biografie private Briefe und Tagebücher auswerten, die ungewöhnlich intime Einblicke in das kaiserliche Familienleben geben.
 Mit über 150 zum Teil bislang unveröffentlichten Abbildungen.
 192 Seiten
 P A1657 Gebunden 28,00 €



Karin Feuerstein-Präber
Alice von Battenberg
 Die Schwiegermutter der Queen
 Ein unkonventionelles Leben
 256 Seiten/Tb
 Nr. P A1655 12,00 €

Verlassen, verraten, vergessen – Nur wenige kennen Alice von Battenberg, die spätere Prinzessin von Griechenland, Mutter von Prinz Philip und damit die Schwiegermutter der Queen. Nahezu taub geboren, entwickelte sich Alice zur perfekten Lippenleserin in mehreren Sprachen. Das Familienglück mit Prinz Andreas von Griechenland wurde schnell von Kriegen und Revolutionen überschattet, vor der Härte des Alltags im Exil flüchtete sie sich in eine religiöse Traumwelt, bis sie wegen Verdachts auf Schizophrenie schließlich in der Psychiatrie landete. Karin Feuerstein-Präber bringt uns diese außergewöhnliche Frau nahe, deren Leben aufs Engste verwoben war mit der bewegten Geschichte Europas im 20. Jahrhundert.



Carolin Philipps
Friederike von Preußen
 Die leidenschaftliche Schwester der Königin Luise
 384 Seiten, Taschenbuch
 Nr. P A1539 14,00 €

„Galanteste Löwin des Jahrhunderts“ hat man sie genannt: Friederike von Preußen, geborene Prinzessin von Mecklenburg-Strelitz (1774–1841). Tatsächlich rankt sich um die „sündige“ Schwester der Königin Luise ein streng gehütetes Familiengeheimnis, das nach mehr als anderthalb Jahrhunderten aufgedeckt wurde. Carolin Philipps schreibt aus bis dahin unbekannt Quellen heraus die Biografie einer außergewöhnlichen Frau, die entgegen allen Regeln ihre Sehnsucht nach Glück und Liebe lebte. Die Vorkerungen, die die preußische Königin Luise 1799 traf, um ihre Schwester Friederike vor gesellschaftlicher Ächtung zu bewahren, sollten das Geheimnis um die leidenschaftliche Beziehung zu einem nicht standesgemäßen Prinzen und ihre Schwangerschaft für immer bewahren.

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

FLECHSIG MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
 Katrin Glesius
 Heisenbergstr. 10
 97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31 / 45 26 50 35
 Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Email (in Vorbereitung)
 Internet (in Vorbereitung)

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36
 Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● AUFGESCHNAPPT

Manche Wörter machen eine erstaunliche Karriere, dem Etikett „liberal“ geht es da nicht besser. Aber soweit hätte die Phantasie kaum gereicht: Zwei FDP-Mitglieder, Benjamin Läpple (31) und Christoph Giesa (41), haben die „Operation Heuss“ gegründet, um „illiberale Tendenzen“ auch innerhalb ihrer Partei anzugreifen. Dazu durchforsten sie das Internet nach „Verhaltensauffälligkeiten“ von Personen, welche Menschen die Äußerungen dieser Personen gutheißen und auf welchen Netzportalen diese wiederum anzutreffen sind. „Kontaktschuld“, das vermeintliche Vergehen, mit den „Falschen“ zu reden, steht ganz oben auf der Beobachtungsliste der beiden. Wenn sich jemand beschwert, freuen sie sich, denn „dadurch bekommen wir Unmengen an neuen Daten frei Haus“, so Läpple zum „Spiegel“. Observieren, denunzieren, Debattenverbote verhängen und Daten hamstern wie ein Geheimdienst, das also soll heute „liberal“ sein? Und das auch noch mit dem Namen von Theodor Heuss? Man muss sich schütteln. *H.H.*



● STIMMEN ZUR ZEIT

FDP-Chef Christian Lindner, dessen Partei gerade im Umfragehoch schwelgt, äußert gegenüber „Focus online“ (3. Juni) leise Häme über die politische Linie der CDU:

„Friedrich Merz denkt öffentlich über Steuererhöhungen nach. Armin Laschet hat von den Grünen die Idee von Schuldenöpfen neben dem Staatshaushalt adoptiert. Und der CDU-Ostbeauftragte lässt sich mit pauschalen Herabwürdigungen der Ostdeutschen zitieren. Ich sage freundlich: die CDU ist auf Orientierungssuche.“

Die Schriftstellerin und Literaturkritikerin Elke Heidenreich spricht sich im „Kölner Stadtanzeiger“ (2. Juni) vehement gegen die „Gendersprache“ aus:

„Grauenhaft, wenn ich das schon höre, diese Sprache. Ich kann es auf den Tod nicht leiden, die Sprache so zu verhunzen. Ich bin vehement dagegen und lade gern den Zorn der ganzen Nation dafür auf mich – ist mir vollkommen egal. „Dieses feministische Betonen in der Sprache geht mir gegen den Strich.“

Der langjährige SPD-Politiker Thilo Sarrazin führt das miserable Ergebnis seiner früheren Partei in Sachsen-Anhalt auf die Entfremdung von der eigenen Kernwählerschaft zurück. Auf „Tichys Einblick“ (7. Juni) schreibt er:

„Die dominierenden Parteikader ziehen es vor, ungelöste Fragen und drängende Probleme rund um Asyl und Einwanderung zu beschweigen und stattdessen ihre erhoffte Wählerschaft mit teuren Vorschlägen zum weiteren Ausbau des Sozialstaats zu ‚beglücken‘ ... Diese Strategie ist spektakulär missglückt ... Unter den jungen Wählern und bei den Arbeitern war jüngst in Sachsen-Anhalt nicht die SPD, sondern die AfD die größte Partei.“

Wolfgang Hebold hält den Triumph der CDU in Sachsen-Anhalt bloß für einen „Pyrrhus-Sieg“ der etablierten Parteien. Auf dem Portal „Freiewelt.net“ (8. Juni) warnt er:

„Bei jeder Wahl ist ihr einziger Gegner die AfD. Sie ist ihr Gegner in der Zukunft. Ja, mehr noch, und das ist entscheidend: Die AfD ist ihr einziger Gegner. Denn die anderen Parteien werden zu Steigbügelhaltern der christdemokratischen Ministerpräsidenten degradiert. Und als solche werden die Wähler sie sehen.“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Sieger und Sozialisierte

Wie Tina Hassel den Wahlkampf eröffnet, und was die Osis nicht verstehen können

VON HANS HECKEL

Jetzt machen wir mal einen Schnitt und wenden uns der Bundestagswahl zu“, entschied Tina Hassel bei der „Berliner Runde“ nach der Sachsen-Anhalt-Wahl. Recht hat sie, denn da gäbe es ja eine ganze Palette von spannenden Themen, welche die Deutschen umtreiben und die zur Wahl im September eine entscheidende Rolle spielen könnten. Da wäre es doch aufschlussreich, was die Führungen der Parteien dazu zu sagen haben.

Etwa zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Restriktionen, wo doch Millionen um ihre Existenz bangen. Oder zu den wieder anschwellenden Strömen an illegalen Immigranten. Oder, oder, oder. Hätte, könnte, sollte – war aber nicht. Denn für eine Funktionärin des öffentlich-rechtlichen Rundfunks kann „Sich der Bundestagswahl zuwenden“ nichts anderes heißen, als: Den Wahlkampf für die Grünen eröffnen. Also kramte Frau Hassel das Leib-und-Magen-Thema ihrer favorisierten Partei hervor, um den Grünen den schmerzhaft entbehrten Auftrieb nach dem Magdeburger Schlamassel zuzuschützen: „Klimaschutz“.

Die Öffentlich-Rechtlichen umhegen die Grünen so reizend wie eine nette alte Tante ihre Nichten und Neffen: Man hat stets das Lieblingsgericht auf dem Tisch stehen, wenn die Süßen zu Besuch kommen.

Aha, es war doch ein Erfolg!

Selbst wenn die Kleinen mal Mist bauen, stellt sich Tantchen standhaft vor ihre Schützlinge und baut jedes Malheur am besten noch zu einem Erfolg um. Die Grünen hätten in Sachsen-Anhalt trotzdem einen Erfolg errungen, ließ sich ein Staatsfunker tatsächlich vernehmen. Schwachsinn! Oder? Die Grünen haben an der Elbe ja wirklich von 5,2 auf 5,9 Prozent zugelegt. Ist das denn etwa kein Erfolg?

Und ob! Da wollen wir ihnen doch fest die Daumen drücken, dass sie diesen strahlenden Siegeszug auch am 26. September fortsetzen können. Im Bund hatten sie beim letzten Mal 8,9 Prozent abgeahnt. Geht es so erfolgreich weiter wie in Magdeburg, schießt die Partei bei der Bundestagswahl also auf 9,6 Prozent empor. Das ist sogar noch deutlicher über der Fünf-Prozent-Hürde als 2017 und damit doch wirklich ermutigend. Der „Baerbock-Zug“ ist mit Volldampf auf Kurs.

Ich weiß ja, das war sarkastisch. Tschuldigung. Aber wenn die Kategorien „Erfolg“ und „Desaster“ beim Staatsfunk, an dessen Seriosität wir schließlich nicht den geringsten Zweifel hegen, derart durcheinandergewirbelt werden, kann man schon mal auf komische Gedanken kommen.

Damit ist man schließlich nicht allein. Andere haben auch komische Gedanken. Wie ist es sonst zu erklären, dass drei Jahrzehnte nach der Vereinigung immer noch ein „Ostbeauftragter“ der Bundesregierung durch die Flure geistert. Der weiß bekanntlich selbst nichts mit sich anzufangen. Daher drängt er mit allerhand skurrilen Aussetzern in die Öffentlichkeit, um von seiner Überflüssigkeit abzulenken.

Die SPD und die widrigen Umstände

Der letzte solche Ausfall von Amtsinhaber Marco Wanderwitz endete als Griff ins Klo. Den Geruch wird der CDU-Politiker nie wieder los. „Diktatursozialisiert“ nennt er die älteren Osis, also ausgerechnet diejenigen, welche die Diktatur abgeschafft haben. Aber in der allgemeinen Umkehrung der Begriffe („Erfolg“ statt „Desaster“, s. o.) müssen wir die Wanderwitz-Einlage vielleicht entgegengesetzt lesen: Die Bürger in den neuen Bundesländern kleben noch immer viel zu sehr an Fettschen wie „Demokratie“ oder „Meinungsfreiheit“ und wollen es nicht lassen, sich quer zur Regierungslinie zu stellen.

Kann man so sehen. Wir wollen die Hoffnung dennoch nicht aufgeben, dass die sich irgendwann anpassen. Es gibt sogar schon Anzeichen dafür: So will die linientreue Mehrheit im Stadtrat von Rostock dem Sänger Xavier Naidoo einen Auftritt in der Hansestadt verwehren, weil der Kerl Sachen sagt, die in der politischen Führung der Republik nicht gut ankommen. Auftrittsverbot wegen politischer Überzeugung? Mal sehen, ob es an der Warnow noch genügend „diktatursozialisierte“ Leute gibt, die aus eigener Erfahrung wissen, wie so etwas zu bewerten ist.

Nicht nur die Rostocker Bürgerschaft, auch die SPD in Sachsen-Anhalt hat sich einiges aus der SED-Ära bewahrt. Als einen Grund für ihr Wahldebakel führten die Sozis allen Ernstes Corona an. Wie? Die SPD hat das Virus? Ab in Quarantäne!

Nein, so war das nicht gemeint. Vielmehr hätten die widrigen Umstände infolge der Krankheit am Erfolg der Sozialdemokraten gesägt. Das bringt den alten DDR-Witz in Er-

Selbst in 30 Jahren haben sie nicht gelernt, sich wieder an die Linie der Regierung anzupassen

innerung: „Was sind die vier Hauptfeinde des Sozialismus? Frühling, Sommer, Herbst und Winter!“ Also die allgemeinen Umstände sind schuld, nie das Versagen der Partei.

Jene damalige „Partei“, die heute unter „Die Linke“ firmiert, hat ebenfalls nichts verloren. Dietmar Bartsch, Co-Fraktionschef der Linkspartei im Bundestag, hatte eine elegante Schlussfolgerung aus dem Bauchklatscher seiner Genossen in Sachsen-Anhalt parat: Seine Truppe habe ihre Rolle als Partei des Ostens „ein Stück weit verloren“.

„Ein Stück weit“? Die Linkspartei erreichte gerade noch elf Prozent, runter von 24 Prozent im Jahr 2011 und 16 Prozent beim letzten Wahlgang 2016. Das „Stück“ derer, die anders wählen, ist auf fast 90 Prozent angeschwollen. Einen katastrophalen Niedergang so hinreißend herunterzureden hat der Genosse Bartsch bestimmt bei seinem Studium in Moskau gelernt, wo er von 1986 bis 1990 zum Elitekader ausgebildet wurde. Damals, in der Phase des unübersehbaren Zerfalls des Sozialismus, musste man so was draufhaben.

Da muss man erst mal schlucken

Als Wessi ist man da aus ganz anderem Holz. Wir Alt-Bundesrepublikaner haben keine Schwierigkeiten damit, jeden Quatsch zuzugeben – denn wir sind sogar noch stolz drauf! Ein Beispiel gibt Annegret Kramp-Karrenbauer: „Ich bin eine Quotenfrau, und habe kein Problem damit“, ließ die Verteidigungsministerin jüngst verlauten. Der „Focus“ weiß sogar, warum: „Der Weg nach oben hat sie von einer Gegnerin der Quote zu einer Befürworterin werden lassen.“

Mit anderen Worten: Für politisch richtig wird erklärt, was sich für die Befürworter einer Maßnahme ganz persönlich auszahlt. Ein geschulter SED-Genosse hätte so etwas niemals zugegeben. AKK lässt den „Focus“ das unwidersprochen schreiben, und das Wunder ist: Es schadet ihr nicht einmal. Vielleicht liegt hierin der Grund dafür, dass „viele Bewohner der neuen Bundesländer das System der Bundesrepublik immer noch nicht richtig verstehen“, wie es manchmal aus Expertenmund heißt. Dass Selbstbedienungsmentalität derart offenherzig zutage tritt, muss man ja auch erst mal schlucken. Und zu verstehen, wie die Figuren damit durchkommen können, ist die nächste Hürde.

AKK hat die Quote bestimmt nicht geschadet, das glauben wir ihr. Aber was sagt eigentlich die Bundeswehr?



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

● WORT DER WOCHE

„Sie haben sich an ein Leben im Lockdown gewöhnt und auch an eine Machtfülle, die ihnen vorher nicht gegeben war.“

Gunnar Schupelius in der Berliner „B.Z.“ (6. Juni) zur Frage, warum Politiker stur an Corona-Regeln festhalten, obwohl sich die „pandemische Lage“ drastisch entspannt hat